

### 3. Zeitraum 1966-68 - Der SFB und die Studentenbewegung

#### 3.1 Von Vietnam bis zum Schah - Aktionen und Reaktionen

Wie ging die Berichterstattung nach dem ersten heftigen Zusammenstoß zwischen protestierenden Studenten auf der einen und Staatsmacht und Presse auf der anderen Seite weiter?

Die Abendschau ließ das Geschehen an TU und FU sowie die Aktivitäten gegen den Vietnam-Krieg überwiegend unkommentiert und widmete sich erst ab Dezember 1966 wieder dem Thema Studentenunruhen. Am 10.12.66 kam es erneut zu einer Demonstration vor dem Amerika-Haus, über die die Abendschau folgendes berichtete: "Das sind einige der markanten Teilnehmer einer studentischen Protestdemonstration gegen den Krieg in Vietnam..."

Nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, hielt er jedoch nicht die von der Polizei genehmigte Strecke ein. Unter lautem Johlen stürmten die Massen (lt. Abendschau zwischen 600 und 1000 Teilnehmer; Anm. d. Verf.) über den Fahrdamm in Richtung Fasanenplatz. Sofort setzte die Polizei mehrere Einsatzkommandos ein, um die Straßen abzuriegeln. Dabei kam es verschiedentlich zu unerfreulichen Szenen, als die von einigen Wortführern mit Trillerpfeife und lautem Rufen angefeuerten Demonstranten die Polizeikette zu durchbrechen versuchten..."

"Auf dem Wittenbergplatz versammelten sich die Demonstranten schließlich und hörten die Ansprachen einiger Redner, die sich gegen den Krieg in Vietnam aussprachen. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle."<sup>125</sup>

Bezeichnend ist hier, daß wiederum kein Ausschnitt einer Rede auf der Versammlung wiedergegeben wurde. Mit einer gewissen Genugtuung wird festgestellt, daß es im Gegensatz zur Demonstration am 5. Februar keine Zwischenfälle gab. Die Bezeichnung "markant" für die Teilnehmer der Demonstration impliziert eine deutliche

---

<sup>125</sup> Berliner Abendschau vom 10.12.1966, SFB-Fernseharchiv

Abgrenzung; jeder, der im Aussehen nicht der bürgerlichen Norm entsprach (Kurzhaarschnitt, Anzug), war von vornherein verdächtig. Mit dem Begriff "Johlen" werden unartikulierte Laute assoziiert, was wiederum bedeuten würde, daß die Demonstranten nicht fähig wären, sich zu artikulieren. Wiederum erscheinen die Teilnehmer der Demonstration als dumpfe Masse, die von "Wortführern mit Trillerpfeifen und lauten Rufen angefeuert" wurde.

Am 12.12. sendet die Abendschau eine Stellungnahme von Senatssprecher Peter Herz zu ebendieser Demonstration.

Er konstatiert zunächst, daß es sich um höchstens 1000 Teilnehmer bei der Demonstration gehandelt habe, und daß diese nur von sich behaupten würden, Studenten zu sein; erwiesen wäre dies nicht. Dann stellt er die Frage in den Raum, ob man solche Demonstrationen überhaupt zulassen solle, um sogleich zu antworten, daß man sich dies leisten könne, da die Polizei immer dann einschreiten würde, wenn der Zug die genehmigte Route verlassen würde und die Demonstration in ein "politisches Rowdystück" auszuarten drohe.

Die Berliner hätten sich deutlich genug von dem Treiben distanziert, aber wenn gesagt würde, daß die Studentenschaft sich besinnen solle, so bliebe doch festzuhalten, daß es von den 29 000 Berliner Studenten höchstens tausend wären, die da mitmachten, und selbst bei denen wäre es nicht gesichert, daß es sich hier um Studenten handele. Schließlich solle man sich an den Hochschulen Gedanken machen, wie man mit den Rowdys, die das Ansehen der Hochschulen diskreditieren, fertig wird.

Solche Auftritte wie die des Senatssprechers erweckten den Eindruck, als ob es sich beim Regionalprogramm des SFB um "Staatsfernsehen" handelte; und zwar nicht parteipolitisch einseitig orientiert, sondern im Konsens der bürgerlichen Parteien. In jedem Falle nutzte die Regierung die ihr vom Rundfunkgesetz zugestandene Sendezeit, um ihre Politik zu legitimieren. Die These, daß es sich nicht um die Mehrheit der Studenten, sondern um einen kleinen radikalen Kern handele, wurde hier im Zusammenspiel zwischen Politik und Medium nochmals offiziell verbreitet.

In einem ursprünglich anderen Sinne, nämlich mit der Funktion, daß sich ein Politiker an das Publikum wendet, um sich demokratisch zu legitimieren, war in der Ägide von

Ernst Reuter die Sendereihe "Wo uns der Schuh drückt" eingeführt worden, in der alle 14 Tage der Regierende Bürgermeister zu aktuellen Problemen Stellung nahm. Diese Sendung wurde auch mit den Nachfolgern fortgeführt. Außerdem gab es eine regelmäßige Berichterstattung aus dem Abgeordnetenhaus, von Pressekonferenzen sowie die Sendung von Ansprachen des Senatssprechers zu bestimmten Fragen wie z.B. zu den studentischen Demonstrationen oder dem Passierscheinabkommen. Übertragungen von den Sitzungen des Abgeordnetenhauses in voller Länge wurden im Jahre 1990 eingeführt und im Regionalfenster des Dritten Programms (im Verbund mit dem NDR), ab 1995 in SFB1, dem eigenständigen Regionalprogramm des SFB gesendet. Wegen der Einstellung dieses Service zugunsten einstündiger Zusammenfassungen aus dem Landtag in Potsdam und dem Berliner Abgeordnetenhaus nach der Fusion von ORB und SFB zum Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) stieß die derzeitige Intendantin, Dagmar Reim, zunächst auf Protest bei den politischen Fraktionen.

Ende des Jahres 1966 hatte die Abendschau überwiegend unpolitische Beiträge im Programm. Erst am 17.12.1966 wurde über eine weitere Demonstration am Kurfürstendamm, anscheinend eine sogenannte "Spaziergangsdemo", berichtet<sup>126</sup>: Der SFB-Reporter bemerkte, die Studenten wären wohl diesmal nicht auf Konflikte mit der Polizei aus. In Flugblättern hätte gestanden: "Kommt die Polizei, gehen wir an ihr vorbei - an der nächsten Ecke dann fängt das Spiel von vorne an" oder "Wer die Polizei anrührt hat das Spiel nicht kapiert". Trotzdem wäre es zu zahlreichen Zusammenstößen gekommen. Die Absicht der Demonstranten, nach "Provo-Manier immer da zu demonstrieren, wo die Polizei nicht war, blieb Theorie und endete spätestens in der grünen Minna"<sup>127</sup>.

Offensichtlich inspiriert durch die fröhlich gereimten Flugblätter der Studenten, versucht der Reporter, dem Bericht ebenfalls eine lockerere Note zu geben. Diesen Ton ändert er dann wieder, um einen Senatssprecher zu zitieren, der geäußert hatte, daß die Studenten sich als Rowdys gebärdet hätten. Berlin brauche keine Provos, Berlin

---

<sup>126</sup> Berliner Abendschau vom 17.12.1966, SFB-Fernseharchiv

<sup>127</sup> In der Tat wurden "74 Studenten, Schüler und Passanten, insbesondere solche mit Weihnachtspaketen unterm Arm, festgenommen." Aus: Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, S. 101

brauche Studenten, die bereit wären, für die Zukunft Deutschlands zu arbeiten. Berlin ließe sich nicht auf der Nase herumtanzen, schon gar nicht von Leuten, die sich Studenten nennen.

Hier taucht wieder die Unterstellung auf, die sich die ganze Zeit durch die Argumentation des bürgerlichen Lagers zieht: es handele sich gar nicht um Studenten, sondern um berufsmäßige Krawallmacher, vermutlich von der SED bezahlt und instruiert. Anscheinend war auch gerade der etwas flapsige Begriff "Provos" als Abkürzung für "Provokateure" in den bürgerlichen Sprachgebrauch eingeführt worden. Ebenfalls in der Abendschau vom 17.12. 66 hielt Heinrich Albertz in der Reihe "Wo uns der Schuh drückt" seine Antrittsrede als Regierender Bürgermeister. Auf die Studentendemonstrationen ging er nicht ein, sondern befaßte sich mit der aktuellen Problematik des Passierscheinabkommens. Die Verhandlungen mit der DDR-Regierung waren gescheitert, sodaß er die Berliner seelisch auf den Umstand vorbereiten mußte, daß es im Jahre 1966 zum ersten Mal seit 1963 keine Passierscheine und damit keine Verwandten-Besuche zu Weihnachten geben würde. Die Schuld dafür gab er dem SED-Regime: "Dogmatiker und Kalte Krieger in den Führungsgremien der Einheitspartei wollen uns erpressen...wir werden politische Geschäfte mit Menschen nicht mitmachen."<sup>128</sup>

Die DDR hatte die Erteilung von Passierscheinen an Forderungen geknüpft, die darauf hinausliefen, daß sie als Staat anerkannt werden wollte. Damit war sie selbst für die SPD, die ja längst auf dem Weg der Annäherung war, um Erleichterungen zu erzielen, zu weit gegangen.

Das Jahr 1967 stand unter dem Zeichen der Verschärfung der internationalen und nationalen Konflikte. Das Engagement der Amerikaner in Vietnam dauerte an, und am 5.4.67 kam US-Vizepräsident Hubert Humphrey zu Besuch nach Berlin - "warm" empfangen von Tausenden von Studenten, die gegen den Vietnam-Krieg protestierten. Dieses Ereignis findet an diesem Tag allerdings noch keine Erwähnung in der Abendschau. Am 6. April hält Humphrey eine Rede vor dem Berliner

---

<sup>128</sup> Berliner Abendschau vom 17.12.1966, SFB-Fernseharchiv

Abgeordnetenhaus, die ausschnittsweise in der Ausgabe vom Abend gezeigt wird. Nicht mehr nachvollziehbar ist, weil die Studio-Moderationen nicht erhalten sind, ob der Moderator in irgendeiner Form auf das sogenannte Pudding-Attentat einging, welches an diesem Tag die Presse beherrschte. Die "Berliner Morgenpost" z.B. titelte: "Attentat auf Humphrey von Kripo vereitelt", "Bild" hatte die Schlagzeile: "Berlin: Bombenanschlag auf US-Vizepräsidenten", darunter: "Mit Bomben und hochexplosiven Chemikalien, mit sprengstoffgefüllten Plastikbeuteln - von den Terroristen "Mao-Cocktail" genannt - und Steinen haben Berliner Extremisten einen Anschlag auf den Gast unserer Stadt vorbereitet."

Es läßt sich leider nicht klären, ob der SFB sich diese "Ente" entgehen ließ, weil man den Scherz durchschaute oder ob die Geschichte in einer Studio-Ansage Erwähnung fand. Auch im Hörfunk ist das Ereignis, das keins war, nicht mehr nachvollziehbar: man kann davon ausgehen, daß die Nachrichten die Meldung brachten - immerhin waren ja auch Verhaftungen von Mitgliedern der Kommune I vorgenommen worden, die die angebliche Bombe gebastelt haben sollten. Es sind aber keine Nachrichtensendungen archiviert worden. Stattdessen gab es einen Kurz-Bericht in der Länge von 1'10" über die Fahrt Humphreys zum Empfang im Charlottenburger Schloss und die sie begleitenden Proteste. Man hört Johlen und ein gellendes Pfeifkonzert, Sprechchöre oder Parolen wurden von den Mikrofonen nicht eingefangen. Der Reporter: "Trotz allem muß gesagt werden, daß die Demonstranten nicht mehr als drei- bis vierhundert Jugendliche umfassen."

Der amerikanische Vizepräsident zeige sich auch unbeeindruckt von den Protesten und winke stattdessen in die Richtung derer, die mit Amerika-freundlichen Schildern angetreten waren (wie viele dies waren, erwähnt der Reporter nicht, wohl aber, was auf den Schildern stand: "Freiheit ist nicht umsonst" und "Berlin dankt den USA"). Der abschließende Kommentar:

"Was sich hier tut, zeigt nichts weiter als das deprimierende Bild einer politisch unzurechnungsfähigen jungen Generation, soweit sie jedenfalls an dieser Demonstration beteiligt ist."<sup>129</sup>

---

<sup>129</sup> Berliner Abendschau vom 16.4.1967, SFB-Fernseharchiv

Hier findet sich ein deutlicher Hinweis, daß der SFB in seinen nachrichtlichen Sendungen durchaus mitwirkte an der Bildung von Vorurteilen gegenüber den Studenten und zusammen mit der Presse, dem Senat und der Bevölkerung jene negative Phalanx bildete, die von Studenten und Professoren beklagt wurde. Wer die Politik der USA kritisierte, wurde als unzurechnungsfähig eingestuft.

Am 7. April brachte die Abendschau dann eine Zusammenfassung des letzten Besuchstages von Hubert H. Humphrey:

Vor dem Schloss Charlottenburg, in dem der Empfang für Humphrey durch den Regierenden Bürgermeister Albertz stattfand, "hatten sich mehrere hundert (!) Demonstranten eingefunden. Die Zahl der pro- und antiamerikanischen Plakate hielt sich etwa die Waage (im Bild sind nur kritische Transparent-Inschriften zu sehen wie "USA - get out of Vietnam!"; Anm.d.Verf.). Als die Wagenkolonne vorfuhr ertönten Sprechchöre. Anschließend kam es verschiedentlich zu Tumulten zwischen rivalisierenden Demonstranten, wobei die meisten Transparente vernichtet wurden."<sup>130</sup> Welche Transparente von wem vernichtet wurden, wird nicht gesagt und ist im Bild nicht belegt. Eine weitere Demonstration gab es vor dem Springer-Hochhaus, dem Humphrey ebenfalls einen Besuch abstattete:

"Hinter einer dichten Polizeiabsperrung standen auch hier mehrere hundert Demonstranten, schwenkten Plakate, zeigten eine Vietcong-Fahne und sangen die Internationale."

Die eigentliche Intention der Amerika-kritischen Demonstranten, Frieden für Vietnam zu fordern, wie sie auf Plakaten mit der Inschrift "Kill for freedom, kill for peace, kill Vietnamese" deutlich wird, findet keine Erwähnung. Ein weiterer Programmpunkt für den amerikanischen Vizepräsidenten war das Axel-Springer-Verlagshaus in der Kochstraße, das am 6. Oktober 1966 eingeweiht worden war.

Die Lage direkt an der Mauer war vom Verleger bewußt gewählt, da er dies als Symbol für die Hoffnung auf Wiedervereinigung gewertet wissen wollte. Bei der Eröffnungsfeier hatte Springer das Credo formuliert, daß "Zeitungen keine Politik machen, sondern an der Politik teilhaben" sollten.

---

<sup>130</sup>Berliner Abendschau vom 7.4.1967, SFB-Fernseharchiv

Diesem Leitsatz handelten die von ihm verlegten Zeitungen schon sehr bald massiv zuwider.

### 3.2. 2. Juni 1967 - der Tod Benno Ohnesorgs

Am 2. Juni 1967 kam der Schah von Persien mit seiner Ehefrau Farah Diba zu Besuch nach Berlin. Das persische Regime war seit Mitte der fünfziger Jahre von den USA gestützt worden, um ein antisowjetisches Bollwerk im Nahen Osten zu schaffen. Im August 1953 hatte die CIA den nationalistisch gesinnten Premier Mossadegh gestürzt und Mohammed Reza Pahlewi auf den Thron gehoben. Der Schah erhielt massive wirtschaftliche und militärische Hilfe von den USA mit der Auflage, Sozialreformen voranzutreiben. Zur Bekämpfung der Opposition im Lande wurde 1957 mit Hilfe der CIA die Geheimpolizei Savak aufgebaut. Diese wurde zum berüchtigten Instrument des diktatorischen Regimes. Nach dem Staatsstreich im Irak 1958, bei dem König Feisal II. durch Oberst Abdel Karim Kassem gestürzt wurde, der sich nicht abgeneigt zeigte, mit den Sowjets zu kooperieren, sahen sich die USA veranlaßt, Reza Pahlewi noch mehr militärische Hilfe zukommen zu lassen. Anfang der sechziger Jahre aber eskalierte die innenpolitische Situation des damaligen Persien. In Teheran kam es zu Demonstrationen gegen Hungerlöhne und die Korruption im Staate. Jeder Widerstand wurde allerdings brutal niedergeschlagen. Mittlerweile konnten auch die USA unter Präsident Kennedy dieses Vorgehen nicht mehr uneingeschränkt unterstützen und mahnten Reformen an.

Die daraus folgende "Weiße Revolution" sollte Bildungs- und Sozialreformen auf den Weg bringen. Die mittlerweile von Ayatollah Chomeini geführte Opposition gab sich damit jedoch nicht zufrieden und griff den Schah als "Marionette der USA" an. Bei den Unruhen nach der Verhaftung Chomeinis am 3. Juni 1963 wurden Tausende getötet und eingekerkert. Trotzdem blieben die USA dabei, daß der Schah die "Stütze der amerikanischen Interessen in der Region sei". Diese Politik wurde sowohl unter Lyndon B. Johnson als auch unter Richard Nixon weiter verfolgt.

Es gab also genug Ansatzpunkte der Kritik innerhalb der Linken am Staatsbesuch des Kaiserpaares in Berlin, wohingegen die offiziellen politischen Parteien und die bürgerliche Presse den Empfang formell und unkritisch über die Bühne zu bringen gewillt waren. In der Ausgabe der Abendschau vom 2. Juni wurde zunächst über die Ankunft auf dem Flughafen Tempelhof berichtet. Anschließend ging es zum Hilton-Hotel und weiter zum Rathaus Schöneberg. Am Rathaus Schöneberg kam es zu ersten Zwischenfällen, als sogenannte Jubelperser begannen, auf dort anwesende Gegendemonstranten mit langen Stangen einzuknüppeln. Der Reporter schildert die Ereignisse folgendermaßen:

“Beim Eintreffen des Schah kam es zu Tumulten und schweren Ausschreitungen: In Sprechchören und auf Plakaten wurde die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und der Schah als Mörder bezeichnet. Gruppen deutscher Jugendlicher sowie persische Schah-Gegner und Schah-Freunde gerieten in handgreifliche Auseinandersetzungen. Hunderte von Flugblättern wirbelten durch die Luft und Rauchkerzen wurden entzündet...

Obwohl die erstmalig zu einem solchen Anlaß berittene Polizei versuchte, die fanatischen Demonstrantengruppen voneinander zu trennen, kam es zu schweren Schlägereien.”<sup>131</sup>

Im Bild sind an dieser Stelle mit Stangen bewaffnete Perser zu sehen, die auf die hinter dem polizeilichen Barrieren Stehenden einschlagen. Die Polizei zielt mit Knüppeln in Richtung der Kameraleute. Es ist im Nachhinein nicht zu klären, ob der Reporter nicht in der Lage war, die Bilder richtig zu analysieren oder ob er die Zuschauer bewußt darüber im Unklaren lassen wollte, welche Rolle die Schah-treuen Perser und die Polizei bei diesen Auseinandersetzungen spielten.

Am 3.6., also dem Tag nach dem Tod Benno Ohnesorgs, eröffnete die Abendschau ihre Sendung mit dem Abflug des Kaiserpaares in Tempelhof:

“Ein Staatsbesuch ging zu Ende - ein Staatsbesuch, mit all den Begleitumständen, die Berlin so bald nicht vergessen wird und die die politisch Verantwortlichen wohl noch lange Zeit ernsthaft beschäftigen werden..”

---

<sup>131</sup> Berliner Abendschau vom 2.6.1967, SFB-Fernseharchiv



Beitrag zwei blickte auf die Ereignisse zurück - angefangen beim Empfang durch den Regierenden Bürgermeister Albertz im Schloß Charlottenburg:

“Beifall fähnchenschwenkender Berliner und ein schrilles Pfeifkonzert begrüßten gestern abend das persische Kaiserpaar, wo der Regierende Bürgermeister und Frau Albertz einen Empfang gaben. Zu größeren Zwischenfällen kam es hier durch die starke Absperrung der Polizei jedoch nicht...”

Dann aber (erst) das wichtigste Ereignis des Abends:

“Zu tumultartigen Zwischenfällen kam es an der Deutschen Oper in der Bismarckstraße, als der Schah mit seinem Gefolge das Haus betreten hatte. Nachdem ein Polizist und ein “Bild”-Reporter von den Demonstranten durch Steinwürfe verletzt worden waren, traf die Polizei drakonische Maßnahmen gegen die Ruhestörer. Dabei kam es mehrfach zu Gewalttätigkeiten, da einige Polizisten in ihrer begreiflichen Erregung eine Härte anwandten, die über das erforderliche Maß hinausging. Erst viel zu spät entschloß sich die Polizei, Wasserwerfer einzusetzen.

Nach Mitteilung der Polizei wurden 35 Personen vorläufig festgenommen. Durch stoßtruppartige Aktionen versuchten Kriminalbeamte in Zivil Personen, die sie für Rädelsführer hielten, aus der Menge herauszuholen...”<sup>132</sup>

Die Begriffe “Ruhestörer” und “begreifliche Erregung” können zweifelsfrei nicht als objektiv betrachtet werden. Ebenso ist in dem Satz “Erst viel zu spät entschloß sich die Polizeiführung, Wasserwerfer einzusetzen” eine klare Wertung zu erkennen - genau dieser Vorwurf wurde dann auch von der CDU gegenüber der Polizeiführung und der regierenden SPD erhoben. Im Bild zu sehen waren Demonstranten und der Einsatz der Wasserwerfer, nicht aber Steinwürfe. Anschließend wurden einige Personen abgeführt, die für Rädelsführer gehalten wurden. Die bürgerliche Öffentlichkeit, ob Berliner Abendschau oder Springer-Presse, reagierte inhaltlich gleich, nur in der Zuspitzung der Formulierung graduell verschieden. Die Terminologie “Ruhestörer” und “Randalierer” liegt sehr dicht beieinander und meint ein und dasselbe: die Störung der öffentlichen Ordnung. Der bürgerliche Konsens ist die Zurückweisung jedweder Kritik unter

---

<sup>132</sup> Vgl. dazu die Schlagzeilen der BZ vom selben Tag: “Randalisiert - des Krawalles wegen” und “Das ist Terror” (aus: “Im Fadenkreuz - Deutschland und die RAF, 5. Die Öffentlichkeit, ARD-Sendung vom 14.11.1997, WDR-Fernseharchiv).

Berufung auf die Interessen der Allgemeinheit:

“...Es sind... junge Menschen, die bislang nicht am Aufbau der Stadt teilgenommen haben. Deren Dasein zu einem nicht geringen Teil von den Steuergeldern der hart arbeitenden und um ihre Existenz ringenden Bevölkerung getragen wird...”<sup>133</sup>

Zum Tode Ohnesorgs vermeldet die Abendschau nur kurz und nüchtern:

“Der 26-jährige Student Benno Ohnesorg (Bild des Toten auf dem Pflaster) wurde dabei so schwer verletzt, daß er in der vergangenen Nacht im Krankenhaus verstarb. Es war zunächst angenommen worden, daß Ohnesorg einer Schädelfraktur erlegen sei. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß er von einem Kriminalpolizisten niedergeschossen wurde, der sich von den Demonstranten bedrängt fühlte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung des Falles beantragt.”<sup>134</sup> Hier wird der Abtransport des Leichnams gezeigt.

Der Abendschau-Reporter versucht, dem Bericht eine extrem sachliche und neutral anmutende Note zu geben. Das Unerhörte des Vorfalls wird relativiert durch den Nebensatz “der sich von den Demonstranten bedrängt fühlte” - dies unterstellt, daß ein deutscher Ordnungshüter, wenn er zur Waffe greife, schon seinen Grund haben würde. Der Hinweis auf eine Untersuchung des Vorfalls läßt alle Optionen offen, zeugt aber gleichzeitig vom Vertrauen in das Urteilsvermögen der Staatsanwaltschaft.

Der vierte Beitrag der Sendung befaßt sich mit einer Demonstration der Studenten auf dem Uni-Gelände am 3. Juni. Eine Protestveranstaltung gegen einen Beschluß des akademischen Senats wurde umfunktioniert in eine Protestversammlung wegen des Todes von Benno Ohnesorg.

“Erregt diskutierten die Studenten den Tod ihres Kommilitonen und machten auf Spruchbändern und Plakaten die Polizei für den Zwischenfall verantwortlich. Der ASTA-Vorsitzende Haeussermann sagte, die Polizei hätte den Versuch gemacht, den Mord an Ohnesorg zu rechtfertigen, indem sie ihn als Rädelsführer bezeichnet habe. Anschließend berichteten einige Studenten als Augenzeugen der gestrigen Demonstration...”

---

<sup>133</sup> Ebd.

<sup>134</sup> Berliner Abendschau vom 3.6.1967, SFB-Fernseharchiv

Von diesen Berichten ist nichts zu hören; vermutlich hätte ein Zusammenschnitt von Äußerungen der Studenten deren Argumentation zu viel Raum gegeben.

Per Umfrage hat das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS) im Juni und Juli 1967 untersucht, wie die Berliner Bevölkerung die Studentendemonstrationen wahrnahm. Dabei ergab sich, daß die Ausschreitungen bei der Demonstration vor der Deutschen Oper den Studenten angelastet wurden; 56% der Befragten gaben an, daß sie das Vorgehen der Polizei für verständlich hielten, 47% verurteilten das Verhalten der Studenten. Nach dem 2. Juni erhöhte sich der Anteil der studentenföndlich eingestellten West-Berliner von 60 auf 80%. Insbesondere ungelernete Arbeiter gaben zu 94% ihr Einvernehmen mit der Polizei kund und sprachen sich zu 97% gegen die Studenten aus.<sup>135</sup> Insgesamt wandelte sich das Bild wie folgt: Im Jan./Feb. 1967 verurteilten 32% der befragten West-Berliner das Verhalten der Studenten, 30% lehnten es ab und 27% fanden es verständlich. Im selben Zeitraum fanden 47% das Verhalten der Polizei verständlich und 24% völlig richtig. Im Juni/Juli 1967 dann waren es 47%, die das Verhalten der Studenten verurteilten, 36% lehnten es ab und nur 10% fanden es verständlich. Das Verhalten der Polizei bewerteten im selben Zeitraum 56% mit "verständlich" und 21% mit "völlig richtig".<sup>136</sup>

Eine andere Untersuchung galt der Frage, wie die West-Berliner Bevölkerung sich über das Geschehen in der Stadt informierte: 33% gaben an, jeden Abend fernzusehen, 41% mehrmals in der Woche, 75% bezogen ihre Informationen aus dem Hörfunk.<sup>137</sup> Dies bedeutet, daß neben dem zweifellos nach wie vor wichtigen Medium Hörfunk das Fernsehen eine wichtige Rolle spielte und die Abendschau als regionale Nachrichtensendung große Möglichkeiten der Beeinflussung hatte.

Ohne die Moderation in die Analyse miteinbeziehen zu können, kann man sagen, daß die Aussage des Abendschau-Berichtes vom 3.6.1967 sich damit deckte, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Vorgehen der Polizisten gegen die "Ruhestörer" einverstanden war und diese Einstellung mit Formulierungen wie der "begreiflichen

---

<sup>135</sup> Quelle: INFAS-Studie Juni/Juli 1967, Harold Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

<sup>136</sup> Ebd., S.12

<sup>137</sup> Quelle: INFAS-Studie, Nov./Dez. 1967, Studenten in Berlin, Kontakte und Aktivitäten, Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung

Erregung“ noch beförderte. Der Fakt, daß die Nachricht des Todes von Benno Ohnesorg nicht der “Aufmacher” war, kann journalistisch nicht damit begründet werden, daß die Meldung bereits 20 Stunden alt war und bereits in der Tagespresse erwähnt wurde. Der Tagesspiegel hatte an diesem Tag die Schlagzeile “Ein Toter bei Tumulten vor der Deutschen Oper” - Unterzeile: Ausschreitungen von Demonstranten beim Schah-Besuch - Zahlreiche Zivilisten und Polizisten verletzt”<sup>138</sup>. Bei dieser Überschrift wurde zunächst offengelassen, wer der Tote war; es ist nicht ersichtlich, ob es sich um einen Passanten, einen Demonstranten oder einen Polizisten handelt.<sup>139</sup>

“Ausschreitungen von Demonstranten” ist eine deutliche Schuldzuweisung in Richtung der Studenten, “Zahlreiche Zivilisten und Polizisten verletzt” impliziert ebenfalls, daß die Aggression von den Studenten ausging.

Verglichen damit war der Text des Abendschau-Beitrages etwas moderater, was aber auch daran gelegen haben kann, daß sich etwaige Aggressionen der Demonstranten im Bild nicht belegen ließen.

INFAS führte unmittelbar nach dem Schah-Besuch eine Umfrage im Bundesgebiet durch, die zum Ergebnis hatte, daß 32% der Ansicht waren, die Studenten wollten nur “politischen Radau” machen und nur 24% meinten, daß es sich um ernsthafte politische Meinungsäußerungen handelte. 36% meinten, daß die Proteste der Studenten nicht zulässig seien und 31% hielten sie für zulässig.<sup>140</sup>

Die folgenden Tage waren geprägt von Aktivitäten auf beiden Seiten. Am 3. und 4. Juni gab es Demonstrationen und Aktionen der Studenten, über die die Abendschau in ihrer Ausgabe vom 5. Juni berichtete. Zu diesem Zeitpunkt war klar, daß der Tod Benno Ohnesorgs die Stadt für längere Zeit in Atem halten würde.

Der einzige als Manuskript vorliegende Kommentar, der für den SFB in der ARD zum Thema “Studentenunruhen” gesprochen wurde, ist undatiert und stammt von Peter Schultze (Pseudonym: Peter Wald), der damals neben Matthias Walden die

---

<sup>138</sup> Tagesspiegel vom 3.6.1967, SFB-Pressearchiv

<sup>139</sup> Im weiteren Text wird dann erklärt, daß es zunächst nicht klar wäre, ob es sich um einen Schaulustigen oder einen Demonstranten handelt

<sup>140</sup> INFAS-Studie vom Juni 1967, in: Student und Öffentlichkeit, S. 20, Hurwitz-Deposition beim ZA für Empirische Sozialforschung in Köln

Kommentare des SFB sprach.

Unter der Überschrift "Gibt es einen heißen Sommer in Berlin?" heißt es:

"Die Meteorologen prophezeien ein kräftiges Hochdruckgebiet. Aber am politischen Horizont Berlins hat sich die Gewitterfront des 2. Juni noch nicht verzogen. Die Atmosphäre zwischen Studenten, Bürgern und Senat bleibt, wenn auch bei niedriger Spannung, elektrisch aufgeladen, und hier und da erhellt ein Wetterleuchten in greller Verzerrung die ganze Tiefe eines Konfliktes, der nur nach außen hin beigelegt ist. So, wenn z.B. der Kabarettist Wolfgang Neuss, bei einem geringfügigen Verkehrsunfall von der Polizei angehalten, von Schaulustigen mit Worten beschimpft wird wie "Schlagt ihn tot. Das ist doch der Kerl, der beim Teufel-Prozeß zuguckt."

Es wäre sicher töricht, würde man Zwischenfälle dieser Art verallgemeinern und daraus Rückschlüsse auf eine Art Bürgerkriegs-Stimmung unter der Berliner Bevölkerung ziehen, die von der Bereitschaft ausgeht, nun haßerfüllt und blindwütig alles niederzuknüppeln, was sich da Teufel und Langhans, Dutschke und Lefèvre, Nevermann und Lettau nennt. Aber nach wie vor sind die Nerven überreizt, auf Seiten der Bürger wie der Studenten. Nach wie vor wird mit Pauschalurteilen argumentiert, regieren Aufsässigkeit und Unduldsamkeit die Stunde. Die Verhandlungen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, der in dieser Woche einen ersten Zwischenbericht vorlegen wird, haben überzeugend ergeben, daß die Polizei beim Einsatz gegen die Studenten vor der Deutschen Oper anlässlich des Schah-Besuches schwerwiegende Fehler begangen hat. Man fragt sich allerdings, ob auch die Berliner Justiz richtig beraten war, als sie gegen die Studenten Teufel und Langhans nicht nur wegen ihrer sehr handgreiflichen Beteiligung an dieser Demonstration eine Untersuchung einleitete, sondern sie zunächst als Verfasser eines schockierenden Pamphlets vor Gericht stellte, das zur Brandstiftung in den Berliner Warenhäusern aufrief. Es mag sicher manchem Bürger gegen den Ordnungstrieb gehen, wenn ein paar akademische Jünglinge, denen man noch allgemein den Gebrauch von Zündhölzern verbieten sollte, sich mit einem schwarz auf weiß gedruckten Vorschlag, bei Neckermann und KadeWe, Horten und Hertie ein bißchen herumzukokeln, vor einer aufgeschreckten Öffentlichkeit wichtig machen. (Am Rande

sei nur vermerkt, daß nicht wenige deutsche Kabarettisten, die sich ja auch als engagierte Verbesserer unserer gesellschaftlichen Grundordnung betrachten, bei mancher Vietnam-Blödelei noch viel stärkeres Geschütz aufgefahren haben). Dieser Prozeß wurde, zumal nach dem Gutachten der vier Professoren der Freien Universität über den Inhalt des "schröcklichen Flugblattes", zu einer peinlichen Farce, in deren Verlauf Richter und Angeklagte sich gegenseitig den Besuch eines Psychiaters zu empfehlen, was dann auch der Weisheit letzter Schluß blieb, als sich das Gericht bis zur Vorlage eines solchen Gutachtens vertagte. Für die beiden Studenten, wohlgemerkt.

Was nach diesem Prozeß in der Öffentlichkeit zurückblieb, war der Eindruck "zweier ungewaschener akademischer Lümmel", durchs Abitur gefallen, unsoldatisch, mit einer Veranlagung zur Kleptomanie. Zwei echte Bürgerschreck-Gestalten, wie aus dem Bilderbuch geschnitten, und, in schöner Vereinfachung, durch ausführliche Darstellung in Zeitungen und Fernsehen über die ganze Weite der Nation verbreitet, zu Prototypen der "Lausejungs von der FU" gestanzt. Bilder dieser Art prägen sich ein, fressen sich wie ein Geschwür ins Bewußtsein vor allem der älteren Bürger dieser Stadt, verstärken bestehende, generationsbedingte Vorurteile und erreichen genau das, was die Fanatiker unter den Berliner Studenten wollten: nämlich den Topf am Sieden zu halten. In diese Richtung zielt auch der jetzt aufkommende akademische Slogan, daß "Opas Universität" tot sei. Eine sogenannte "Gegen-Universität" zur FU ist geplant. Eine "Kritische Universität", die im Verlauf des Wintersemesters unter der Regie des ASTA von Studenten und Dozenten sich in Vorlesungen und Seminaren mit Themen zur politischen und wirtschaftlichen Situation in Westberlin, in der Bundesrepublik und der Welt beschäftigen will. Geplante akademische "Go-ins" im Verlag Axel Springer, die die Auslieferung der "verbrecherischen" Springer-Publikationen verhindern sollen, runden das Bild dieses unruhigen Sommers ab. Ob es ein "heißer Sommer" wird, hängt nicht nur von den Studenten ab, denen nicht nur eine witterungsbedingte Abkühlung in den Semesterferien zu empfehlen ist. Sondern auch von der Haltung eines Teils der Berliner Presse, die bisher wenig politisches Fingerspitzengefühl und Sinn für

publizistische Verantwortung bewiesen hat.“<sup>141</sup>

Dieser Kommentar ist ein Muster an Ausgewogenheit und Vernunft. Schultze plädiert für das Vermeiden von Pauschalurteilen und wirbt für Verständnis auf beiden Seiten. Dabei ist die Kritik am Vorgehen der Polizei und der Justiz vorherrschend. Allerdings wirft er auch den Studenten vor, sie hätten ein Interesse daran, den Konflikt am Kochen zu halten - was in gewisser Weise ja auch stimmt, hatten sich diese ja inzwischen entschieden, das Ganze zum Ausgangspunkt einer revolutionären Bewegung zu machen. Die Gründung der “Kritischen Universität” betrachtet der Autor mit abwartender Neugier. Er schließt mit einem Appell an die Berliner Presse, zur Deeskalation beizutragen.

Die Ereignisse der folgenden Zeit bewiesen leider, daß die Stimme der Vernunft im Lager der Springer-Presse nicht erhört wurde. Der in der Berliner Bevölkerung vorherrschende Antikommunismus und die Angst vor einer Änderung des Status quo wurden benutzt, um die Vorurteile gegen die APO und ihre sogenannten Führer zu schüren. Zu diesem Zeitpunkt war die Meinung der schweigenden Mehrheit noch die echte Mehrheitsmeinung und nicht, wie Elisabeth Noelle-Neumann später in ihrer Theorie von der Schweigespirale<sup>142</sup> unterstellt, eine sich der Medien bedienende Minoritätsmeinung.<sup>143</sup>

### 3.3 Gegenöffentlichkeit - Das Dritte Programm des SFB und die APO

Der Rundfunk beschränkte sich nicht auf die reine Nachrichtenlage, sondern thematisierte den Tod Benno Ohnesorgs in der Sendereihe “Wir um zwanzig” am 4. Juni 1967. Geladene Gäste waren der Schriftsteller Günter Grass, Innensenator

---

<sup>141</sup> Peter Schultze, “Gibt es einen heißen Sommer in Berlin?”, undatiert (Juni 1967?), DRA-Manuskript

<sup>142</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale, Langen-Müller, München 1980

Noelle-Neumann wirft in den siebziger Jahren der Linken vor, die öffentliche Meinung (in ihren Augen: die Meinung der Mehrheit) über die Medien zu manipulieren

<sup>143</sup> Hier führt sich die Theorie der “Schweigespirale” ad absurdum; denn die Medien, insbesondere der monopolistische Springerkonzern, benutzte seine Macht ja gerade zur Unterdrückung der Meinung einer Minderheit. Durch diese mediale Rückendeckung gestärkt wagten es die “Anhänger der eigentlichen Mehrheitsmeinung” sogar, radikal gegen Vertreter und Sympathisanten der Studentenbewegung vorzugehen

Wolfgang Büsch, Studentenvertreter Peter Dehn, Alfred Gleitze von den Falken, der CDU-Abgeordnete Jürgen Wohlrabe und Polizeiinspektor Heribert Iwicki. Moderiert wurde die Sendung von Hans-Werner Kock und Erich Sprittulla.

Es wurde zunächst ein Tonband mit Aussagen von Augenzeugen der Ereignisse vor der Deutschen Oper vorgespielt. Die überwiegend einheitliche Aussage war, daß die Polizei einen Keil gebildet und mit dem Schlagstock in die Menge geprügelt habe. Mädchen wären von den Beamten über die Barriere gezogen und zusammengeschlagen worden. Steine wären von den Demonstranten nicht geworfen worden, nur Eier und Rauchbomben. Eine Erklärung für das unangemessen harte Vorgehen der Polizei könnte sein, daß das Gerücht gestreut worden war, ein Beamter wäre durch Messerstiche verletzt worden.

Moderator Kock spricht die Rolle der Springer-Presse an, die durch unkorrekte Berichterstattung zur Aufheizung der Atmosphäre beigetragen hätte. Günter Grass bestätigt diese Ansicht. Er meint, daß durch die Springer-Presse die Bevölkerung gegen die Studenten aufgehetzt würde - dies ginge bis zur Aufforderung zu Körperverletzung und Totschlag. Der Regierende Bürgermeister Albertz habe den Studenten die Schuld an der Eskalation gegeben und sich damit für das Amt disqualifiziert.

Bei der Erörterung der Frage, wer angefangen habe, argumentiert Polizeiinspektor Iwicki, daß zuerst Eier und Steine gegen das Operngebäude und die Gäste geflogen und sechs schwerverletzte Polizisten zu beklagen seien. Auf Nachfrage muß er einräumen, daß diese Polizisten das Krankenhaus nach der Erste-Hilfe-Behandlung wieder verlassen konnten. Grass fragt außerdem, ob ihm bekannt sei, daß die Steine von Schahetreuen geworfen worden seien. Dieselben Jubel-Perser, die bereits vor dem Rathaus Schöneberg gewalttätig in Erscheinung getreten waren, sollten auch an den Ausfällen vor der Deutschen Oper beteiligt gewesen sein.

Peter Dehn vom Akademischen Senat will wissen, wieso die Polizei massiv einschritt in dem Moment, als der Schah bereits "in Sicherheit", nämlich in der Oper, war. Dazu bringt Senator Büsch nichts anderes hervor, als daß das Demonstrationsrecht ad absurdum geführt werde. Moderator Kock fragt an, ob das auch auf die Jubelperser



zutraf. Büsch behauptet, daß auch diese von den Polizeikräften zurückgedrängt worden seien.

Kock läßt ein Interview mit einem Kameraassistenten der Abendschau einspielen mit dem Hinweis, daß das Objektiv der Kamera objektiv wäre. Ein Mitarbeiter war in der Bismarckstraße mit der Kamera unterwegs und bezeichnete das "Treiben" der Polizei vorsichtig als undiplomatisch. Es wäre sinnvoll gewesen, die Wasserwerfer eher einzusetzen und so den Opernplatz zu räumen. Die Polizei hätte stattdessen angefangen, Transparente herunterzureißen und die Menge zu zerstreuen. Stoßtrupps griffen einzelne Leute an, auch der Kameraassistent selbst wurde ins Gesicht geschlagen.

Dann wird die Frage diskutiert, wie es zu so vielen verschiedenen Versionen über den Tod Ohnesorgs kommen konnte, obwohl der Tod durch Schußverletzung im Krankenhaus Moabit alsbald festgestellt hätte werden können. Zu diesem Zeitpunkt hielt die Polizeiführung noch die Notwehr-Variante aufrecht und behauptete, daß sich der betreffende Zivilbeamte (der Name wurde noch nicht bekanntgegeben) bedroht gefühlt hätte. Dem stand die Aussage entgegen, daß sich sechs bis zehn Zivilbeamte im Hinterhof Krumme Straße befanden, wohingegen Benno Ohnesorg allein war. Kock spricht das Problem der nichtuniformierten Beamten an.

Er fragt, ob es Polizisten in Zivil erlaubt sein dürfe, gezielt Demonstranten oder auch unbeteiligte Personen herauszugreifen und zu verprügeln.

Büsch antwortet daraufhin, der Beamte hätte "denjenigen festzustellen, der das Demonstrationsrecht überschreitet". Er rechtfertigt jedes Eingreifen der Polizei - ob in Zivil oder Uniform - gegen die Demonstranten als Ausübung der Staatsgewalt. Auf die Frage von Kock, ob dies eine notstandsähnliche Situation wäre, antwortet er, daß jemand, der sich gegen seine Verhaftung wehrt (und impliziert damit die Berechtigung der Verhaftung), niedergeschlagen werden müsse. Auf den Vorwurf, Beamte in Zivil hätten sich gegenüber den Journalisten geweigert, ihre Dienstaussweise zu zeigen, antwortet er in Unkenntnis der konkreten Situation, daß dieses gerade nicht möglich gewesen wäre. Ein Schlagstockeinsatz gegen Steinewerfer wäre gerechtfertigt, wobei er es der Einschätzung der Polizei überläßt, wer Steine geworfen hat.

Zwangsmaßnahmen wären unter den gegebenen Voraussetzungen angemessen.

Jürgen Wohlrabe ist der Meinung, daß sich die Polizei in den letzten Monaten vorbildlich verhalten hätte. Beamte wären mit Sprüchen provoziert worden, daß sie kein Abitur hätten.

Büsch sagt, daß einer Demonstration nicht mehr das bürgerliche Recht und Gesetz gewährt würde, wenn Gewalt angewendet wird. Grass fragt nach: ob das auch Totschlag rechtfertigen würde. Nein, das nicht, ist die Antwort, aber es wäre ja auch kein Totschlag geschehen. Dies sagt er, obwohl er die ganze Zeit betont hatte, zum Fall Ohnesorg nicht Stellung nehmen zu können und zu dürfen, da es ein schwebendes Verfahren sei. Kock weist darauf hin, daß es schließlich auch um die Stimmung unter den Studenten ginge und daß der SFB am gestrigen Tage bei der Trauerkundgebung Stimmen eingefangen hätte. Ein Student sagte:

“Natürlich gibt es auch radikale Studenten, aber man sollte die nicht in den Vordergrund stellen, sondern die, die ein wirkliches Anliegen haben, ob das nun der Schah oder Vietnam oder sonstwas ist, sich ihre Meinung anzuhören und vernünftig mit ihnen zu sprechen..”<sup>144</sup>

Ein anderer meinte, es wäre schwierig, Radikale und Gemäßigte auseinanderzuhalten und die Berichterstattung würde dazu dienen, Hysterie zu schüren.

Es wäre infam, sagt ein Dritter, daß in großen Lettern in der Zeitung gestanden hätte, daß Studenten eine Straßenschlacht organisiert hätten und klein darunter geschrieben stand, daß ein Student umgekommen sei.

Der vierte Student beklagte die Dauerpräsenz der Polizei auf dem Campus, was kurz darauf bestätigt wurde, als eine Lautsprecherdurchsage der Polizei kam, daß sich die Studenten zerstreuen sollten. Es herrschte nämlich ein allgemeines Demonstrationsverbot. Der Regierende Bürgermeister Albertz hatte den Akademischen Senat aufgefordert, politische Veranstaltungen zu verbieten.

Büsch bekräftigt nochmals die These, daß das Demonstrationsrecht mißbraucht wurde. Kock fragt Iwicki, ob eine solche Kurzschlußreaktion wie beim Schuß auf Ohnesorg verhindert werden könne, wenn die Polizei entsprechend psychologisch ausgebildet

---

<sup>144</sup> Wir um zwanzig, Sendung v. 4.6.1967, SFB-Fernseharchiv

wäre. Iwicki meint, die Ausbildung wäre hinreichend.

Abschließend stellt Kock die Frage an den Innensenator - und wollte damit vor allem die jungen Hörer angesprochen wissen - ob dieser glaube, daß es Kurzschlußhandlungen gab, die er jetzt nicht mehr gutheißen würde - allerdings unter ausdrücklichem Ausschluß des Todes von Ohnesorg - und ob der Bürger dieser Stadt sich darauf verlassen könne, daß die Vorgänge mit aller Konsequenz und Sorgfalt untersucht würden.

Diese Sendung der Reihe "Wir um zwanzig" kann man durchaus als ein Stück gelungenen Journalismus bezeichnen. Die Auswahl der Gäste war ausgewogen, es standen sich Meinungen konträr gegenüber und der Moderator war in der Lage, kritische Fragen zu stellen und die Diskussion zu strukturieren. Im Gegensatz zu den Beiträgen der Abendschau kamen alle Seiten zu Wort. SFB3, die dritte Radiowelle des SFB, war wie das Dritte Fernsehprogramm bemüht, dem Programm durch Einbeziehung kritischer Positionen einen links-intellektuellen Charakter zu geben. Eine Sendereihe wie "Wir um zwanzig" war das absolute Kontrastprogramm zu der durch die Springer-Presse vertretene herrschenden Meinung. Daß Günter Grass eingeladen wurde, war allein Indiz dafür, daß die Redaktion keine Angst vor kritischen Fragen hatte und dem studentischen Vertreter nicht nur Gelegenheit geben wollte, die Version der APO darzustellen, sondern auch gewillt war, ihm mit Grass einen gestandenen Intellektuellen zur Seite zu geben. Dabei konnte die aus Proporzgründen eingeladenen bürgerliche Fraktion mit ihren Senats- und Polizeivertretern durch geschickte Fragestellung demaskiert, d.h. auf die Unschlüssigkeit ihrer Darstellung hingewiesen werden. Die Frage Grass' an Büsch, ob die Gewaltanwendung auf Demonstrationen Totschlag rechtfertige, versucht dieser vom Tisch zu wischen, indem er behauptet, daß kein Totschlag geschehen sei, obwohl - wie erwähnt - alle Indizien darauf hindeuteten. Allerdings war vermutlich allen Diskutanten zu diesem Zeitpunkt schon klar, daß es zu keiner Verurteilung des Kriminalbeamten, der Benno Ohnesorg erschossen hatte, kommen würde.

Der Einwurf Wohlrabes, die Beamten wären durch Sprüche wie "Ihr habt ja kein Abitur" provoziert worden, ist erstens nicht belegt und wäre zweitens auch keine

Entschuldigung für ein unkontrolliertes Vorgehen der Polizei. Der indirekte Hinweis von Kock, daß Beamte, die sich solcherart provozieren ließen, nicht geeignet seien, diesen Beruf auszuüben, kann als kritisches Hinterfragen gewertet werden.

Insgesamt hat man den Eindruck, daß trotz nomineller Ausgewogenheit und sachlicher Fragestellung der Moderator eher der Position der Studenten zuneigt.

Im Sender gab es inzwischen viele "linke" Redakteure und Mitarbeiter, und obwohl sich die SPD als Regierungspartei in der Auseinandersetzung mit den Studenten als staatstragend und machtmonopolistisch erwies, unterstützten der SPD nahestehende Chefredakteure wie Peter Schultze diesen Kurs nicht zwangsläufig.

Wie sehr man sich im Dritten Fernsehprogramm bemühte, sich mit den Problemen der Studenten zu befassen, zeigt die Sendung "Studenten an der Freien Universität" vom 15.6.1967. Es handelte sich um einen Mitschnitt einer Podiumsdiskussion im Auditorium Maximum der Freien Universität zum Thema: Die Demonstrationen der Berliner Studenten gegen den Schah von Persien bei dessen Berlin-Besuch Anfang Juni 1967.

Die Gesprächsteilnehmer waren die Studenten Ulf Kadritzke, Wolfgang Lefèvre und Knut Nevermann, Rechtsanwalt Horst Mahler, Prof.Dr. Helmut Gollwitzer (Ordinarius für evangelische Theologie an der FU Berlin), Prof.Dr. Ernst Heinitz (Ordinarius für Straf-, Prozeß- und Arbeitsrecht an der FU Berlin), Prof.Dr. Walter Jens (Ordinarius für klassische Philologie und Rhetorik an der Uni Tübingen) und Prof.Dr. Kurt Sontheimer (Ordinarius für Politische Wissenschaft an der FU Berlin).

Die Sendung lief in der Reihe "Literarische Illustrierte im III." und wurde von Ernst Schnabel mit folgenden Worten anmoderiert:

"Wir sind der Meinung, daß es Dinge gibt, die gelegentlich wichtiger sind als unser vorgesehene Programm. Die Studenten der Freien Universität haben den Wunsch, sich mit einigen ihrer Professoren zu unterhalten. Sie (der Zuschauer, Anm.d.Verf.) werden Zeuge sein. Sie wissen, was sich im Zusammenhang mit dem Besuch des Schah von Persien anderswo und in Berlin ereignet hat. Sie wissen es aus der Presse: Die Studentenschaft der FU Berlin hat guten Grund, Sie für schlecht informiert zu

halten. Sie hat den Wunsch, Sie selbst zu informieren; die Literarische Illustrierte widmet diesen Abend der Gegendarstellung, dem Versuch, die Wahrheit zu sagen, und der Studentenschaft von Berlin.”

Die Gesprächsleitung übernahm auf Wunsch der übrigen Teilnehmer Prof. Walter Jens, der auch das Gespräch eröffnete:

“Vielleicht ist es gut, wenn hier jemand spricht und diskutiert als Anwalt der vielen Wißbegierigen im Land und daß dieser Jemand die Rolle des sokratischen Zweiflers spielt. Wie also stehen die Dinge in Berlin - wie an der Freien Universität, wie nehmen sie sich aus aus der Perspektive der Lehrenden, wie aus der Perspektive der Studenten und was ist mit dem großen Aufbruch der Kommilitonen überall in der Bundesrepublik, der Welle von Demonstrationen, wie ist sie erklärbar? Das sind die Fragen, gestellt aus der Perspektive von Menschen am Bildschirm, Menschen, die wie ich beteiligt sind aber schon rein geographisch Distanz zu den Berliner Ereignissen haben, die kritisch sind, also belehrbar, die der Berichterstattung der Presse gelernt haben zu mißtrauen, vor allen Dingen der Berliner Springer-Presse und die sich ihre Gedanken machen, wenn sie da lesen, ein Mann namens Augstein sei der Schuldige an der NPD, in Griechenland sei Ruhe und Ordnung eingekehrt, Armin Mohler, in der National-Zeitung schreibend, sei ein wahrer deutscher Mann, Menschen also, die sich ihre Gedanken machen und sich fragen, wenn das wahr sein soll, was mag dann wahr sein an den Reporten über die Studentenschaft von Berlin, jene in einer Weise Beschimpften, die den Charakter der Brandmarkung hat.

Da dekretiert man, da stellt man an den Pranger und da scheint man dann doch jetzt langsam zu lernen wo vielleicht die Ursache die Folge von Mißständen sein könnte. Wie also stellt sich die Situation in Wahrheit dar? Wie konnte es dazu kommen, daß im Zeichen halber oder ganzer Demonstrationsverbote jeder von uns den folgenden Satz nur mit Beklommenheit lesen kann: ich sage, daß auf keiner Universität der Welt die akademische Freiheit mehr gesichert und fester begründet sei als gerade hier an dieser Berliner Universität, so die erste

Magnifizenz, Johann Gottlieb Fichte, in seiner Rektorenrede vom Oktober 1811. Nun, die Wahrheit will an den Tag, gerade jetzt, wo die tiefen Schatten da sind, die unserem Gespräch Schärfe und Sachlichkeit, Ingrimm und jenen großen Ernst geben werden, der notwendig ist.

Ich schlage vor, wir diskutieren erst gemeinsam rechts und links und dann ganz durcheinander, Sie werden sehen, wie unter sich Fronten vertauschen können, wenn Wissenschaftler jüngeren oder älteren Datums nebeneinander sitzen - also, ich würde vorschlagen, wir diskutieren vier Fragen.

Erstens, ist es möglich, die eigentlichen Gründe für die plötzlich akut gewordene Krise - die kam ja von sehr langer Hand und hatte vielerlei Gründe - ist es möglich, diese kausalen Punkte exakt zu bestimmen, d.h. können wir in aller Kürze eine Genese des Konflikts geben und zur Rekapitulation, zur heilsamen, nüchternen Erinnerung und Ihnen, meine Damen und Herren am Bildschirm, zur Information.

Zweitens die entscheidende Frage, was geschah an diesem Tag der Eskalation, was geschah an jenem dies ater, als da ein Kommilitone erschossen wurde und die dritte Frage: wie stellen sich diese so oft verletzten Berliner Studenten in Wirklichkeit eigentlich dar, kann man bestimmte Gruppen erkennen, gibt es deutlich voneinander abgesetzte Meinungen, es scheint so zu sein, daß also ein ganz munteres Treiben hier herrscht, soeben wurde ein Zettel heraufgereicht, um der Öffentlichkeit in und außerhalb der Universität bei Podiumsdiskussionen ein möglichst großes Meinungsspektrum über die jüngsten Ereignisse anzubieten, beschließen die im Auditorium maximum anwesenden Personen, den Studenten Jürgen B. Runge an der Podiumsdiskussion teilnehmen zu lassen, nähere Begründung mündlich (Beifall, Gelächter, Anm.d.Verf.) - und der vierte und letzte Punkt, meine Damen und Herren, und sicher nicht der Unwichtigste, haben ungeachtet der nicht zu bezweifelnden Besonderheit des Berliner Modells die Probleme und die Vorgänge in Berlin symptomatische Bedeutung, d.h. hat die Unruhe unter den Berliner Studenten nicht auch in anderer Weise den Charakter eines Modells - die Unruhe, die hier sichtbar wird,

ist sichtbar nicht nur hier, sondern auch in Tübingen, in Berkeley, in Rom oder wo immer. Genug, Frage eins, ein kurzer Versuch einer Genese des Konflikts, wir haben uns nicht weiter präpariert, die studentischen Kombattanten, deren Kollegen, wer beginnt?...<sup>145</sup>

Sowohl in der Einführung durch den SFB-Moderator als auch in den einleitenden Worten von Walter Jens ist deutlich das Bestreben erkennbar, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, d.h. den Anliegen der Studenten einen Raum zu geben, der nicht von der Springer-Presse besetzt und nicht nur scheinbar sachlich abgehandelt die Nachrichtenlage wiedergibt wie die Berichte in der Berliner Abendschau.

Schnabel wendet sich direkt an den Zuschauer mit der Unterstellung, daß dieser schlecht informiert sei, da ihm als Informationsquellen nur die Presse - das waren neben den Springer-Blättern noch der Tagesspiegel, der Abend und das Spandauer Volksblatt - zur Verfügung stünden. Die Studenten hätten den Wunsch, sich dem Zuschauer direkt darzustellen; dem wolle man mit der Übertragung dieser Debatte Rechnung tragen.

Walter Jens erweckt in seiner einführenden Rede den Anschein des Unbeteiligten, der sich mit gebührendem Abstand - nämlich als Professor der Uni Tübingen - einen Eindruck von der Situation an der FU zu verschaffen sucht. Er zieht eine Parallele zur Perspektive der "Menschen am Bildschirm", die beteiligt wären, aber eine rein geographische Distanz zu den Berliner Ereignissen hätten - damit müßte er vor allem die Zuschauer im norddeutschen Raum meinen, die das III. Programm empfangen konnten, dessen Federführung ja beim NDR lag. Er spricht den kritischen Zuschauer an, der eigenständig denkt und der Berliner Springer-Presse mißtraut.

Er legt Wert darauf, daß sich eine undogmatische Diskussion entwickelt, "gemeinsam rechts und links und dann ganz durcheinander", gibt aber die Orientierung an vier Leitfragen vor.

---

<sup>145</sup> Literarische Illustrierte in N3, Sendung vom 15.6.1967, SFB-Fernseharchiv

Als erster Redner versucht dann Prof. Flechthelm einen Abriß der Entstehung des Konflikts zu geben, und zwar, wie er selbst sagt, stark aus der Perspektive der Studentenschaft gesehen. Nach seiner Darstellung entzündete sich der Konflikt im Mai 1965 am Verbot der Teilnahme des Publizisten Erich Kuby an einer studentischen Versammlung. Es stand das Hausherrnrecht des Rektors gegen die freie Selbstverwaltung der Studenten. Die Studenten forderten das Recht zur Mitwirkung, den Professoren ging dies zu weit. Der nächste Streitpunkt war die Studienreform und die beabsichtigte Zwangsexmatrikulation nach zwölf Semestern.

Politische Betätigung der Studenten war nur solange willkommen, wie das System im Osten angeprangert wurde. In dem Moment, wo in der Algerien- und Vietnam-Frage für die "falsche" Seite aus Sicht der Hierarchen Partei ergriffen wurde, wurde das Engagement der Studenten zu unbequem. Die Einstufung der Hochschulreform als gesellschaftliches Problem ging vielen zu weit. Die Studenten sahen sich einer "Mauer", gebildet aus Professoren, Presse, Senat und Berliner Bevölkerung gegenüber.

Ulf Kadritzke geht auf die besondere Rolle West-Berlins als antikommunistisches Bollwerk ein. Durch die "Gewalt der Umstände" herrsche ein spezieller Antikommunismus in der Stadt. Nach 1961 weise das Klima eine Differenz auf zwischen West-Deutschland und West-Berlin. Berlin hätte Probleme damit, nicht mehr Hauptstadt zu sein. Es herrsche Nervosität auf dem Arbeitsmarkt. Durch die besondere Lage gäbe es ein stilles Einverständnis zwischen Bevölkerung und Senat.

Diese Analyse war, aus der heutigen Perspektive gesehen, sehr scharfsinnig; stellte sie doch den in späteren Diskussionen oft vernachlässigten Zusammenhang zwischen der Überreaktion der Berliner Presse, die wiederum bei der Berliner Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel, und dem besonderen Status der Stadt her. Westberlin hatte ja auch durch seinen Sonderstatus der Nicht-Einberufung zur Bundeswehr für Studenten aus Westdeutschland eine hohe Attraktivität, sodaß kritisches Potential zur Freien Universität strömte, dem



wiederum der typische Berliner gegenüberstand, der der Meinung war, daß Studenten sowieso Nichtsnutze wären, die sich überdies noch vor der Armee drückten.

Als Nächster versucht Wolfgang Lefèvre, eine kurze Historie des Konflikts zu geben:

In seinen Augen war das Jahr 1958 mit seinen ersten Protesten gegen die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung der Beginn des Nonkonformismus.

Es wäre verständlich, daß den Berlinern die Studenten unheimlich wären, da West-Berlin eine rituale Funktion in der deutschen Politik spielte. Es stelle das "Schaufenster freien westlichen Lebens" dar. Von daher würden Widersprüche negiert und nur in kritischen Situationen die Maske fallengelassen, wie aktuell den Studenten gegenüber: es gebe Sprüche aus der Bevölkerung wie "Euch Studenten müsste man vergasen, man müsste Euch ausrotten!"

Berlin sei eine Stadt von Ja-Sagern. Den Studenten hielte man vor, daß der Tod von Ohnesorg ihre Schuld wäre, weil sie demonstriert hätten.

Dieser Beitrag wirft ebenfalls ein erhellendes Licht auf das Klima in der Stadt in den sechziger Jahren. Die Hörigkeit der Berliner Politik und der Berliner den Amerikanern gegenüber war enorm; Ruhe war erste Bürgerpflicht, und jede Kritik am westdeutschen System wurde mit dem Spruch "Geht doch rüber in den Osten!" gekontert.

Man muß dem SFB zugute halten, daß er wenigstens in seinem Dritten Programm einer gesellschaftlichen Minderheit die Gelegenheit zur kritischen Äußerung gab und damit den Versuch der Verständigung und Deeskalation machte. Allerdings war dem wenig Erfolg beschieden; das Dritte Programm an sich stand ja in dem Ruf, ein Programm für Linke und Intellektuelle zu sein und wurde eben auch nur von diesen eingeschaltet.

Wenn man einen Vergleich zieht zwischen den Dritten Programmen damals und heute, ist augenfällig, wie sich diese von Spartenprogrammen für kulturell und politisch Interessierte zu Vollprogrammen für die breitere Masse gewandelt

haben. Dies ist erklärbar dadurch, daß auch die öffentlich-rechtlichen Programme ihre Legitimation inzwischen durch die Einschaltquoten beziehen und sich intellektuelle Nischenprogramme nicht mehr leisten können und wollen.

Die Diskussion in der FU fuhr fort mit Wortmeldungen aus dem Lager der konservativen Professoren. Rektor Heinitz unterstellt der Studentenschaft den Import pseudogewerkschaftlicher Maßnahmen aus den USA, wie z.B. Sit-ins. Der ASTA wäre nicht gewillt, auf die Politisierung der Universität zu verzichten (an dieser Stelle höhnischer Beifall der Studenten). Eine Kampagne der Presse sähe er nicht, dafür aber die Freiheit von Forschung und Lehre durch die Studenten bedroht.

Prof. Sontheimer konzidiert eine Ausnahmesituation nach dem Tod Ohnesorgs, sieht Forschung und Lehre aber ansonsten nicht gefährdet. Es gebe einen kontinuierlichen politischen Angriff der Studenten auf Positionen, die sie als autoritär klassifizierten. Dies ginge teilweise zu weit, man könne aber nicht mit administrativen Zwangsmaßnahmen politische Probleme aus der Welt schaffen.

Sontheimer vertritt die klassische Position des liberalen Vermittlers und versucht durch moderate Formulierungen, die beiden Seiten Recht geben, Brücken zu bauen.

Walter Jens bestätigt dies, indem er sagt, daß das Blockdenken "Opas gegen Studenten" nicht richtig wäre.

Gollwitzer merkt an, daß es über das politische Mandat der Studenten keinen Streit gab, solange es um die politischen Zustände im Osten ging.

Als im Juni 1959 in der Uni ein Anti-Atomkongreß stattfand, setzte der Akademische Senat den "Maulkorb-Erlaß" um, um das politische Mandat auszuhebeln und nonkonformistische Meinungen zu reduzieren. Dabei müßten gerade die Politologen es begrüßen, wenn sich die Studenten politisierten und öffentliche Angelegenheiten zu ihren eigenen machen.

Im Anschluß daran bittet WalterJens Rechtsanwalt Horst Mahler, eine juristische Einschätzung der Vorfälle zu geben.

Laut Mahler waren die Ereignisse vom 2. Juni ein anschauliches Beispiel für Eskalation. Durch Bildmaterial belegte Zeugenaussagen zeigten ein Bild davon, daß davon auszugehen sei, daß es sich von Seiten der Polizei um ein planmäßiges, gewolltes Vorgehen außerhalb jeglicher Legalität handelte. Die Aussagen internationaler Presseleute von "Observer" und "Zürcher Weltwoche" stimmten darin überein, daß es sich um eine Art Kesselschlacht gegen die Demonstranten handelte, bei der Greiftrupps Einzelne zusammenprügelten. Die Beamten lehnten es ab, den Journalisten ihre Dienstausweise zu zeigen. Was den Tod von Ohnesorg betreffe, so sei die Notwehrthese widerlegt, auch Innensenator Büsch hätte dies eingesehen. Ohnesorg wäre zunächst von mehreren Polizisten mißhandelt worden. Obwohl er gerufen hätte: "Nicht schießen!", hätte der Beamte Kurras vorsätzlich geschossen.

Rektor Heinitz protestiert: die Behauptung, daß es sich um vorsätzliche Tötung handele, sei unmöglich. In diesem Moment wurden Transparente entrollt und Sprechchöre intoniert, die "Freiheit für Fritz Teufel" fordern. Heinitz reagiert mit der Bemerkung: "Gut, daß wir unabhängige Richter haben, siehe den Fall Teufel!" Er lehne eine Vorverurteilung des Kriminalbeamten Kurras ab. Die Polizei hätte zwar in vielen Fällen schwere Körperverletzung im Amt begangen, er setze aber darauf, daß die Gerichte dies aufklärten. Die Studenten hätten aber in den letzten sechs Monaten die Polizei bis zur Weißglut gereizt.

Lefèvre erklärt für die Fernsehzuschauer, was das Entrollen der Spruchbänder zu bedeuten hat. Fritz Teufel säße im Gefängnis, weil er Landfriedensbruch begangen und Steine auf Polizisten geworfen haben sollte, während der Polizist Kurras, der immerhin unter Totschlags-Verdacht stünde, auf freiem Fuß wäre. Hier würde mit zweierlei Maß gemessen.

Nevermann ergänzt, daß die Polizeiführung die Beamten aufgehetzt habe, weil sie gezielt eine Falschmeldung verbreitete, die besagte, daß Studenten einen

Polizisten erstochen hätten.

Prof. Flechthelm geht auf den Vorwurf des Rektors ein, die Studenten hätten die Polizei seit einem halben Jahr provoziert. Vielmehr sei es so, daß die erste Vietnam-Demonstration sechs Monate zuvor brutal niedergeprügelt, die SDS-Kartei beschlagnahmt und auf Anweisung des Regierenden Bürgermeisters Albertz ein Verbot für die Raumvergabe für politische Veranstaltungen durchgesetzt wurde. In der nächsten Phase wurden beim Humphrey-Empfang über das Pudding-Attentat irreführende und aufhetzende Mitteilungen verbreitet. Die Polizisten wären gereizt, weil sie dazu ausgebildet wären, in Demonstranten Störer zu sehen.

Lefèvre fordert nochmals die Solidarität der Professoren ein.

Walter Jens nimmt eine Unterscheidung der Studentenschaft in drei Gruppen vor:

Erstens die Gruppe der unpolitischen Studenten, die sich aber beständig verringere, zweitens die große Anzahl der politisch Interessierten und drittens die entschlossenen Kommilitonen von SDS und den Studentengemeinden, die sich die Veränderung einer autoritären, ja faschistischen Grundstruktur zum Ziel gesetzt hätten.

Viertens, die "Gruppe der sieben oder 70 Aufrechten, für die nach der Meinung Vieler das Wort Rosa Luxemburgs gelten würde: "Genossen, Ihr macht Euch Euren Radikalismus etwas leicht!" Darauf ein Zwischenrufer: "Jens ist auch nur ein Professor!"

Dies sei nicht die Stunde von anarchistischen Mummenschänzen, auch nicht die Stunde von - aus der "Perspektive von Neukölln gesehen" - makabren Bürgerschrecken. "Ich verstehe, daß in einem Augenblick, wo geschossen und geschlagen wird, man sich um der Solidarität willen von niemandem, von keinem Kommilitonen, der darunter leidet, distanziert, aber ich glaube, daß hier und Sie wissen, daß dieses nun gewiß nicht die Ansicht der Radikalen ist, der Rechtsradikalen, denn die gehen nicht bis zur Gruppe zwei und zur Gruppe drei, daß hier ein echtes Problem ist und die Frage, die in der Öffentlichkeit

diskutiert wird, hat es vielleicht die Studentenschaft von Berlin aus einer falsch verstandenen Solidarität heraus vermieden, sich nicht allzu früh von den radikalen Sozialreformern, die mit der Universität die Gesellschaft umformen wollen, aber vielleicht von denen, die das diskreditieren könnten, nicht rechtzeitig genug distanziert, Herr Sontheimer, Sie wissen darüber mehr als ich ...”

Sontheimer kritisiert, bei allem Verständnis für die Anliegen der Studenten, daß diese professorale Unterstützung nur als Akklamation verstünden. Seiner Ansicht nach wären differenzierte Stellungnahmen Pflicht. Es wäre nicht deutlich dagegen demonstriert worden, daß Studenten dem Rektor das Mikrofon aus der Hand gerissen hätten (an dieser Stelle gab es Beifall und Buh-Rufe). Dies habe es den Professoren schwer gemacht, die im Grunde den Anliegen der Studenten wohlwollend gegenüber standen.

Nevermann glaubt, daß ein Teil der Studenten Formen der politischen Auseinandersetzung pflege, die die Bevölkerung nicht mehr verstehen würde. Er verlangt aber, daß man sich nicht vorschnell von den Kommilitonen, die politische Aktionen durchführen, distanzieren solle.

Lefèvre stellt die demagogische Frage, wie Professoren über Napalm im Vietnam-Krieg hinwegsehen könnten.

Walter Jens entgegnet, daß das doch sehr vereinfacht sei - man könne sich schließlich erlauben, gegen beides zu sein - gegen “Napalm und Krieg” und gegen “Brüssel und Happening”. Letzteres bezog sich offensichtlich auf ein Flugblatt der Kommune I.

Es ging also noch zum einen noch um die Frage, ob politische Themen in die Universität hineingetragen werden sollten, zum anderen schon um die Gewaltfrage und die Tolerierung von Minderheiten. Dabei gingen die Studenten nach dem Motto vor: “Wer nicht für uns ist, ist gegen uns”.

Prof. Flechtheim zitiert anschließend aus der Abgeordnetenhaus-Sitzung der vergangenen Woche, in der gefordert wurde, daß die radikale Minderheit an

der Universität geistig und organisatorisch isoliert werden sollte. Die alte politische Frage, die in der Weimarer Republik akut war, wäre nicht mehr bekannt, da die Kommunistische Partei verboten sei. Die marxistische Anzweiflung der Gesellschaft sei im öffentlichen Bewußtsein nicht mehr vorhanden. Es ginge um die Alternative "Reformismus oder Revolutionierung". Man sollte die Kommune niemandem zum "Fraße vorwerfen", aber sie ausklammern als "Austritt der Politik in die anarchistische Literatur". Nevermann beklagt die Verkrustung der Strukturen, in den etablierten Organisationen sei keine reformerische Arbeit mehr möglich. Die Polizisten wären aber auch nur Objekte einer autoritären Struktur, sie, die Studenten, wendeten sich gegen die Struktur selbst, also gegen Polizei und Staat. Es wäre nur eine Frage der Zeit, wann der Funke auf Hamburg, Bonn und Frankfurt überspringe.

Anschließend ergreift Walter Jens wieder das Wort und wendet sich direkt an den Zuschauer:

"Sie haben die Diskussion verfolgt und Sie haben die Gelegenheit, den Eindruck, den Sie gewonnen haben von der Diskussion im Auditorium Maximum der Berliner Freien Universität mit manchen Berichten zu vergleichen, die vielleicht über diese Veranstaltung abgegeben werden. Wenn ich meine Meinung sagen kann: ich halte die These von den - im negativen Sinne - radikalen Studenten, das Lieblingswort heißt Radikalinskis, für durchaus falsch. Es scheint mir so zu sein, daß in unserer Gesellschaft gewisse Posten nicht mehr besetzt sind, und indem die Studenten diese Posten besetzen, zerreißen sie einen Schleier der Lüge.

Statt zu sagen, die einen, die haben sich radikalisiert, sollte man sagen, die anderen, die Vertreter, die, denen unser Votum gilt, sind stehengeblieben, und so scheint es plötzlich, als liefen die Studenten im Sauseschritt davon. Das ist eine Frage der Perspektive" (Beifall im Saal), "...was ist das für ein Zustand, die Obrigkeit erläßt eine Verlautbarung und die Zeitungen sagen, so ist es - müssen nicht in so einem Augenblick die Wissenschaftler, deren erstes Gesetz

heißt, Du sollst zweifeln, notwendigerweise in den Augen vieler zu Revolutionären werden und dem Recht der Kritik im freien Wechselspiel der Meinungen zum Siege verhelfen; ich meine, die einzig mögliche Störung des Gesprächs hier von Lehre und Forschung ist, wenn von welcher Seite immer an Stelle des Partnergesprächs das Gebot tritt: Du darfst demonstrieren, aber nur für die richtige Sache und nur für den richtigen Mann, und wer das ist, und was das ist, bestimmen wir, die Obrigkeit und ihre Organe...wenn das Horazische, wage Deinen Kopf zu gebrauchen durch das Wort ersetzt wird, bringe über Dich, ein Sklave zu sein, dann ist es um uns geschehen...”

Nach diesem Plädoyer für Meinungsfreiheit und kritisches Denken gibt Walter Jens die Gesprächsleitung an Kurt Sontheimer ab. Dieser leitet den Teil der freien Diskussion ein und eröffnete die Rednerliste mit der Bitte um Beschränkung der Redezeit, da die Sendezeit bald ablaufen würde. Der erste Redner auf der Liste wird mit höhnischem Gelächter begrüßt. Es handelte sich um Jürgen Runge, offenbar Mitglied des RCDS, denn der ihm nachfolgende Redner sagte, daß man Runge nicht ernstnehmen könne, solange er sich nicht von “seiner Christlich-Demokratischen Partei” distanzieren. Runge fordert eine Distanzierung von “linksradiakalen Ausschreitungen” und meint, daß Teile der Studentenschaft nicht konform mit dem SDS wären. Einigkeit bestünde aber in der Verurteilung des polizeistaatlichen Vorgehens der Polizeibehörden von Berlin. Ebenfalls gebe es einen Konsens in der Kritik an unzureichenden Studienbedingungen, mangelnder Bereitschaft zu Studienreformen und Zwangsmaßnahmen der Behörden. Diesen Mißständen sei aber von der Studentenvertretung nicht immer mit der gebotenen kritischen Rationalität begegnet worden. Terminologie und Inhalt der Protestbewegung würden nicht von der gesamten Studentenschaft getragen. Die “linksradiakalen Ausschreitungen” rissen eine Kluft zwischen den Studenten und der Bevölkerung auf. Er zitiert Rudi Dutschke, der erklärt hätte, die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie durchbrechen zu wollen. Er selbst beruft sich auf die

Spielregeln des Grundgesetzes. "Dutschke & Co" hätten klargemacht, daß die bürgerliche Ordnung nicht die ihre wäre, deswegen gebe es keine gemeinsame Basis, um Reformen durchzusetzen.

Der Redner wurde überwiegend mit Buh-Rufen, in die sich geringer Beifall mischte, verabschiedet.

Nun weist der Diskussionsleiter, Prof. Sontheimer, darauf hin, daß man nur noch acht Minuten Sendezeit hätte und schlägt in Anbetracht dieser Tatsache vor, Rudi Dutschke, der sich auf die Rednerliste hat setzen lassen, als nächstes zu hören; der eigentlich vorgesehene Redner ziehe seinen Beitrag zurück. Dieser Vorschlag wurde mit großem Beifall begrüßt. Rudi Dutschke tritt ans Mikrofon:

"Meine Damen und Herren, der Mord an Benno Ohnesorg war kein Zufall. Die gesamte Notstandsübung anlässlich des Schah-Besuches war systematischer Ausdruck unserer gesellschaftlichen Struktur. Die Abgeordnetenhaus-Sitzung in der letzten Woche war adäquater Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Situation der Bundesrepublik. Wir sind in diesem System von Institutionen nicht mehr vertreten, darum sind diese Institutionen nicht Ausdruck unseres Interesses. Darum müssen wir gegen diese Institutionen Stellung nehmen, unsere eigenen Institutionen errichten und das Interesse, das wir haben, adäquat politisch ausdrücken und den Prozeß der Politisierung in der Universität vorantreiben, um den Prozeß der Politisierung in der Gesellschaft zu gewährleisten. Darum lehne ich jenes System der Institutionen, wie wir es in den letzten Wochen in der gesamten Bundesrepublik und hier in West-Berlin erlebt haben, ab, darum muß ich es ablehnen, ich bin darin nicht repräsentiert, Tausende und Abertausende auch nicht. Die große Koalition brachte für Hunderttausende in der Bundesrepublik Deutschland die große Furcht um den Arbeitsplatz - das ist Ausdruck der Situation und darum müssen wir innerhalb unserer Auseinandersetzung wirklich davon ausgehen, daß dieses System von Institutionen nicht das unsrige ist und die Freiheit für Fritz Teufel, die wir jetzt fordern, ist ein weiterer Ausdruck dafür, daß wir von



keiner Seite der Öffentlichkeit Unterstützung bekommen, wir sind tatsächlich in einer fast ohnmächtigen Situation, die wir nur durchbrechen können, indem wir selbsttätig in der Form der Aktionszentren die etablierten Spielregeln, die tatsächlich nicht die unsrigen sind, durchbrechen und versuchen, unseren Prozeß der Profilierung des Bewußtseins durchzusetzen und immer weitere Kreise der Bevölkerung zu erreichen, was bisher noch nicht gelungen ist, wobei wir aber in der letzten Woche einen besten Anfang gemacht haben, das wäre auch allein kein Ausgangspunkt gesamtgesellschaftlicher Veränderungen, die nicht kurzfristig zu erwarten sind, die aber das Ziel unserer Aktivitäten darstellen.“

Die Rede Dutschkes wurde mit großem Beifall aufgenommen, nur vereinzelt waren Pfiffe zu hören. Anschließend ruft Diskussionsleiter Prof. Sontheimer den letzten Redner auf, einen gewissen Herrn Fischer<sup>146</sup>. Dessen Rede fiel deutlich hinter der Rhetorik Dutschkes ab; auch inhaltlich ist schwer zu fassen, worauf der Redner hinaus wollte. Mit Hinweis auf die Sendezeit entzieht Sontheimer ihm nach drei Minuten das Wort. Er bemerkt, daß es ein sehr bemühter Beitrag war; man sähe, wie schwierig es wäre, vor versammeltem Auditorium zu sprechen; Herr Dutschke könne dies, Herr Fischer hingegen hätte sicher vieles zu sagen, es aber nicht so gut herausgebracht (einige Buh-Rufe an dieser Stelle). Dies wäre ein Beispiel dafür, wie schwierig es für den einfachen Studenten wäre, sein politisches Profil deutlich zum Ausdruck zu bringen. Das endgültige Schlußwort hatte SFB-Redakteur Ernst Schnabel. Er bedankt sich bei den Teilnehmern der Diskussion am 39. Abend der "Literarischen Illustrierten" und weist auf das Thema der folgenden Woche hin: das neunte Essay der Reihe "Text und Ton in Mozarts Opern" - Joachim Kaiser spricht "Der Tod Don Giovannis", danach Reinhard Lettaus zwölftes Open-End. Auf den Beifall hin konstatiert er geschmeichelt, daß die Literarische Illustrierte noch nie soviel Beifall gefunden hätte.

In der Tat ist diese Sendung "Studenten an der Universität - Zur

---

<sup>146</sup> Nicht identisch mit dem Grünen-Politiker gleichen Namens

Behandlung einer Minderheit“ ein ernsthafter Versuch gewesen, sich mit den Anliegen der Studenten zu befassen und ihnen im Ausgleich zur im Gleichschritt agierenden bürgerlichen Presse ein Forum zu bieten. Der Leiter des Dritten Fernsehprogramms und dieser Sendung, Ernst Schnabel, zeigt dabei unverhohlene Sympathie mit dieser Minderheit. Der Hinweis auf die nächste Sendung offenbart, daß die “Literarische Illustrierte” sich normalerweise mit gehobener Literatur und nicht mit politischen Diskussionen befaßte. Es mußte Schnabel ein echtes Anliegen gewesen sein, die Sendung im Programm unterzubringen. Die Studenten ihrerseits ergriffen die Chance, sich direkt an das bürgerliche Fernsehpublikum zu wenden. Es wurde der Versuch unternommen, mit dem rasonierenden Publikum direkt zu kommunizieren - das erste Mal, als Lefèvre dem Zuschauer die Aktion - das Entrollen der Spruchbänder - erklärt, das zweite Mal spricht Walter Jens die Zuschauer direkt an und fordert sie auf, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Da keine unmittelbare Reaktion des Publikums möglich ist, ist auch hier die Funktion des Mediums konsumtiv.<sup>147</sup>

Die Crux war, daß die Gegenöffentlichkeit, die durch diese Veranstaltung und ihre Übertragung im Fernsehen geschaffen werden sollte, eben genau nur die Linksintellektuellen erreichte, die Polizei, Senat und Presse sowieso kritisch gegenüberstanden. Dennoch ist dieses zeitgeschichtliche Dokument des Diskurses relevant für das Verständnis der in dieser Zeit sich vollziehenden Politisierung der Studentenschaft. Der vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund formulierte Anspruch, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Institutionen ändern zu wollen, wurde von einem großen Teil der Studentenschaft begrüßt. Der Rede Dutschkes, auf dessen Auftritt man offenbar mit Spannung gewartet hatte, wurde vom Gros der anwesenden Studenten applaudiert, obwohl sie eigentlich nur

---

<sup>147</sup> Vgl. dazu Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 11: “Entscheidend ist für alle Fälle: daß keine Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfängern stattfinden kann. Interaktion wird durch Zwischenschaltung von Technik ausgeschlossen.”

Redundanzen aufwies. Der Kern der Aussage, nämlich daß Dutschke sich vom bestehenden System und seinen Institutionen nicht vertreten fühlt, bot dem Publikum eine Identifikationsmöglichkeit auf abstrakter Ebene. Es ging hier nicht mehr um die konkreten Vorgänge des Todes von Benno Ohnesorg und der darauffolgenden Aktionen, wobei über die Kritik am Vorgehen der Polizei Konsens auch mit bürgerlichen Diskussionsteilnehmern wie Rektor Heinitz oder Jürgen Runge bestand, sondern um die Möglichkeit einer generellen gesellschaftlichen Wandels. Wie Dutschke allerdings selbst einräumen mußte, war seinem Anspruch, weite Kreise der Bevölkerung zu erreichen, kein Erfolg beschieden. Dieses mag zum einen damit zu tun gehabt haben, daß es eben so gut wie keine Möglichkeit gab, den Anliegen der Studenten in objektiven Medien Gehör zu verleihen, zum anderen aber zeigte diese Diskussion auch, wie abgehoben der studentische Diskurs war. Für die Berliner Bevölkerung waren die Studenten wohlhabende Bürgerkinder, die dem Konsens der Stadt - Amerika-Treue und Antikommunismus - zuwiderhandelten und deren Forderungen nur in Deckung zu bringen waren mit dem verhaßten System jenseits der Mauer. Daß Dutschke selbst ein "DDR-Auswanderer" und kein Anhänger des Sowjet-Kommunismus war, spielte dabei keine Rolle. Vordergründig wurde nur wahrgenommen, daß seine Forderungen radikal waren, und die Rhetorik, derer er sich dabei bediente, für die meisten der Berliner Bürger abgehoben und unverständlich. Auch bei den Studenten hat man den Eindruck, daß die Rhetorik wichtiger ist als der Inhalt. Zum Zeitpunkt der Diskussion im Auditorium maximum hatten sich schon Vorurteile gefestigt. Die Redner wurden vom Publikum ihrem Ruf entsprechend behandelt. Dem liberalen Prof. Sontheimer begegnete es mit dem Mißtrauen, das ein Liberaler seiner Meinung nach verdient; Walter Jens genoß großen Respekt und hatte offenbar den Ruf eines Sympathisanten, den er bisweilen mit kritischen Äußerungen wie z.B. zum Thema Zwangsexmatrikulation aufs Spiel setzte. Uneingeschränkter

Liebling der anwesenden Studenten war Prof. Flechtheim, der sich erklärtermaßen zu ihrem Sprachrohr machte. Absolut keine Chance hatte Rektor Heinitz, obwohl er ebenfalls Kritik an der Vorgehensweise der Polizei im Fall Ohnesorg äußerte; als Rektor gehörte er zum Feindbild, und die Stimme der Vernunft war in der emotionsgeladenen Atmosphäre nicht gefragt. Auch insofern ist nicht anzunehmen, daß der typische Berliner Bürger, sollte er per Zufall diesem Programm gefolgt sein, sich zur Sache der Studenten bekehren ließ, so er sie überhaupt verstanden hat; im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß er seine Vorurteile bestätigt gesehen hätte.

Die Tatsache, daß die "Literarische Illustrierte" zum öffentlichen studentischen Teach-in umfunktioniert wurde, und dies mit dem Einverständnis oder sogar womöglich auf Betreiben ihres Redakteurs, Ernst Schnabel, charakterisiert die beginnende Wandlung des SFB und seine erste nicht system- und medienkonforme Reaktion auf die Herausforderung einer neuen gesellschaftlichen Bewegung. Der SFB hat durch diese und andere Sendungen, vor allem im Hörfunk, seinen Ruf als "Rotfunk" begründet.

Die einzige vom Berliner Durchschnittsbürger akzeptierte Sendung blieb (bis zum heutigen Tag) die Berliner Abendschau. Es wird kolportiert, daß Redakteure, die eine Wohnung suchten, diese nur bekamen, wenn sie sich als Abendschau-Redakteure ausgaben und erklärten, daß sie mit dem Rest des "Roten Senders" nichts zu tun hatten. Auch bei Dreharbeiten im West-Berliner Stadtgebiet waren oftmals Anpöbeleien zu hören; erst wenn die Reporter erklärten, daß sie von der Abendschau kämen, gaben die Leute ihre ablehnende Haltung auf. <sup>148</sup>

Vom Selbstverständnis des SFB her war die politische Haltung des Senders ausgewogen; man konnte sich einerseits den "rechten" Matthias Walden und seine Kommentare leisten, auf der anderen Seite einen

---

<sup>148</sup> Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters aus der Abendschau-Redaktion (wiederholte Gespräche in 2006)

“linken” Hörfunkredakteur wie Hans-Peter Krüger oder den verständnisvollen Ernst Schnabel.

Während das Dritte Fernsehprogramm den Dialog mit den Studenten im Jahre 1967 nur noch vereinzelt fortsetzte, widmete das Dritte Hörfunk-Programm diesem Thema weiterhin Sendezeit. Am 16.6.1967 gab es eine Sendung mit dem Titel “Ursachen der Studentenunruhen”. Die Gesprächsleitung hatte Hans Zielinski, eingeladen waren die Studenten Knut Nevermann, Wolfgang Landsberg, Rolf-Peter Janns und Rolf-Dietrich Schwarz. Alle betonten, nicht in irgendeiner Funktion anwesend zu sein und nur für sich selbst zu sprechen. In seinem Vorwort wies Zielinski darauf hin, daß der SFB lediglich eine Plattform zur Information und zum Meinungsaustausch biete. Die Fragestellung sollte sein: Wo stehen wir und wo wollen wir hin?

Nevermann gab eine kurze Skizze der Genese des Konflikts und beklagte undemokratische Zustände in Staat, Presse und Universität.

Das Problem der Behandlung einer Minderheit hätte sich in drei Stufen unterteilt:

1. Politische Bevormundung wie in den Fällen Kuby und Krippendorf sowie das Verbot politischer Veranstaltungen auf dem Campus
2. Zwangsexmatrikulation als Disziplinierungsmaßnahme
3. Der Ausschluß der studentischen Minorität aus dem Willenbildungsprozeß der Gesellschaft.

Er führte die besondere Situation West-Berlins an, in dem noch der Antikommunismus aus der Blockadezeit nachwirke. Da es aber inzwischen auf dem Ost-West-Sektor Zeichen der Entspannung gebe, wären die Studenten zum Feindbild aufgebaut worden. Der funktionslos gewordene Antikommunismus richte sich nunmehr gegen sie.

Die Studenten wären 1958 nonkonformistisch geworden und hätten begonnen, den offiziellen Antikommunismus zu kritisieren und die offizielle

Funktion Berlins als Hauptstadt in Frage zu stellen. Der Nonkonformismus der Studenten stünde im Widerspruch zur offiziellen Meinung Berlins.

Die Zeichen der Entspannung waren zu diesem Zeitpunkt sehr zaghaft und der Antikommunismus im Westteil der Stadt noch virulent. Funktionslos wäre letzterer ja erst in dem Moment geworden, in dem die Bundesrepublik die DDR anerkannt hätte, und zwar nicht nur völkerrechtlich, sondern auch politisch. Die These, daß der Antikommunismus funktionslos geworden wäre, war subjektiv und deckte sich nicht mit der Einschätzung der Berliner Bevölkerung. Die von der Studentenbewegung registrierten Entspannungstendenzen resultierten hauptsächlich aus der eigenen positiven Einschätzung der DDR und der Tatsache, daß die überwiegend aus Westdeutschland stammenden Studenten keine Verwandten im Ostteil der Stadt hatten. Sie fühlten sich also von der Mauer nicht weiter beeinträchtigt, im Gegenteil, sie bot ihnen die Möglichkeit, ein wunderbares Biotop zu schaffen. Mit diesem Nonkonformismus, auch in Bezug auf die Teilung Berlins und gegenüber den Westmächten, standen die Studenten im Widerspruch zur offiziellen Meinung Berlins.

Anschließend nahm Landsberg Bezug auf die Gründung der FU als Reaktion auf die kommunistische Universität in Ost-Berlin. Dies hätte den Keim des Konfliktes schon in sich getragen. 1956 hätte es an der Humboldt-Universität Solidarisierungstendenzen mit dem Ungarn-Aufstand gegeben, anschließend wurde das kritische Potential dort nivelliert. Mit dem Mauerbau wären viele Studenten aus dem Ostteil der Stadt weggeblieben, dafür kamen viele Studenten aus Westdeutschland. Diese "Umschichtung" und die Verarbeitung der Erfahrung des Mauerbaus hätte zu der sechsjährigen Aktionspause (von 1959 bis 1965) in der Studentenschaft geführt.

Dann hätten sich die Konflikte zwischen neo-kapitalistischer Gesellschaft und sozialrevolutionären Bewegungen in der Dritten Welt verschärft, worauf die Studenten mit zunächst unbeachteten Protesten reagierten. Sogleich wäre versucht worden, die Demonstranten als kleine radikale Minderheit abzuqualifizieren, in Wirklichkeit wäre es aber das Gros der Studenten, das die Aktionen trüge.

Als nächstes wollte Zielinski die Frage klären, wo eigentlich die Spannungspole lägen. Janns antwortete, daß es darum gehe, daß Senat und Bevölkerung nicht bereit wären, den Studenten ein politisches Mandat zuzugestehen. Schwarz meinte, daß dabei der Stimmungshintergrund in Berlin nicht zu unterschätzen sei. Die West-Berliner hätten sich nicht daran gewöhnt, keine Hauptstadtfunction mehr zu haben.

Zielinski fragte hierauf, warum den Studenten soviel zum Kongo und zu Vietnam eingefallen wäre, nicht aber zur Teilung Berlins?

Nevermann entgegnete, die Studenten hätten sich sehr wohl mit dem Thema Deutschlandpolitik befaßt und sich frühzeitig zu Verhandlungen mit der DDR und der Entspannungspolitik bekannt.

Landsberg vertrat die These, daß die Studenten, indem sie gegen die amerikanische Politik in Vietnam demonstrierten, zugleich für Berlin demonstrieren würden. Die Deutschlandpolitik wäre dank Adenauer sowieso festgefahren, da wäre es sinnvoller und bedeutsamer, den Fokus auf den Kongo oder Vietnam zu richten. Die Diskussion über die Einheit des deutschen Volkes wäre müßig und larmoyant. Das Unrecht, das manche Menschen wähten zu sehen, fiel ab gegen das, was in der Dritten Welt geschehe.

Zielinski warf ein, man könne doch nicht Frau Krause, die zu ihrer Schwester nach Kaulsdorf fahren möchte, sagen, daß das unwichtiger wäre als das Schicksal irgendeines Vietnamesen.

Nevermann fand es bedauerlich, daß Frau Krause nicht einsehe, wie wichtig Vietnam sei. Das hätte seine Ursachen in der studentischen

Forderung nach Auflösung des Springer-Konzerns (gemeint ist wohl: daß die Studenten die Auflösung des Springer-Konzerns fordern, um auch Frau Krause vor Manipulationen der Presse zu schützen; Anm.d.Verf.). Im übrigen wäre die Studentenschaft nur dazu da, die geistigen Hintergründe aufzuzeigen. Zielinski monierte die Hybris dieser Aussage. Ihn störe der Stacheldraht, und er hoffe, daß dies seinen Gesprächspartnern auch so gehe.

Schwarz meinte, die Verhältnisse würden sich nicht ändern, nur weil die Studenten dagegen Stellung nähmen. Man müsse mit der DDR-Regierung ins Gespräch kommen, die Studenten seien bereit dazu.

Zielinski wollte nun Teil zwei seiner Fragestellung erörtert wissen: wo führe die Studentenbewegung hin?

Nevermann erklärte, es wäre das Bemühen der Studenten, dafür zu kämpfen, die demokratischen Verhältnisse in Berlin wiederherzustellen. Die veröffentlichte Meinung hätte das Grundrecht auf Informationsfreiheit ad absurdum geführt.

“...wenn man sich anguckt, wie formiert, wie einseitig die Presse berichtet hat in den ersten Tagen nach dem 2. Juni, in den ersten Tagen ganz sicherlich, nachher kam ein gewisser Differenzierungsprozeß in Gang, auch selbstverständlich beim Rundfunk, auch beim SFB, auch beim Kommentar von Herrn Walden, alles Dinge, die natürlich meines Erachtens nicht angehen können, und die eine Informationsfreiheit der Bevölkerung inhaltlich ad absurdum führen.”<sup>149</sup>

Auf die Frage Zielinskis, welches denn letztlich die Forderungen der Studenten wären, benannte Nevermann die defensiven Forderungen: “Die demokratischen Verhältnisse in Berlin müssen wiederhergestellt werden, also: Reorganisation der Polizei, Verhinderung von staatlichen Gewalttätigkeiten, die Frage wie man Rundfunk und Fernsehen und

---

<sup>149</sup> Die Ursachen der Studentenunruhen, Sendung vom 16.6. 1967, SFB-Hörfunk III. Programm, SFB-Hörfunkarchiv



Presse so beeinflussen kann, daß auch Minoritäten zu Wort kommen, die Frage, wie man die Pressekonzentration ändern kann, entweder durch die Enteignung des marktbeherrschenden Verlages - Springer nämlich - und weiterhin versuchen, die Versammlungsfreiheit wiederherzustellen.<sup>150</sup>

Die Frage nach den offensiven Forderungen könne noch nicht im einzelnen beantwortet werden.

Zielinski stellte die Frage, ob man sich auf das Grundgesetz als gemeinsames Fundament einigen könne, was im Prinzip von allen Diskussionsteilnehmern bejaht wird. Weiterhin wollte er wissen, wie es zu erklären sei, daß die Meinung der Studentenschaft sich nicht in den drei demokratischen Parteien - SPD, CDU und FDP - repräsentiert fände. Nevermann antwortete, daß die Bundesrepublik seit ihrer Gründung eine reaktionäre Entwicklung genommen hätte. Durch die Große Koalition habe man quasi ein Ein-Parteien-System. Der politische Willensbildungsprozeß innerhalb und außerhalb der Parteien sei abgeschnürt worden.

Zielinski fragte, ob die linke Studentenschaft als Partei bei der nächsten Wahl antreten würde. Dies verneinte Nevermann mit dem Hinweis darauf, daß es nicht im Grundgesetz stünde, daß man eine Partei gründen muß, um am Willensbildungsprozeß teilzunehmen. Es reiche nicht, seine Stimme abzugeben, man müsse sich auch unabhängig von den Wahlen aktiv in die Politik einmischen. Dies könne z.B. durch Demonstrationen geschehen.

Nun fragte Zielinski, wie es angehen könne, Politik ohne Mandat zu machen. Man könne die verfaßten Organisationen nicht umgehen.

Janns antwortete, die APO wäre solange legitimiert, wie die Parteien keine Alternative bieten würden.

Man wolle über die Bevölkerung die Parteien beeinflussen, d.h. über die gezielte Agitation und den Wandel des Bewußtseins in der Bevölkerung Einfluß auf die Parteien nehmen und dadurch eine Demokratisierung

---

<sup>150</sup> Ebd.

erreichen.

Diese Sendung fand exakt zwei Wochen nach dem Tod Benno Ohnesorgs statt; die Studenten hatten es also immerhin im Verlauf dieser kurzen Zeit geschafft, eine Lücke in der Phalanx der bürgerlichen Medien zu finden. Wie wichtig ihnen dies war, zeigt, daß Nevermann die "Frage, wie man Rundfunk und Fernsehen und Presse so beeinflussen kann, daß auch Minoritäten zu Wort kommen" als eine zentrale "defensive Forderung" ansah.

Der SFB bot den Studentenvertretern Gelegenheit, ihre Ziele darzulegen und zu erklären. Wie schon in dem von Hans-Werner Kock geleiteten Gespräch am 4. Juni vertrat der Moderator, Hans Zielinski, eine Position, die in der späteren wissenschaftlichen Analyse der Studentenbewegung als liberal-demokratisch bezeichnet wird. "Im Prinzip wird die Berechtigung des Studentenprotestes anerkannt und an der Nützlichkeit für insbesondere bildungspolitische, aber auch darüber hinausgehende Reformvorhaben gemessen. Es wird gesehen, daß eine gesellschaftliche Modernisierung...notwendig von politischen und kulturellen Erschütterungen begleitet sein muß. Die irrationalen Komponenten solcher Erschütterungen sollen minimiert und institutionell kanalisiert werden. Von der Protestbewegung werden Augenmaß, Präzision, Kompromißbereitschaft sowie die Akzeptanz des im Grundgesetz festgeschriebenen politischen Verfahrens- und Verhaltenskodex' gefordert."<sup>151</sup>

Trotz dieser liberalen Programmpolitik kritisierten die Studenten den Sender und stellten ihn in eine Reihe mit der Springer-Presse. Sie beriefen sich dabei offenbar hauptsächlich auf die Berichte in der Abendschau und die meist von Matthias Walden gesprochenen Kommentare. Da letzterer mit seiner Meinung innerhalb des Senders isoliert dastand, führte diese Art von Angriffen nicht zu Solidaritätsbekundungen durch seine Kollegen.

---

<sup>151</sup> Die Provokationselite, Rabehl, Lönnendonker u.a., Online-Publikation ohne Datumsangabe, S. 10

Zielinski, Schnabel und andere sahen in den Studentenunruhen eine Bewegung mit Legitimation, der man durchaus mit Sympathie gegenüberstand. Dennoch erkennt man an der Fragestellung, daß der SFB-Moderator bestrebt war, diese Bewegung auf den Boden der bürgerlich-demokratischen Grundordnung zu sehen. Die Denkmuster der Verfassung mit Parteiensystem, Legislative, Exekutive und Judikative sind für ihn dabei bestimmend.

Obwohl Nevermann in dem Gespräch noch die Gründung einer Partei und die Beteiligung am Parlamentarismus ablehnte, sollte dies der Weg werden, den eine große Anzahl ehemaliger Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition zehn Jahre später gehen würden.

Immer wieder floß die besondere Situation West-Berlins in die Diskussion ein. Für die (meist älteren) SFB-Redakteure eine Kernfrage, bei der sie sich sicher waren, daß sie für die Berliner und damit für das Großteil ihrer Zuhörerschaft von eminent wichtiger Bedeutung war. Für die überwiegend aus West-Deutschland stammenden Studenten war dieses Problem eher nebensächlich; kamen sie doch zu einem Zeitpunkt in die Stadt, als die Teilung der Stadt schon vollzogen war. Überdies hatten die Zugezogenen keine Familienangehörigen im Ost-Teil, sodaß sie den Trennungsschmerz nicht nachvollziehen konnten. Nicht anders ist es zu erklären, daß Landsberg z.B. meint, daß Frau Krause - Synonym für den Normal-Berliner - sich für das Schicksal des Vietcong interessieren müsse. In seiner späteren Analyse stellte Hurwitz fest, daß der Koreakrieg in Westberlin und Westdeutschland als Krise für Europa, also Teil eines Weltkonfliktes, begriffen worden wäre. In Zusammenhang mit Vietnam hätte dies nicht einmal für die Empfindungen von einem Viertel der Westberliner zugetroffen.<sup>152</sup>

---

<sup>152</sup> Harold Hurwitz, Vortrag über die Einwirkungen zeitgeschichtlicher Entwicklungen auf den Prozeß der Meinungsbildung in der Westberliner Bevölkerung während des Ost-West-Konfliktes von 1945 bis zur Gegenwart, gehalten vor dem Fachbereich 15 der FU am 17. März 1972, S. 12

Für die Studenten war, wie Nevermann selbst sagte, die Deutschlandfrage ein zweitrangiges Problem, das zur Zeit sowieso nicht lösbar wäre und sich womöglich von alleine erledigen würde, wenn die studentische Politik, die sich in ihren Ansätzen schon als marxistisch begreift, ihre latente Sympathie mit dem anderen deutschen Staat in die Waagschale werfen würde.

Die Berlin-Frage und der Antikommunismus standen also unvermeidlich im Zentrum, nicht zu trennen waren die besondere Situation der Stadt und die vehemente Reaktion der Bevölkerung auf die Studentenbewegung, die sich wiederum nur an *dem* Ort des Kalten Krieges in der Weise entfalten konnte.

Immerhin hatten die 1948 gegründete Freie Universität und der 1953 gegründete Sender Freies Berlin eines gemeinsam: den Begriff "frei" in ihrem Namen, der ein untrügliches Indiz sein sollte für die Abgrenzung zum "unfreien" Ost-Sektor. Wie den Diskussionsbeiträgen der Studenten und Professoren zu entnehmen war, standen Senat, Bevölkerung und Presse solange hinter der Freien Universität, wie sie sich als Gegenmodell zur Humboldt-Universität in Berlin verstand. Erst, als das politische Engagement in eine andere Richtung ging, die den West-Berliner Konsens verletzte, kam es zu der unüberwindbaren Kluft zwischen den beiden Lagern.

Dem SFB erging es ähnlich, was seine Akzeptanz bei der Bevölkerung anbelangte: zunächst nicht richtig gewollt (man hatte ja den RIAS), mit Sendebeginn angenommen (insbesondere Sendungen wie "Rund um die Berolina" und "Berliner Abendschau"), seit Einführung der linksintellektuell orientierten Dritten Programme, die sich u.a. mit den Anliegen der Studenten befaßten, auf der falschen Seite und damit ein "Kommunistensender".

Aus der Perspektive der Studenten gab der SFB wiederum ein Feindbild ab durch kritische Berichte und Kommentare, insbesondere die Beiträge

Matthias Waldens, der in der Furcht, die studentische Bewegung könne sich vor den Karren des DDR-Regimes spannen lassen, durch pointierte Beiträge zur Verschärfung der Auseinandersetzung beitrug. In einem Gespräch mit dem Schauspieler und Kabarettisten Werner Finck, gesendet am 13.6.1967 in SFB3, versucht er, seine Position generell zu erklären:

Er wäre nur solange ein Kalter Krieger, wie es den Kalten Krieg gäbe; denn er wolle lieber Krieger als Opfer sein. Das bedeute nicht, daß er den Kalten Krieg wolle, aber ein Waffenstillstand wäre zu diesem Zeitpunkt gleichbedeutend mit Kapitulation. Man könne den Kalten Krieg beenden, würde dies aber mit dem Verlust der Freiheit bezahlen. Es gäbe keine Kompromisse zwischen denen, die den Zwang vertreten und denen, die die Freiheit bewahren wollen, es gäbe keine Synthese zwischen Freiheit und Unfreiheit. Man könne das Ende des Kalten Krieges zehnmal proklamieren; solange auf der einen Seite die Zwangsausübenden wären und ihr System auch dem Westen oktroyieren wollten, gäbe es keine Chance zur Einigung. Etwas anderes wäre es, wenn jemand aus freier Überzeugung Marxist wäre.

Auf die Frage, ob er rechtsradikal wäre, verneint Walden. Er wende sich nur gegen den Zwangskommunismus, nicht aber gegen den Kommunisten, der sich den Spielregeln der Freiheit unterwirft. Der Unterschied in Ost und West wäre, daß die Kommunisten eine Ideologie hätten, wohingegen der Westen pluralistisch sei.

Der kommunistische Staat versuche, durch seine Sprachregelung eine Identifizierung der Bürger mit dem System zu schaffen: "Unser Staat", "unsere Kolchose" etc. Der Staat souffliere, der Bürger repetiere. Dagegen hieße es im Westen bestenfalls "unser Geld" - hier fehle der (freiwillige) Bezug zu Begriffen wie "Freiheit" oder "Vaterland".

Der Kalte Krieg müsse aber eines Tages entschieden sein, entweder für die eine oder für die andere Seite.

Der von Finck zitierte Satz "Lieber rot als tot" wäre die letzte denkbare Formel.

Walden bedauert, daß im Westen die KPD verboten wurde. Die Demokratie müsse auch Kommunisten akzeptieren. Er müsse sich dem verbindlichen Richterspruch des Bundesverwaltungsgerichts beugen, obwohl dieser seine politischen Ambitionen nicht abdecke. Aber die Verfassung wäre die Leitlinie der Demokratie, auch wenn sie von den staatlichen Organen nicht immer perfekt umgesetzt würde. Die Verfassung wäre die Sicherung der Freiheit, wegen eines Makels dürfe man nicht das Ganze in Frage stellen. Einig sind sich abschließend Finck und Walden in ihrer Positionierung in der "radikalen Mitte", da sie die Klischierung in rechts und links ablehnen.

Die Durchführung eines solchen politisch-philosophischen Gesprächs auf einer abstrakten Ebene zu diesem Zeitpunkt, elf Tage nach dem Tod Ohnesorgs und in der Hochzeit der Diskussion um konkrete Konsequenzen aus den Vorfällen vom 2. Juni und danach ist ungewöhnlich, wirkt aber gerade deswegen rational und vorurteilsfrei. Während sich ringsum die Gemüter erhitzten und die Fronten verhärteten, schickten sich Finck und Walden an, Brücken zu bauen und Erklärungsmuster zu liefern. Die Sendung ist ein Indiz dafür, daß der SFB versuchte, den politischen Diskurs, der im eigenen Hause stattfand, auch in seinem Programm abzubilden. Walden nutzte die Gelegenheit, seine Ansichten darzulegen und dem Vorwurf des Rechtsradikalismus entgegenzutreten.

Kommentare Waldens, die sich direkt auf die Studentenunruhen beziehen, sind leider für das Jahr 1967 nicht erhalten. Wenn sich aber Nevermann in der Diskussion zu den Ursachen der Studentenunruhen am 16.6.67 negativ zu den Kommentaren Waldens äußert, hätte er wenigstens diesen Dialog zwischen Finck und Walden in seine Kritik einbeziehen müssen. Eine komplexe, selbstkritische Sichtweise war in diesem Stadium der

Studentenunruhen nicht möglich. So, wie Presse und Bevölkerung die Studenten über einen Kamm schoren, hatten die Studenten ein Feindbild des bürgerlichen Lagers aufgebaut, das Differenzierungen wenig Raum ließ.

Die Politisierung der Studentenschaft war in jedem Fall weit fortgeschritten: Es ging nicht mehr nur um die Hochschulreform, auch nicht mehr nur um den Tod Benno Ohnesorgs, sondern um nicht mehr und nicht weniger als die Revolution an sich. Dies vermittelt eine weitere Sendung im Dritten Hörfunkprogramm, die am 11.7.1967 in einer Länge von 170 Minuten und als halbstündiger Zusammenschnitt am 26. Juli in der Sendereihe "Das Thema" lief. Der Titel: "Das Problem der Gewalt in der Opposition". Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren der Philosoph Herbert Marcuse, der Soziologe Rudi Dutschke und die Studenten Wolfgang Lefèvre, Ulf Kadritzke und Knut Nevermann.

Auch hier wurde von Seiten des SFB wieder ein Forum der kritischen Auseinandersetzung geboten in dem Bestreben, der zahlenmäßig auch noch so kleinen Zuhörerschaft die Möglichkeit zu geben, sich über den Diskussionsprozeß an der Universität zu informieren. Das Niveau, auf dem diese Diskussion stattfand, war allerdings so hoch und die Sprache so immanent, daß nur ein ganz kleiner Kreis linker Intellektueller Zugang gehabt haben dürfte.

Marcuse beginnt seinen Vortrag mit der These, daß jede Opposition nur im globalen Rahmen betrachtet werden kann. Am Beispiel der USA weist er nach, daß die Studentenbewegung keine revolutionäre Kraft, aber einer der stärksten Faktoren zur potentiellen Umgestaltung der Gesellschaft sei. Die "New Left", zu der auch die Studenten gehörten, sei weder marxistisch noch orthodox und vor allem nicht auf die Arbeiterklasse fixiert. Sie setze sich zusammen aus Intellektuellen, Bürgerrechtsbewegungen und radikalen Elementen der Jugend, wie z.B. den Hippies. Sprecher der Bewegung seien keine Politiker, sondern Poeten wie Allen Ginsberg.

Die Integration der beherrschten Klasse sei das Hauptmerkmal des gegenwärtigen Monopolkapitalismus. Durch das unterdrückte und gesteuerte Bewußtsein gibt es keine subjektive Notwendigkeit der Umwälzung, sondern nur eine objektive. Die Opposition muß sich auf die Außenseiter und Unterprivilegierten konzentrieren, die die Funktion einer industriellen Reservearmee haben und als Drohung für das System unentbehrlich sind. In den USA sei die Arbeiterklasse in das System integriert, daher ruhe die Hoffnung auf dem "neuen Proletariat" - zum einen den Unterprivilegierten, den nicht im Produktionsprozeß stehenden und zum anderen den Technikern und Ingenieuren in Schlüsselstellungen - sowie der studentischen Opposition. Letztere richte sich gegen die demokratische Gesellschaft und gegen die Majorität der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse. Ausgelöst wurde sie in den USA durch die Bürgerrechtsbewegung und den Vietnam-Krieg.

Die studentische Opposition bedeute keine Politisierung der Universität, denn diese sei per se politisch; also könne man höchstens von einer Gegenpolitisierung sprechen.

Als Formen der Opposition kämen Teach-ins, Sit-ins und unbewaffnete Demonstrationen in Frage. Dabei wären Konfrontationen mit der institutionalisierten Gewalt teilweise unvermeidlich, sonst würden diese Aktionen zu harmlosen Ritualen degradiert.

Die Erfahrung der Bürgerrechtsbewegung zeige, daß das System Gewalt anwendet, sobald es sich bedroht fühlt. Darauf könne und müsse man mit "civil disobedience" antworten; die Geschichte habe gezeigt, daß die Menschheit ohne dieses Recht auf Widerstands noch auf der Stufe primitivster Barbarei stünde. Notwendigerweise bewege man sich mit dieser Gegengewalt im Rahmen der Illegalität, denn kein System könne den bürgerlichen Ungehorsam legalisieren. Es gebe eine Gewalt der Befreiung und eine Gewalt der Unterdrückung. Eine prinzipielle Gewaltlosigkeit reproduziere die Gewalt des herrschenden Systems.



Zur Frage der Aussichten der Opposition auf Erfolg sagt Marcuse, daß es zur Zeit keine revolutionäre Kraft gebe, selbst unter den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt nicht. Die Bemühungen der Opposition dienen zur Vorbereitung der möglichen Krise des Systems, d.h. zur Reduktion seines ökonomischen und politischen Spielraums. Dabei sei die akute Gefahr des Faschismus oder Neofaschismus in keiner Weise überwunden. Die Krise sei die Konfluenz disparater subjektiver und objektiver Tendenzen ökonomischer, politischer und moralischer Natur im Osten und Westen. Der Totalitarismus des Ostens müsse von links bekämpft werden, obwohl er von Armut diktiert und nicht expansiv wäre. Ein Student aus dem Publikum spricht die "Dritte Welt-Theorie" an, die davon ausgeht, daß die Dritte Welt die größte revolutionäre Kraft im globalen Kapitalismus darstellt.

Marcuse gesteht den revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt durchaus eine wichtige Rolle zu, geht aber davon aus, daß keine Kraft dort stark genug wäre, um den Kapitalismus stürzen zu können. Dies könne nur in Verbindung mit dem Kern der Revolution in der Ersten Welt geschehen. Ein anderer Zuhörer thematisiert den Voluntarismus der Bewegung. Die studentische Opposition sei gesellschaftlich nicht integriert. Die Versuche, dem Arbeiter klarzumachen, er solle sich für Vietnam engagieren, sei lachhaft.

Marcuse sagt, es reiche nicht aus, zu begründen, was rational an diesem System schlecht sei; vielmehr müßten humanitäre und soziale Argumente zu zentralen gesellschaftlichen Kräften werden.

Der nächste Fragesteller will wissen, wie Marcuse sich, bezogen auf die USA, die Attitude der Opposition vorstelle, wenn diese zur Trägerin der Staatsgewalt würde.

Marcuse skizziert, wie er sich unter den gegebenen Umständen die Konstruktion einer freien Gesellschaft vorstellt. Die Studenten wären noch zu isoliert, die Bewegung müsse Schichten aus dem Produktionsprozeß

ergreifen. Die Intelligenz könne nur eine vorbereitende und leitende Rolle spielen. In den USA wäre nur die Beendigung des Vietnam-Kriegs ein Thema, für Sozialismus-Parolen sei dort niemand empfänglich. Dennoch sei das kapitalistische Gesellschaftssystem nicht von Dauer und würde an seinen Widersprüchen zugrunde gehen: Die Tendenz zur Automation führt zur Ausschaltung der physischen Arbeit im Produktionsprozeß, die ökonomische Krise zur Verstärkung von Repression.

Ein Student meint, daß das Bedürfnis nach Umsturz nicht vorhanden sei. Marcuse: es gebe ein dialektisches Verhältnis zwischen den Repressionsmechanismen und der Entwicklung des Bewußtseins zu ihrer Beseitigung.

Der nächste Redner, Rudi Dutschke, fragt Marcuse, wie er die Lage in Europa sehe: ob unter dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte die Reaktivierung der Arbeiterklasse möglich sei? Stünde nicht vielmehr statt einer proletarischen eine menschliche Revolution auf der Tagesordnung? Marcuse antwortet, daß dies davon abhängt, inwieweit die kapitalistische europäische Ökonomie der amerikanischen folgen und die Automation weiter voranschreiten würde.

Wolfgang Lefèvre spricht das Thema der Androhung der faschistischen Massenmobilisierung an. Diese Gefahr bestünde seiner Ansicht nach nicht, da dies eine ökonomische Krise voraussetze und diese in Europa nicht vorstellbar wäre. In diesem Zusammenhang teilt er die Meinung nicht, daß die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals von der Akkumulierung in der Dritten Welt abhängig wäre.

Eine weitere Frage aus dem Publikum gilt dem Problem, welche Rolle die osteuropäischen Staaten im revolutionären Prozeß des Westens spielen könnten und welche Toleranz man den Revisionisten und Reformisten wie der SPD zum Beispiel gegenüber aufbringen solle.

Marcuse stellt fest, daß in jedem Falle die Gleichsetzung des Systems der

Sowjetunion mit dem Kapitalismus inadäquat sei. Er sehe aber eine Zusammenarbeit zwischen den USA und der SU, die bedenklich wäre und der unmarxistischen Theorie entspreche, daß es eine Interessengemeinschaft der "Reichen" gegen die "Armen" (Dritte Welt; Anm.d.Verf.) gäbe. Für die Agitation der Bevölkerung wäre das Beispiel der SU allerdings hinderlich; wenn man mit den Leuten in den USA spreche, höre man: "Wenn das eure Alternative ist, nein danke!" Es wäre schwierig, zu erklären, daß das, was dort vor sich geht, kein Sozialismus ist. Es gäbe überdies weite Teile der Bevölkerung, wo Diskutieren zwecklos wäre. Man solle seine Energie auf die Schichten konzentrieren, deren Indoktrinierung noch nicht so weit fortgeschritten ist.

Zur Definition des Revisionismus wäre zu sagen, daß dieser davon ausgeht, daß durch eine graduelle Evolution die Umwälzung des Systems herbeigeführt werden kann. Er selbst habe die Sozialdemokratische Partei seit 1919 als revisionistisch bekämpft, und zwar nicht, weil sie im Rahmen des Bestehenden gearbeitet hat, sondern wegen ihrer Bündnispolitik mit revolutionären Kräften. Die angebliche Linke in der SPD wäre mit der Zeit immer rechter geworden.

Ein Student stellt die These auf, daß die Sowjetunion ein positives Beispiel für den Wandel innerhalb einer Partei sei, indem sie die Abkehr vom Stalinismus vollzogen hätte.

Dem entgegnet Rudi Dutschke, daß die Veränderung der Sowjetunion systemimmanent und diese, um mit Lukács zu sprechen, nur ein Stalinismus ohne Lager sei. Zur Frage der Perspektive der APO sagt er, daß angesichts eines kopflosen Senats, einer repressiven Polizei und unfähiger Parteien es in West-Berlin die Notwendigkeit gebe, eine konkrete Alternative zu entwickeln. Ein Projekt in diesem Sinne wäre die Enteignung des Springer-Konzerns; große Teile der Bevölkerung hätten inzwischen genug von dessen Manipulationen. Es müsse ein System der Demokratie von unten errichtet werden.

Nevermann bemängelt, daß die Frage nach der konkreten Utopie noch nicht positiv formuliert worden wäre. Die Hoffnung auf Globalität der Opposition munde unrealistisch an. Er stellt die Frage, ob man den Gärungsprozeß nicht in die Niederungen der Organisationen (Gewerkschaften/Parteien) hineinbringen solle.

Darauf antwortet Marcuse, daß Parteienarbeit prinzipiell möglich sei. Allerdings halte er nichts vom Prinzip der Umwandlung der großen Parteien von innen. Zur Frage des Widerstands merkt er an, daß historisch gesehen das Recht auf Widerstand eine allgemeine Gültigkeit haben muß, die über das selbstdefinierte Recht hinausgeht. Die Berufung auf das Recht auf Frieden und Abschaffung der Ausbeutung wäre eine solche Voraussetzung für Allgemeingültigkeit.

Abschließend thematisiert Marcuse noch die Frage, was aus der studentischen Opposition wird, wenn die Studenten die Universität verlassen.

Im Hinblick auf die wichtige Rolle der Intelligenz stelle dies ein großes Problem für die Kontinuität der Opposition dar.

Die vom SFB in voller Länge übertragene Diskussion bietet einen interessanten Einblick in den Diskurs ebendieser Intelligenz im Sommer 1967. Der Tod Benno Ohnesorgs war inzwischen "verarbeitet" in dem Sinne, daß das repressive Handeln von Senat und Polizei und die einseitige Darstellung der Geschehnisse in der bürgerlichen Presse dazu führten, daß die Studenten daraus die Legitimation zur Gesellschaftsveränderung ableiteten. Einig war man sich im wesentlichen in der Analyse, daß das kapitalistische System ausbeuterisch, repressiv und imperialistisch sei. Kernfrage war allerdings, wie man die Massen gegen dieses System mobilisieren könne und welche Rolle sie, die Studentenschaft, bei der Revolution in spe spielen würde. Marcuse versucht, insbesondere vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der amerikanischen Gesellschaft, die konkreten Erwartungen zu dämpfen,

ohne das Engagement der Studenten zu reduzieren. Als Realist erkennt er keine revolutionäre Situation zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Demgegenüber sieht Dutschke konkrete Ziele und wöhnt sogar die Bevölkerung auf Seiten der Studenten, wenn es um die Enteignung des Springer-Konzerns geht. Hier will er durch die Enteignung Springers zum einen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zum zweiten eine Bewußtseinsänderung erreichen.<sup>153</sup>

Zwischen dem revolutionären Gedankengut taucht auch noch, wenn auch zögernd, die Frage nach Reformen und der Möglichkeit der Arbeit in den bestehenden Institutionen auf, die aber überwiegend als revisionistisch abgelehnt wird.

Interessant ist die Frage nach Einschätzung der Sowjetunion, die offensichtlich von einem Teil der - vermutlich in der DKP organisierten Studenten - als dem Kapitalismus vorzuziehende kleinere Übel betrachtet wird, da die Sowjetunion erstens arm und von daher nicht ausbeuterisch sei und zweitens, was die Behandlung der Opposition anbetrifft, auf einem guten Weg, da sie mit dem Stalinismus gebrochen hätte. Hier weist Dutschke aber darauf hin, daß diese Liberalisierung nur Scheincharakter hätte.

Konsens herrscht allemal in der Einschätzung, daß die Studenten, wenn schon nicht mit der gesellschaftlichen Relevanz der Arbeiterklasse gesegnet, doch wenigstens eine führende Rolle bei deren Agitation spielen könnten bzw. die Hoffnung auf eine Ersatz-Arbeiterklasse zu richten wäre, die, aus Unterprivilegierten bestehend, der eigentlichen, bereits ins System integrierten Arbeiterklasse den revolutionären Rang ablaufen könnte.

Eine Frage, bei der sich die studentischen Organisationen untereinander sowie im Verhältnis zum bürgerlichen Staat und den Medien nicht einigen konnten, war die Gewaltfrage. Marcuse vertritt die Ansicht, daß

---

<sup>153</sup> Die bürgerliche Öffentlichkeit wäre zwar ihrer "Speerspitze" beraubt, aber auch ohne den Springer-Konzern funktionsfähig gewesen. Zumindest wäre die Zeit für eine proletarische Öffentlichkeit, wie sie Negt/Kluge beschrieben haben, noch nicht reif gewesen

Repressalien des Systems Gewalt legitimierten, die im Grunde nur als Gegengewalt zu definieren sei.

Aus heutiger Sicht und beim jetzigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung (Globalisierung, politische Integration bzw. Neutralisierung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Intelligenz, verschärfter Druck auf die Arbeiterschaft durch eine riesige industrielle Reservearmee) erscheint die damalige Diskussion naiv-romantisch. Die teilweise utopischen Ideen der Studenten korrespondierten nicht mit dem Realismus eines Herbert Marcuse. "Some of its (the movement, Anm. der Verf.) ideological mentors, such as Herbert Marcuse, disappointed the utopian yearnings of student radicals by refusing, during a week of intense discussion in Berlin, to outline the contours of a future socialist society..."<sup>154</sup>

Für das Verständnis der Entwicklung der bundesdeutschen Linken bis zur Teilhabe an der Macht durch die aus dieser Bewegung hervorgegangen Grünen ist der Diskurs in jedem Fall von herausragender Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der Gewaltfrage in einer öffentlich-rechtlichen Institution war ausgesprochen fortschrittlich, wenn auch nur dadurch möglich, daß es sich um eine theoretische Debatte handelte. Die Erörterung und Legitimierung konkreter gewalttätiger Aktionen wäre hier mit Sicherheit nicht zulässig gewesen. Wie bei der Sendung "Studenten an der Freien Universität" fungierten Professoren - dort Jens, Flechthelm und Sontheimer, hier Marcuse - als Vermittler zwischen Studenten und bürgerlicher Öffentlichkeit.

### 3.4 Der Teufel-Prozeß und die Kritische Universität

In der regulären Berichterstattung, namentlich in der Berliner Abendschau, fanden die Aktivitäten der Studenten bis zum Ende des Jahres 1967 keine Erwähnung mehr. Einzige Ausnahme: der Prozeß gegen Fritz Teufel. Zum

---

<sup>154</sup> Harold Hurwitz, Germany today: Student revolt, London 1968, S. 95

Prozeßbeginn am 27.11.67 war der Bericht darüber der Aufmacher in der Abendschau. Die Bilder zeigten vor dem Gericht wartende Schaulustige sowie den Angeklagten Teufel im Gerichtssaal. Der Kommentar ist knapp bemessen und besteht aus einer Mischung von relevanten und weniger relevanten Aussagen: "...90 deutsche und ausländische Journalisten belagerten Teufel - gelassen, freundlich und mit Bart beantwortete er die Fragen..."; "...der 24jährige Publizistik-Student steht unter Anklage des schweren Landfriedensbruchs während der Krawalle anlässlich des Schah-Besuchs vor der deutschen Oper..."<sup>155</sup>

Der relativ freundliche Ton von Seiten des Reporters ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß am 21. November der Kriminalbeamte Karl-Heinz Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte, vor der 14. Strafkammer des Landgerichts Moabit vom Vorwurf der vorsätzlichen Tötung freigesprochen worden war und es kaum zu legitimieren gewesen wäre, wenn die Hatz auf den angeblichen Steinewerfer Teufel weitergegangen wäre.<sup>156</sup>

So kam es dann auch am 22.12. zum Freispruch für Fritz Teufel, über den in der Abendschau durchweg positiv berichtet wurde:

"Mit einem Freispruch fand dieses fragwürdige Kapitel Moabiter Strafjustiz seinen Abschluß...der wegen einfachen Landfriedensbruchs angeklagte Student sollte auf Antrag der Staatsanwaltschaft fünf Monate ins Gefängnis ohne Anerkennung der 144 Tage Untersuchungshaft, die Teufel seit seiner Festnahme verbüßt hatte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Horst Mahler, hatte auf Freispruch und Rehabilitation plädiert. In neun Verhandlungstagen hatte das Gericht zahlreiche Zeugen mit widersprüchlichen Aussagen gehört. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die erheblichen Zweifel zugunsten des Angeklagten

---

<sup>155</sup> Berliner Abendschau vom 27.11.1967, SFB-Fernseharchiv

<sup>156</sup> Immerhin 57% der Studenten gingen davon aus, daß das Urteil gegen Kurras objektiv gewesen sei (INFAS-Umfrage vom Nov./Dez. 1967, in: Student und Öffentlichkeit, Hurwitz-Deposition, S. 232, ZA für Emp. Sozialforschung Köln

wirkten und sprach Teufel wegen Mangels an Beweises frei...<sup>157</sup>

Erwähnt wird allerdings nicht, daß es sich hier um einen Freispruch zweiter Klasse, nämlich aus Mangel an Beweisen, handelte. Mit einem Freispruch wegen erwiesener Unschuld hätte die Justiz die lange Untersuchungshaft nicht rechtfertigen können.

Man hat jedenfalls den Eindruck, eine gewisse Erleichterung mache sich hier auch beim Reporter der Abendschau breit in der irrigen Annahme, daß der Studentenbewegung mit diesem Freispruch die Motivation für weitere Proteste entzogen worden wäre.

Dies war aber weit gefehlt; mit der Gründung der Kritischen Universität wurde eine radikale Hochschulreform angestrebt und darüber hinaus die Veränderung der Gesellschaft.

Am 24.11.1967 sendete der SFB im Studio III des Dritten Programms einen Beitrag über die am 1. November 1967 im Audi Max der FU gegründete Kritische Universität (KU).

In der Einleitung gibt der Autor einen Abriß der Geschichte der Berliner Humboldt-Universität, die im Jahre 1805 gegründet worden war mit dem Anspruch, in Erinnerung an die antike Tradition der Wissenschaft frei in den Zielen und in der Methode zu sein. Die Befreiung aus der alten Bindung führte aber zur Isolierung. Die Wissenschaft verzichtete darauf, die Konsequenz ihrer Arbeit für die Gesellschaft in ihr Denken einzubeziehen.

Die Kritik der Studenten zielte nun auf das hierarchische System und die Tatsache, daß die Universität ihre gesellschaftliche Funktion negiert. Der Vorwurf lautete, daß sie die Verwendung ihrer Ergebnisse nicht zum Gegenstand der Reflektion mache und ihre eigene Demokratisierung verhindere.

Nach dieser erklärenden Einführung geht der Beitrag direkt zur Gründungsveranstaltung der Kritischen Universität ins Auditorium

---

<sup>157</sup> Ebd.



Maximum der FU über. Hier ergreift Wolfgang Lefèvre das Wort:

...”Sie haben völlig recht, daß die kritische Universität in ihrem Projekt deswegen ein politisches Unternehmen ist, weil sie nicht mehr mitmacht die einseitige Fixierung, die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr kritisieren zu dürfen...Die kritische Universität ist keine Gegenuniversität, sondern bezogen auf den realen Lehrbetrieb in der FU, um Einfluß zu nehmen und zu kritisieren...”<sup>158</sup> Sollte die Universität verändert werden, so müsse auch die Gesellschaft revolutioniert werden. Die Einheit von arbeitender Bevölkerung und Studentenschaft gelte als Voraussetzung für dieses Ziel (an dieser Stelle Schnittbild auf Rudi Dutschke). Die Arbeiterrätedemokratie erscheine wieder als die Verkörperung revolutionärer Volksherrschaft.

Dazu Klaus Meschkat: “Wenn die Einsicht der Studenten, daß die Organisation des Wissenschaftsbetriebs ihre eigene Angelegenheit ist, wenn diese Einsicht als Beispiel begriffen wird dafür, daß die Organisation der Produktion die eigene Angelegenheit der Produzenten ist, dann wird der Gedanke der Rätedemokratie auch in dieser Stadt und gerade unter den spezifischen Bedingungen West-Berlins wieder Platz greifen können.” Als Rechtfertigung für eine radikale Vorgehensweise gegen das bestehende System diene die Erkenntnis, daß das Wesen dieses Systems nicht in seinen politischen Formen liege, sondern daß das kapitalistische System im Weltmaßstab gesehen ebenso barbarisch sei wie das System zum Ausgang des I. Weltkriegs, das Lenin und seine Anhänger bekämpft haben.

Als nächster Redner ergreift Dutschke das Wort:

“Wir haben uns über den Charakter der nächsten Periode unseres politischen Kampfes klarzuwerden. Wir Studenten, die bewußtesten Teile der Studentenschaft, haben in der letzten Zeit viele Fehler gemacht - haben den Lohn- und Arbeitskämpfen innerhalb der produktiven Sphäre,

---

<sup>158</sup> Studio III, Sendung v. 24.11.1967, SFB-Fernseharchiv

die sich schon seit langer Zeit ankündigten, zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt (Beifall) - haben nur unsere eigenen Probleme gesehen, hatten nicht begriffen, daß es eine Lösung unserer Probleme im isolierten Rahmen der Universität nicht geben kann, daß nur die Einheit von bewußten, lohnabhängigen Massen und bewußten Teilen der Studentenschaft eine Lösung der sozialen und politischen Probleme dieser Gesellschaft bringen kann (Zwischenschnitt auf zwei Studenten mit Lenin-Portrait). Es lebe die Einheit der Arbeiter und Studenten, wie sie schon jeden Tag in Spanien sichtbarer und sichtbarer wird. Das muß unsere Zukunft sein! (Beifall)

Die Revolution ist nach einem Wort von Friedrich Engels der höchste Akt der Politik und wer sie will, muß auch die Mittel wollen, die die Revolution vorbereiten.“<sup>159</sup>

Der Moderator beendet den Beitrag mit folgenden Worten:

“Der Bericht zur Diskussion über die Gestalt der Hochschule in der Gesellschaft wollte am Berliner Beispiel die Spannweite der Kritik zeigen, wie sie sich in den Äußerungen der Verfechter einer radikalen Hochschulreform zeigt. Es schien zur Erkenntnis der Situation sinnvoll, den Stand der Auseinandersetzungen gleichsam als Dokumentation einer Position zu geben, die die Veränderung der Hochschule in notwendige Verknüpfung mit der Veränderung der Gesellschaft denkt. Diese Position ist eine reale Kraft innerhalb der deutschen Hochschuldiskussion, ihre Initiative hat sich mit der Gründung der Kritischen Universität in Berlin bewiesen.“<sup>160</sup>

In einer anderen Sendung mit dem Titel “Zwischen Revolte und Promotion” vom 10.12.1967 werden nochmals die Argumente pro und contra Kritische Universität zusammengefaßt. Als Fürsprecher tritt Prof. Kurt Sontheimer in Erscheinung, die Gegenposition vertritt Prof. Ernst Fraenkel. Seine

---

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> Ebd.

Auffassung ist, daß die Freiheit der Lehre in der Kritischen Universität aufgegeben würde. Der Akademische Senat sprach sich ebenfalls gegen die KU aus, weil ihr ein festgelegtes Weltbild zugrunde läge. Darüber hinaus kritisierte er, daß das Springer-Tribunal fester Bestandteil sein sollte.

In der Tat ging das Bestreben der Studenten primär dahin, die Lehrinhalte selbst zu bestimmen und den Marxismus als Alternative zur klassisch-bürgerlichen Wissenschaft zu etablieren. Ein Absolutheitsanspruch der Kritischen Universität wäre aber in jedem Falle verfehlt gewesen, da sie nicht dem Bildungsinteresse aller Studenten entsprach. Die Gründung der KU wurde in einer Umfrage von 18% der Studenten für sehr gut und von 34% für gut befunden, 26% hielten sie für weniger gut und 17% für schlecht.<sup>161</sup>

Mit solchen Sendungen wie diesen versuchte der SFB, der Entwicklung der studentischen Debatte Rechnung zu tragen. Die Gründung der Kritischen Universität als Konsequenz aus der Forderung nach einer Hochschulreform ist nicht nur eine Nachricht wert, vielmehr einen Hintergrund-Bericht, der den Studenten ein Forum zur Selbstdarstellung bietet. Allerdings muß auch hier wieder betont werden, daß das Studio III im Dritten Fernsehprogramm nur Zuschauer erreichte, die sowieso linksintellektuell orientiert waren. Für solche bot diese Sendungen solide Informationen und die Möglichkeit, sich einen Eindruck über den Stand der Diskussion zu verschaffen. Die Gründung der Kritischen Universität wirkte fast wie eine Marginalie der von einem Teil der Studentenschaft angestrebten gesellschaftlichen Veränderung, deren Bedingungen man hier kritisch reflektierte. Plötzlich tauchte der Begriff der Rätedemokratie auf, der wie eine Zauberformel wirken sollte und als reale Alternative zur parlamentarischen Demokratie gesehen wurde. Typisch für den kreativen,

---

<sup>161</sup> INFAS-Umfrage von Nov./Dez.1967, Studium und Hochschulreform, S. 246, Hurwitz-Deposition beim ZA für Empirische Sozialforschung

aber auch naiven Umgang mit dem Thema war die Parole "Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten!" Obendrein war man der Ansicht, für dieses Projekt auch die als wichtig erachtete Arbeiterschaft gewinnen zu können.

Hier fiel die Diskussion hinter den Stand vom Sommer 1967 zurück, als teilweise dieselben studentischen Redner Herbert Marcuse in seiner Einschätzung Recht gaben, daß die europäische Arbeiterklasse bereits zu sehr ins bestehende System integriert sei, um revolutionäre Forderungen zu stellen. Dutschke sah selbstkritisch das zu geringe Engagement der Studenten gegenüber der Arbeiterschaft und erhoffte sich von einer Änderung dieses Umstands eine Einheitsfront gegen das System. Aus heutiger Sicht muß festgestellt werden, daß diese Debatten den Grundstein legten für den Voluntarismus der Roten Armee Fraktion; denn diese zog die Konsequenz aus der gescheiterten Mobilisierung der Massen.

Nach Anzahl und Inhalt der Sendungen war 1967 das Jahr, in welchem der SFB-Hörfunk und das III. Fernsehprogramm dem studentischen Diskurs den meisten Raum gaben. Nach dem Tod Benno Ohnesorgs wurde durch die Studenten ein Diskussionsprozeß in Gang gesetzt, der zur grundlegenden Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse führte. Die Redakteure des SFB reagierten darauf, indem sie die Thematik zum Gegenstand diverser Sendungen machten - entweder in rein dokumentarischer Form wie bei "Die Gewalt in der Opposition" oder als Diskussion mit den Betroffenen. Anders als der RIAS, der zwar mit seinem Musikprogramm junge Hörer gewinnen konnte, aber durch seine Anbindung an die amerikanische Besatzungsmacht keinen politischen Spielraum hatte, wurde SFB3 zum Rundfunk der kritischen Jugend und der Intellektuellen.

### 3.5 Das Jahr 1968 - Vietnam-Kongreß und Dutschke-Attentat

Am 17./18. Februar 1968 fand in der TU Berlin der Internationale Vietnam-Kongreß statt, Höhepunkt der Vietnam-Kampagne, an der sich auch zahlreiche ausländische Delegationen beteiligten. Nach der Aufhebung eines vom Senat erlassenen Demonstrationsverbotes nahmen über 12 000 Menschen an der Abschlußdemonstration teil.

Über den Vietnam-Kongreß berichtete die Abendschau am 17.2.68:

“Etwa 3000 überwiegend studentische Teilnehmer waren zum Internationalen Vietnam-Kongreß in die Technische Universität gekommen. Im Foyer konnte man revolutionäre Literatur, die Mao-Bibel, Springer-Aktien und sogar ein Landfriedensbruch-Buch erstehen...”<sup>162</sup>

Der Bundesvorsitzende des SDS, Klaus-Dieter Wolff, wird mit einem kurzen Redeausschnitt gezeigt, in dem er feststellt, daß die Mehrheit der Bevölkerung kein Verständnis für den Kongreß aufbringe. Dann werden die Mitglieder des Podiums vorgestellt, es sind dies Rudi Dutschke, Klaus Meschkat und der Politologe Prof. Johannes Agnoli. Der Kommentator faßt die weitere Rede Wolffs zusammen: Wolff habe zur nichtgenehmigten Demonstration am Sonntag aufgerufen. Grundrechte und Versammlungsfreiheit würden in dieser Stadt oft nicht zählen. Die Konferenz solle bewirken, daß vom bloßen Protest gegen den Vietnam-Krieg zum Widerstand übergegangen wird. Wolff habe mit den Worten geschlossen: “Es lebe die Vietnamesische Befreiungsfront FLN!”

Anschließend ergriff der italienische Verleger Feltrinelli das Wort. Von ihm gibt es einen kurzen Redeausschnitt, in dem er sich an die Studenten, die Kumpels an der Ruhr und die Chemie-Arbeiter in Essen wendet. Dann kommt es zu einem Zwischenfall: ein älterer Berliner Bürger stürmt das Podium und ruft: “Wir protestieren gegen diese Konferenz!”. Er wird unter Buh-Rufen aus dem Saal gedrängt, nachdem eine Abstimmung ergeben

---

<sup>162</sup> Berliner Abendschau v. 17.2.1968, SFB-Fernseharchiv

hatte, daß er kein Rederecht bekommen sollte, weil dafür die Diskussion am Nachmittag vorgesehen war. Der Bericht schließt mit den Bildern, wie der Mann aus dem Audi Max geführt wird sowie einem Kameranäher auf Rudi Dutschke, der "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh" intoniert und dazu das Publikum dirigiert.

Auch in diesem Beitrag, wie schon in vorangegangenen, fokussieren Kamera und Ton Dutschke während der Veranstaltung, um seine Rolle als Agitator zu belegen. Die Parteilichkeit *gegen* den Vietnam-Kongreß ist herauszulesen aus der Auswahl der Original-Töne. Der Redeausschnitt von SDS-Redner Wolff wird reduziert auf den Satz, daß die Berliner Bevölkerung kein Verständnis für den Kongreß aufbringe. Sozusagen stellvertretend für die Berliner stürmt dann der ältere Mann das Podium und protestiert gegen die Konferenz. Indem er niedergeschrien und abgeführt wird, beweisen die Studenten im Auge des Betrachters ihre undemokratische Gesinnung.

Berichte mit dieser subtilen Botschaft waren dazu geeignet, die Vorbehalte der Berliner Bürger der APO gegenüber zu verstärken. Die Abendschau stützte die durch die Printmedien, insbesondere die Springer-Blätter, verbreitete Auffassung, daß dem Engagement der Studenten gegen den Vietnam-Krieg und ihren gesellschaftlichen Umsturzplänen entschieden begegnet werden müsse. Durch die bildliche Inszenierung wurde der "antidemokratische" Charakter der Bewegung hervorgehoben.

Am 19. Februar gab es in der Abendschau einen fünfminütigen Bericht über die Abschlußdemonstration des Vietnam-Kongresses. Zunächst wurden einige Bilder vom Demonstrationzug gezeigt. Hervorgehoben wurden dabei Rainer Langhans (war von einem Auto angefahren, aber nicht verletzt worden) und Rudi Dutschke (unter den französischen Jungkommunisten). Zur Abschlußkundgebung heißt es:

"Das amerikanische Engagement in Vietnam und die Solidarisierung mit dem Vietcong und Nord-Vietnam standen im Mittelpunkt der im übrigen

diszipliniert verlaufenden Versammlung. Rudi Dutschke blieb es vorbehalten, mit heftigen Attacken gegen die Amerikaner auch in Berlin polemische Ausfälle zu unternehmen.

Am Rande der Kundgebung, bei der auch die SED West-Berlin stark vertreten war, wurde in einer Schlußresolution zum Vietnam-Kongreß eine weitere Verstärkung der südvietnamesischen Befreiungsfront angekündigt sowie die Zerschlagung der NATO proklamiert.<sup>163</sup>

In diesem Beitrag wird nochmals deutlich, wie das bürgerliche Weltbild funktioniert: die Studenten sind unter schlechten Einfluß geraten (ausländische Kommunisten), sind von der SED, also dem Erzfeind, unterwandert worden und werden von Demagogen wie Dutschke verführt. Die Berliner Presse hatte sich inzwischen zum Schulterschuß gegen die Studenten entschlossen - es war nicht mehr nur die Springer-Presse, die nach der großen Vietnam-Demonstration titelte: "Das ist den Berlinern zuviel! Vietnam-Demo wurde zur Propaganda-Schau für den Kommunismus - Berliner ließen sich nicht aus der Ruhe bringen. Jetzt müssen Taten folgen!"<sup>164</sup> Auch der Tagesspiegel schrieb am 22.2.1968 nach der Gegendemonstration, zu der die bürgerlichen Parteien und die Gewerkschaften aufgerufen hatten: "150 000 Berliner machen Front gegen die Radikalen. Sie wollen Berlin ruinieren. Es gibt nur eine Antwort: Rettet Berlin!"<sup>165</sup>

In diesen Schlagzeilen ist komprimiert enthalten, mit welchem Reflex die Stadt auf die ihrer Meinung nach massive Bedrohung durch die Studenten reagierte: erstens die Einheit der Bürger gegen den inneren Feind zu beschwören, zweitens das bekannte Berliner Motto: "Der Insulaner verliert die Ruhe nicht!" - eine Durchhalteparole des Kalten Krieges - zu bemühen und drittens zur Gegenwehr und Selbstverteidigung aufzurufen. "Rettet Berlin!" klang so, als würde die Stadt zum zweiten Mal von der Roten

---

<sup>163</sup> Berliner Abendschau vom 19.2.1968, SFB-Fernseharchiv

<sup>164</sup> BILD v. 20.2.1968, Pressearchiv SFB

<sup>165</sup> Tagesspiegel v. 22.2.1968, Pressearchiv SFB

Armee eingenommen - und genau diese Assoziation sollte auch geweckt werden. Von allen Medien, auch dem SFB, wurde Dutschke zur Führerfigur und zum Feindbild aufgebaut - Dutschke, der die Studenten dirigierte, Dutschke, der die Amerikaner angriff usw. Die Presse arbeitete mit drastischen Fotos, die ihn mit Lederjacke, wirrem Haar und stechendem Blick zeigten, die Abendschau fokussierte ihn bei jeder Aktion und half damit, ein Klima zu schaffen, in dem das Attentat auf den "Staatsfeind No.1" (BILD-Zeitung) geschehen konnte.

In einer INFAS-Umfrage vom 22. Februar 1968 wurden Bürger über ihre Meinung zur Vietnam-Demonstration vom 18. Februar befragt. Es zeigte sich, daß die Toleranz gegenüber den Studenten etwas größer wurde, da die Demonstration friedlich verlaufen war. 37% waren noch der Ansicht, daß die Demonstranten nur politischen Radau machen wollten, wohingegen immerhin 35% meinten, daß es sich um ernsthafte Meinungsäußerungen der Studenten handelte. Im Februar 1968 wurde außerdem nachgefragt, was man gegen demonstrierende Studenten unternehmen solle: 9% waren dafür, sie "auszuweisen", 9%, ihnen das Studium zu verbieten, 28% wollten mit ihnen diskutieren und immerhin 30% wollten die Studenten "unterstützen, wenn sie recht haben". Dies war verglichen mit der Befragung vom Nov./Dez.1967 zum selben Thema ein wahrnehmbarer Anstieg in der Toleranz. Zum Vergleich: im letztgenannten Zeitraum waren 12% für "Ausweisung", 21% für "Studium verbieten", 23% für Diskutieren und 18% für "Unterstützung, wenn sie recht haben". Unter Einbeziehung der Mehrfachnennungen waren damit die repressiven Äußerungen von 55 auf 29% zurückgegangen, die toleranten Äußerungen von 76 auf 93% angestiegen.<sup>166</sup>

Wenn sich also die Meinung der Berliner Bevölkerung, so wie es hier den Anschein hat, zugunsten der Demonstranten verschoben hat, muß man

---

<sup>166</sup> INFAS-Umfrage vom 22.2.1968 und Nov./Dez. 1967 im Vergleich, LDP-Anhang der Hurwitz-Deposition S. III, ZA für Empirische Sozialforschung Köln



davon ausgehen, daß die Konzentration der Medien auf Rudi Dutschke als Anführer seine öffentliche Wahrnehmung als "Verführer" befördert hat und somit die Aggression gezielt auf seine Person gerichtet wurde. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß in der Abendschau einerseits von der "diszipliniert verlaufenden Versammlung" die Rede war, es aber andererseits hieß, daß es "Rudi Dutschke vorbehalten war, polemische Ausfälle gegen die Amerikaner auch in Berlin zu unternehmen."

Am 11.4.1968 schoß der Hilfsarbeiter Josef Bachmann Rudi Dutschke, der sich mit dem Fahrrad auf dem Weg zum Büro des SDS befand, nieder und verletzte ihn so schwer, daß Dutschke ins Koma fiel.

In der Abendschau desselben Tages ist das erste Thema das Attentat; von diesem Beitrag ist nur das Bildmaterial, nicht aber der Kommentar-Ton erhalten. Der Beitrag hat eine Länge von 1'10". Die Kamera schwenkt über den Tatort, erfaßt das Fahrrad, die liegengebliebenen Schuhe Dutschkes und zeigt Passanten hinter der Absperrung.

Im SFB-Rundfunk wird an diesem Tag ein Augenzeugenbericht des Attentats in der Länge von fünf Minuten gesendet sowie ein 50-minütiger Mitschnitt der außerordentlichen Tagung im Audi Max der TU. Ursprünglich sollte der Zusammenhang von Abrüstung und Demokratie diskutiert werden; das Thema wurde aufgrund der aktuellen Ereignisse geändert. Es nahmen an der Diskussion teil: der AStA-Vorsitzende der FU, Wolfgang Landsberg, Bernd Rabehl, Peter Gäng und Wolfgang Lefèvre für den SDS, ein namentlich nicht bekannter Vertreter des RCDS, Solveig Eler von der SPD, Luigi Pestalozza von der PCI sowie Vertreter der Black Power Bewegung, der Jeunesse Communiste Révolutionnaire und des Verbandes der griechischen Studenten in Deutschland.

Landsberg stellte fest, daß die APO schon lange darauf aufmerksam gemacht habe, daß in Berlin ein latenter Faschismus schlummere, der durch Senat und Springer-Presse erzeugt worden wäre.

Rabehl sagte, der wirkliche Schuldige heiße Springer und die Mörder

hießen Schütz und Neubauer (Innensenator; Anm.d.Verf.).

Der Vertreter des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) warnte vor Emotionalisierung und falschen politischen Schlüssen.

Solveig Erler verlas eine Erklärung des linken SPD-Flügels: Die junge Linke fordere, daß der Mordanschlag nicht als Wahnsinnstat verharmlost werde, sie reihe sich vielmehr ein in die Kette der Gewalttaten gegen sozialistische Kritiker. Der Senat sei mitverantwortlich, er müsse zurücktreten.

Wolfgang Lefèvre forderte politische Anstrengungen, um die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse Berlins von Grund auf umzuwälzen.

Der Vertreter der PCI (Partido Comunista Italiana) meinte, die Kräfte, die hinter dem Attentat auf Rudi Dutschke stünden, seien dieselben, die die Verantwortung für den Mord an Che Guevara trügen.

Die französischen, griechischen und amerikanischen Vertreter übermittelten Solidaritätsbekundungen, anschließend wurde über den geplanten Marsch zum Springer-Hochhaus abgestimmt.

Am folgenden Tag gab es vier SFB-Radiosendungen, die sich mit dem Thema befassten. Eine davon war die einminütige Stellungnahme des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Schütz, zum Attentat auf Rudi Dutschke und zum Thema Gewalt. Schütz betonte, daß diejenigen, die das Verbrechen an Rudi Dutschke mißbrauchten und sich zu neuen Gewalttätigkeiten hinreißen ließen, damit rechnen müßten, daß diesem ungesetzlichen Handeln mit den angemessenen Mitteln begegnet werde. Der Senat sei Gesprächsbereit, jedoch nicht unter Androhung von Gewalt. Weiterhin gab es einen jeweils zweiminütigen Beitrag über den Zustand von Rudi Dutschke nach dem Attentat sowie Stimmen aus der Berliner Bevölkerung.

Auch im ARD/ZDF-Vormittagsprogramm wurde am 13. April über die studentische Demonstration am Tag zuvor und die Maßnahmen der

Polizei berichtet.

Über 2000 Personen hätten an dem vom SDS organisierten Marsch teilgenommen, die Transparente mit der Aufschrift "Antifaschistische Einheitsfront" mit sich führten und "Rudi Dutschke" riefen. Dann wäre der Zug von der vorgeschriebenen Route abgewichen und hätte die Aufforderung der Polizei, sich aufzulösen, nicht befolgt. Anschließend wäre es zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen. Im Bild sind hier vor Wasserwerfern zurückweichende Demonstranten zu sehen, zu hören ist die Ansage "Hier spricht die Polizei..." Die Straßenschlacht hätte über eine Stunde gedauert. Erst nach dem verstärkten Einsatz von Wasserwerfern - einer davon wäre von den Demonstranten sogar gestürmt worden - wäre es der Polizei gelungen, die Demonstranten vom Kurfürstendamm abzudrängen. Der Zug hätte sich aber schnell neu formiert: Mit dem Schlachtruf "Rudi Dutschke" wären die Demonstranten über die Martin-Luther-Straße zum Rathaus Schöneberg gestürmt. Kurz vor 17 Uhr wäre es dort erneut zu schweren Auseinandersetzungen gekommen, als Demonstranten versucht hätten, Absperrgitter niederzureißen und damit eine Knüppelschlacht provoziert hätten. Erst nach dem Einsatz von sieben Wasserwerfern wäre die Polizei Herr der Lage geworden. Die "Angriffslust der meist jugendlichen Demonstranten" wäre aber "ungebrochen"<sup>167</sup> gewesen. Anschließend wären sie zum RIAS-Gebäude gezogen, hätten dort Fensterscheiben eingeworfen und eine Stunde Sendezeit täglich gefordert.

Diese Aussage des Reporters ist im Bild nicht belegt. Zu sehen sind nur Wasserwerfer und Demonstranten vor dem Rathaus Schöneberg. Man darf aber davon ausgehen, daß die Demonstranten tatsächlich zum RIAS-Gebäude gezogen sind, um dort ihre Forderung nach Sendezeit erstmalig vorzutragen. Offenbar war dem kein Erfolg beschieden (vermutlich zog sich der RIAS auf die Hoheit der Amerikaner zurück),

---

<sup>167</sup> Studentendemonstration, ARD/ZDF-Vormittagsprogramm v. 13.04.1968, SFB-Fernseharchiv

sodaß man dann darauf verfiel, diese Forderung an den Sender Freies Berlin zu richten.

Dieser Bericht tendiert dahin, den Demonstranten Aggressivität zu unterstellen. Sie werden als dumpfe Masse dargestellt, die durch die Straßen rennen, "Rudi Dutschke" schreien und Schaden anrichten. Im Gegensatz zu Berichten über Demonstrationen Berliner Bürger, bei denen von "verständlicher Empörung" (nämlich gegenüber den Studenten) die Rede war, wird hier mit keinem Wort erwogen, daß die Wut und die Empörung über das Attentat auf Dutschke ihre Berechtigung haben könnten. Dieses Unverständnis gegenüber dem Engagement der Studenten paßt zu einer im April 1968 von INFAS durchgeführten Umfrage unter der Berliner Bevölkerung, die ergab, daß nach dem Attentat nur 28% Dutschke bedauerten, Dutschke und Bachmann zugleich 33% und keinen von beiden 29%.<sup>168</sup> Auf die Frage, ob die Springer-Presse in gewisser Weise schuld sei an dem Attentat, antworteten 29% mit ja: 54% gaben den "radikalen Studenten selbst" die Schuld.<sup>169</sup>

Die Abendschau vom 13.4.1968 begann mit einem Bericht über die Demonstration auf dem Kurfürstendamm. Ziel und Zweck der Demonstration wurde im Beitrag nicht erwähnt, es ist aber möglich, daß dies in der Anmoderation geschehen ist. Man sieht zunächst rennende Demonstranten, dazu den Kommentar: "Und so sah es am Nachmittag auf dem Kurfürstendamm aus. Gegen 16.30 Uhr formierte sich an der Bleibtreustraße ein Demonstrationzug von ca. 2000 jugendlichen Teilnehmern Richtung Gedächtniskirche. Der Verkehr auf der südlichen Fahrbahn des Ku'damms kam völlig zum Erliegen, Fahrzeuge mußten umgeleitet werden. An der Meinekestraße hatte die Polizei eine doppelte Sperrkette gebildet. Als der Aufforderung der Polizei, die Straße zu räumen, nicht Folge geleistet wurde, riegelte die Polizei die Zugänge zur

---

<sup>168</sup> INFAS-Umfrage vom April 1968, S. , Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

<sup>169</sup> Ebd.

Meinekestraße ab und erklärte die Demonstranten für festgenommen.“<sup>170</sup>  
An dieser Stelle sind im Bild Demonstranten zu sehen, die mit erhobenen Händen der Polizei gegenüberstehen. “Jeweils 25 Teilnehmer an den Unruhen wurden in bereitstehende Polizeifahrzeuge gebracht und ins Polizeipräsidium transportiert. Unter den rund 200 Festgenommenen befindet sich der Sohn des Bundesaußenministers, Peter Brandt, sowie die Kommunarden Teufel und Langhans”. Hier sind Demonstranten zu sehen, die - teilweise am Kopf blutend - von Polizisten in Zivil abgeführt und in die Polizeiwagen geleitet werden.”...Bei den Festgenommenen fand die Polizei in Plastikbeuteln mehrere Messer, Totschläger, Flaschen mit Spiritus, Farbtöpfe, einen Sprengsatz sowie Tränengaskörper.” Im Bild: einzelne Demonstranten werden von der Polizei umringt, müssen die Hände hochnehmen und werden abgeführt. Sogar ein Schlagstockeinsatz ist zu sehen. Dagegen gibt es im Bild keinen Nachweis von einer wie auch immer gearteten Aggression der Demonstranten, geschweige denn von den angeblich gefundenen Gegenständen.

Hier findet man wieder den klassischen Widerspruch zwischen Text und Bild, zwischen Kommentar-Ton und Geschehen. Der Text suggeriert Aggression der Demonstranten, obwohl im Bild nur Übergriffe der Polizei zu sehen sind. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß die Demonstranten gefährliche Waffen bei sich trugen, dies ist aber im Bild nicht belegt.

In der nächsten Einstellung sieht man einen Wasserwerfereinsatz vor dem Café Kranzler, im Hintergrund hört man Sprechchöre der Studenten: “Schaut auf diese Stadt!”. Der Kommentar: “Berittene Polizei forderte die Demonstranten auf, die südliche Fahrbahn freizumachen. Danach wurden Wasserwerfer eingesetzt. Um 19 Uhr hatte sich die Lage weitgehend normalisiert.”

Es ist davon auszugehen - und so ist es auch im Bild zu sehen - daß die Fahrbahn durch den Wasserwerfereinsatz geräumt wurde - ob den

---

<sup>170</sup> Berliner Abendschau vom 13.04.1967

Demonstranten Gelegenheit gegeben wurde, sich zu entfernen, erscheint unklar. Daß die Lage sich "normalisiert" hatte, wird offensichtlich dem polizeilichen Einsatz zugeschrieben - und gutgeheißen, denn der Begriff "normalisieren" ist im bürgerlichen Sprachgebrauch positiv besetzt in dem Sinne, daß alles seinen geordneten Gang geht.

Der nachfolgende Beitrag in dieser Sendung war eine Ansprache des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, der sich direkt an die Bevölkerung wandte:

"In unserer Stadt ist ein Verbrechen verübt worden...der Täter wurde gefaßt, wir wissen, wer er ist, wir wissen aber nicht, wie er zu seiner Tat kam...Einige Gruppen, die sich APO nennen, haben diesem Mordanschlag eine Serie von Gewalttaten folgen lassen. Zynisch versucht man, ein Verbrechen, das die ganze Stadt verurteilt, für seine eigenen Zwecke auszunutzen...Was sich am Donnerstagabend und am Freitag vor einem Berliner Verlagshaus, auf dem Kurfürstendamm, auf dem John-F.-Kennedy-Platz und dann vor einem Funkhaus ereignet hat, das waren ungesetzliche, kriminelle Handlungen. Ihnen muß hart und klar entgegengetreten werden...Man hat die Vorgänge der letzten beiden Tage auch in Ostberlin zum Anlaß genommen, eine sich ständig überschlagende Propagandatätigkeit zu entfalten. Die kommunistische Einheitspartei und ihre Propagandisten versuchen, sich in unsere Angelegenheiten hier in Berlin einzumischen. Ihnen sei gesagt: schafft Ihr erstmal bei Euch einen freiheitlichen Rechtsstaat, dann habt Ihr auch die Berechtigung, über die demokratische Grundordnung hier bei uns zu rechten. Glaube keiner, er könne die Führung dieser Stadt fertig machen. Das wird niemand schaffen!"<sup>171</sup>

Der dritte in dieser Abendschau von den Studentenunruhen handelnde Beitrag zeigt den Demonstrationzug vom Vorabend zum Axel-Springer-Haus in der Kochstraße. Der Kommentar-Ton ist nicht erhalten, nur die

---

<sup>171</sup> Ebd.

atmosphärischen Töne. Zunächst sieht man die Demonstranten mit Fahnen in geschlossenen Reihen, vorneweg RA Horst Mahler. Es wird "Springer: Mörder!" und "Rudi Dutschke" skandiert. Vor dem Verlagshaus stehen Bauwagen, einer wird von Polizisten geschoben. Es gibt ein Gedränge vor dem Gebäude, eine Demonstrantin wird zur Seite geschoben. Dann beginnt der Einsatz von Wasserwerfern. Man hört Sprechchöre: "Kommt herunter, reißt Euch ein, Bürger laßt das Gaffen sein!" Ein Polizist redet mit Dieter Kunzelmann, als nächstes sieht man brennende Bauwagen. Zu hören ist die Durchsage: "Achtung, Sie kommen in den Bereich polizeilicher Maßnahmen!", währenddessen sind Löscharbeiten zu sehen. Ein Feuerwehrauto fährt an, die Scheibe des Fahrerhauses ist zersplittert.

Dann sieht man einen umgekippten Lieferwagen der "Morgenpost". Der Film endet mit einer Totale des Verlagsgebäudes.

Auffällig ist auch an diesem Bericht, daß Brandstiftungen und Pflastersteinwürfe im Bild nicht nachgewiesen sind. In der Tat hatte es wohl bis zum Auftauchen des polizeilichen Spitzels und agent provocateur Peter Urban Steinwürfe auf Scheiben des Verlagshauses gegeben, erst danach kam es zum Umstürzen und Inbrandsetzen von Fahrzeugen des Springer-Konzerns.<sup>172</sup>

Die Fernsehberichterstattung des SFB nach dem Attentat auf Rudi Dutschke war also gekennzeichnet von einer negativen Haltung gegenüber den Studenten, denen man die Berechtigung für ihren Protest aberkannte und die man als die eigentlichen Aggressoren hinstellte. Dies deckte sich auch mit dem Inhalt der Ansprache des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Schütz, der die Abendschau als Plattform nutzte. Wie bereits erwähnt, war es von Anbeginn der Abendschau durchaus üblich, daß sich ein Regierungsmitglied oder der Regierende Bürgermeister direkt an die Zuschauer wandte. Im heutigen Fernsehen ist das - außer bei Weihnachts-

---

<sup>172</sup> Vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977, S. 127

und Silvesteransprachen - kaum denkbar. An die Stelle der direkten Ansprache tritt das Gespräch mit dem Moderator, das Interview. Die Botschaft, die Schütz über die Abendschau in die Berliner Wohnstuben sandte, lautete: 1. die APO wird von kommunistischen Gruppen gesteuert, 2. die APO verübt Gewalttaten, 3. diese Gewalttaten sind moralisch nicht besser zu bewerten als der Mordanschlag, 4. der Protest gegen das Verbrechen ist nur ein Vorwand, um eigene Ziele durchzusetzen, 5. diese stimmen mit denen der Kommunisten in Ostberlin überein, 6. die SED versucht, sich auf diese Weise in die Westberliner Politik einzumischen. Hier werden von einem SPD-Politiker wieder Formeln des Kalten Krieges ins Spiel gebracht, die eigentlich nicht zu der von Brandt/Bahr begonnenen Entspannungspolitik paßten. Wohl paßten sie aber zum nach wie vor existenten antikommunistischen Konsens, den die Abendschau durch den Tenor der Berichte und die Ausstrahlung der Schütz-Rede beförderte. Im Gegensatz zur Fernsehberichterstattung ließ der Rundfunk im Programm von SFB 3 am 12. April gewissermaßen die Studenten selbst zu Wort kommen, indem man den Mitschnitt einer Tagung im Audi Max der TU vom selben Tag brachte.<sup>173</sup> Es waren zugegen: Gaston Salvatore vom SDS, Wilfried Gottschalch (Professor an der PH), Wolfgang Lefèvre, Ullrich Ströhle und Peter Gäng vom SDS sowie Klaus Meschkat, Vorsitzender des Republikanischen Clubs. Zunächst berichtete Salvatore über den Gesundheitszustand Dutschkes. Anschließend wurden Solidaritätsadressen verlesen. Gottschalch eröffnete die Diskussion und sagte, Springer nutze die Angst der Berliner Bevölkerung vor einer trostlosen Zukunft für seine Hetze und schaffe eine Verschwörungslegende. Wenn sich die Regierenden nicht zu einer demokratischen Politik entschließen könnten, müssten sie gestürzt werden. Diese leere Drohung, immerhin geäußert von einem Professor,

---

<sup>173</sup> Tagung im Audi Max, Zeitfunk-Sendung in SFB3 vom 12.4.1968



symbolisiert zum einen die Ohnmacht und Realitätsferne der Bewegung und zeugt zum anderen von einem gewissen Opportunismus von Teilen des Lehrkörpers den Studenten gegenüber.

Alsdann ging Ströhle auf die Besonderheit der Berliner Situation ein. Berlin wäre zum Bollwerk westlicher Freiheit ideologisiert worden. So würde Berlin-Politik fern jeder Realität betrieben. Die "Institutionalisierung des politischen Selbstbetrugs und die Nichtaufklärung der tatsächlichen Zukunftsperspektiven" habe entscheidend der Springer-Verlag verschuldet. West-Berlin als "ausgehaltene amerikanische Kolonie" sei wirtschaftlich nicht lebensfähig.

Lefèvre konstatierte, daß das Maß der Verhetzung gegen kritische Studenten sich seit dem Wintersemester 1966/67 ständig gesteigert habe. Es gehe jetzt nicht mehr darum, einen Wechsel im Senat zu fordern, das System müsse "umgewälzt werden". Die aktuelle Schwäche des Senats müsse ausgenutzt werden. Er fordere für die APO ein "befreites Gebiet", dessen Aktionszentrum die TU bilden soll.

Schließlich forderte Klaus Meschkat, daß der SFB einer effektiven demokratischen Kontrolle unterzogen werden soll. Die APO wünsche, mit den Nachrichtenredakteuren zu diskutieren, die "für die tägliche und stündliche Verfälschung der Wahrheit verantwortlich sind".<sup>174</sup> Man habe eine Stunde Sendezeit täglich gefordert, um die arbeitenden Menschen über Wirtschaftsprobleme aufzuklären. Die Aufsichtsratsgremien des Senders sollten öffentlich tagen und alle Mitglieder öffentlich Rechenschaft ablegen. Nur unter diesen Bedingungen sei auch die APO bereit, in diesen Gremien mitzuarbeiten.

Nun war also auch der SFB in die basisdemokratischen Vorstellungen der Studentenbewegung einbezogen. Die APO hatte sehr richtig erkannt,

---

<sup>174</sup> Dazu stellte Niklas Luhmann fest, daß der Begriff "Selektion"..."sich auf das Funktionssystem der Massenmedien und nicht auf ihre einzelnen Organisationen (Redaktionen)...bezieht, deren Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl von Nachrichten, die sie bringen, viel geringer ist, als Kritiker oft vermuten." (Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 58

welche zentrale Bedeutung den Medien in der modernen Gesellschaft zukam.

Der Tod Benno Ohnesorgs war das Fanal, das Attentat auf Rudi Dutschke gewissermaßen der Todesstoß für die Studentenbewegung. Der 2. Juni 1967 beschleunigte den Politisierungsprozeß unter den Studenten. Durch das ungeschickte Verhalten von Staat und Justiz, die den Todesschützen deckten und jegliche Verantwortung an der Eskalation der Ereignisse von sich wiesen, solidarisierten sich Teile des Bürgertums und das Gros der Intellektuellen im Lande mit den Studenten. Auf der anderen Seite verstärkten sich die Pogrome der Springer-Presse. Gezielt wurde gegen "anarchistische Führungsfiguren" wie Teufel und Langhans gehetzt und Rudi Dutschke systematisch zum Staatsfeind Nummer Eins aufgebaut. Der Durchschnittsberliner reagierte mit Hysterie; mehrmals kam es zu Zwischenfällen, bei denen der aufgebrachte Mob Lynchjustiz betreiben wollte. Ein Mann, der für Dutschke gehalten wurde, wurde von Passanten verprügelt; Dutschke selbst wurde bei einem Weihnachtsgottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche von einem Rentner mit dem Stock geschlagen.

In dieser Situation versuchte der Sender Freies Berlin in diversen Sendungen und Kommentaren wie demjenigen von Peter Schultze, zur Information über die Ziele der Studenten beizutragen und die Bürger zur Mäßigung aufzurufen. Andererseits schürte er durch die Berichte in der Berliner Abendschau die Ressentiments, stellte die Studenten als Krawallmacher dar und machte Dutschke als Anführer für die Unruhen verantwortlich. Insbesondere der "Anti-Amerikanismus" der APO war den Abendschau-Berichten ein Dorn im Auge. Schultze selbst kritisierte die Medien und konnte den SFB da nicht ausnehmen, wenn er sagte: "Zwei echte Bürgerschreck-Gestalten, wie aus dem Bilderbuch geschnitten, und, in schöner Vereinfachung, durch ausführliche Darstellung in Zeitungen und

Fernsehen über die ganze Weite der Nation verbreitet, zu Prototypen der "Lausejungs von der FU" gestanzt".<sup>175</sup>

In der Reihe "Im Gespräch" lief im Dritten Fernsehprogramm unter dem Titel "Zwischen Revolte und Promotion" am 10.12.1967 ein Bericht über die "Studentenrevolte an der FU", der mit der Feier der Studenten zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution begann. Zu sehen und zu hören sind Rudi Dutschke nebst Kommilitonen beim Absingen der Internationale, die erhobene Hand zur Faust geballt. Dabei ruht die Kamera die ganze Zeit auf Dutschke und betont auf diese Weise seine Führungsrolle.

Die im damaligen Diskurs verwendete Bezeichnung "Studentenrevolte" implizierte, daß es sich um einen "geprobten Aufstand" handelte, der letztlich nicht zum Erfolg, also zu keiner Änderung der Verhältnisse führen würde. Die große Aufmerksamkeit, die in diesem Beitrag der 50-Jahr-Feier geschenkt wurde, läßt überdies auf den Argwohn schließen, den der Autor stellvertretend für die Zuschauer der Solidarisierung der Studenten mit der Sowjetunion entgegenbrachte. Daß die APO es nicht schaffte, eine Leninismus-Diskussion zu führen, sondern den vordergründigen Errungenschaften der Oktoberrevolution huldigte, muß als problematisch im Hinblick auf Akzeptanz durch die "Massen", wie die Bevölkerung, vorzugsweise die werktätige, von den Studenten genannt wurde, gesehen werden.

Elementarer Bestandteil der studentischen Kampagnen war die Forderung nach Enteignung der Springer-Presse und der Versuch, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, eine, wie Dutschke sagte, "positive Publizität" durch Info-Dienste und Flugblätter. Hinzu kam immer mehr das Bedürfnis, sich in Gesprächsrunden im Rundfunk und Fernsehen darzustellen, auf das der SFB auch in zunehmendem Maße einging. Als Teilnehmer der Diskussionsrunde "Wir um zwanzig" am 4. Juni 1967

---

<sup>175</sup> Peter Schultze, Gibt es einen heißen Sommer in Berlin?, undatiertes Manuskript, DRA

wurde mit Peter Dehn ein studentischer Vertreter geladen, der dem Akademischen Senat angehörte und von daher als ernsthafter Gesprächspartner betrachtet wurde. Eine Einladung an Teufel oder Langhans - Teufel wäre zu diesem Zeitpunkt sowieso durch Inhaftierung verhindert gewesen - war in einer solchen Sendung vermutlich nicht gewünscht. Kommune I und nichtkonforme Teile des SDS, wie sie durch die beiden und Kunzelmann repräsentiert wurden, waren aus dem Diskurs ausgeklammert. Es stand wohl auch zu befürchten, daß diese eine solche Sendung zum Happening umfunktioniert hätten. Also hielt man sich an Dehn und den "linken" Günter Grass, der zwar ein rotes Tuch für die Konservativen im Lande war, aber dank seiner Akzeptanz als Schriftsteller doch einen gewissen Einfluß auf die öffentliche Meinung hatte. Das Gespräch mit Innensenator Büsch, Jürgen Wohlrabe von der CDU und Polizeiinspektor Iwicki bot den Studenten unmittelbar nach dem Geschehen am 2. Juni das erste Mal die Möglichkeit, ihre Version der Geschichte darzustellen. Der Vorwurf des Moderators, daß die Springer-Presse durch unkorrekte Berichterstattung maßgeblich zur Aufheizung der Atmosphäre beigetragen habe, blieb unwidersprochen.

Der SFB gewährte der Studentenbewegung also Artikulationsraum, aber nur in bestimmten Grenzen. Der in diversen Beiträgen als Rädelsführer titulierte Rudi Dutschke wurde wohlweislich ebenfalls nicht zu Diskussionsrunden eingeladen; wenn, war er eher zufällig dabei - so als Diskussteilnehmer im Anschluß an die Podiumsdiskussion der Sendung "Studenten an der Freien Universität" oder bei "Das Problem der Gewalt in der Opposition" mit Herbert Marcuse. Es ist anzunehmen, daß die Chefredaktionen von Hörfunk und Fernsehen die öffentliche Kritik scheuten, der sie ausgesetzt gewesen wären, hätten sie den "Staatsfeind Nummer Eins" ins Studio gebeten.

Aller Ehren wert war in jedem Fall die Programmänderung, die die "Literarische Illustrierte" mit Ernst Schnabel vornahm, um die Belange der

Studenten zu diskutieren. Im Verbund mit dem NDR, der sowieso als linksintellektuell galt, war es möglich, dieses heiße Eisen anzufassen. Die zentrale Frage der Veranstaltung in der FU war die nach der Genese des Konflikts; hier wurden als Ausgangspunkt studentischen Protests zunächst universitätsinterne Gründe benannt: die Forderung nach Selbstverwaltung der Studenten (Auslöser war das Teilnahmeverbot für Erich Kuby an einer studentischen Versammlung) sowie die Studienreform und die Einführung der Zwangsexmatrikulation.

Die Art der Konfliktbewältigung durch Hochschule und Senat barg in sich die Politisierung des Konflikts und das Infragestellen von Autorität und Hierarchie überhaupt. Die Studenten verließen den Elfenbeinturm der Wissenschaft, um sich zu gesamtgesellschaftlichen Themen zu äußern, was den Prinzipien der wilhelminischen Universität widersprach. Wie Professor Flechtheim richtig bemerkte, war ein politisches Engagement der Studenten nur willkommen, als es um die Gründung der Freien Universität als Alternative zu der dem Marxismus verpflichteten Humboldt-Universität in Ost-Berlin ging. Die besondere Rolle Westberlins als antikommunistische Bastion kehrte sich im folgenden gegen den Nonkonformismus der Studenten. In der Logik des einfachen Bürgers hätte es sicher Sinn gemacht, wenn die Studenten, die jetzt die Einführung marxistischer Seminare an der FU forderten, diese an der Humboldt-Universität belegt hätten, also "rübergegangen" wären. Die Studenten, die 1948 die Freie Universität gegründet hatten, weil sie nicht marxistisch indoktriniert werden wollten, waren abgelöst worden von einer Generation, die das Kriegsende und den Einmarsch der Russen nicht erlebt hatte. Was diese jungen Leute vorfanden, war die etablierte bürgerliche Wissenschaft, zu der sich als Alternative nur der Marxismus anzubieten schien.

Nicht zu vernachlässigen war auch die Tatsache, daß im "befreiten" Deutschland keine Faschismus-Diskussion stattgefunden hatte. Die DDR nahm für sich in Anspruch, nur Gegner des Nationalsozialismus auf ihrem

Terrain und insbesondere in der Führung der Partei versammelt zu haben: die Bundesrepublik setzte dagegen, unterstützt von den Amerikanern, in Politik und Wirtschaft auf Kontinuität, was die Wiedereinsetzung von - allerdings nicht an exponierter Stelle hervorgetretenen nationalsozialistischen Biographien - einschloß. Dieser Fakt machte die Bundesrepublik in der Auseinandersetzung der Intellektuellen angreifbar. Der Schriftstellerverband der DDR rühmte sich nach der Teilung Grass und Co. gegenüber damit, der einzige antifaschistische deutsche Staat zu sein und legitimierte damit den Bau der Mauer. Auch in die studentische Diskussion floß dieser Aspekt ein, zumal der Wahlerfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April 1968 den Eindruck bestätigte, daß in der Bundesrepublik der nationalsozialistische Geist noch virulent war. Dies führte indes nicht zu der Annahme, daß der Faschismus wieder vor der Tür stünde, weil, wie Lefèvre in "Das Problem der Gewalt in der Opposition" der klassischen Analyse folgend feststellte, die Voraussetzung einer ökonomischen Krise fehlte.

Stattdessen mußte sich die APO gegen den Vorwurf des Linksfaschismus zur Wehr setzen. Der von Habermas auf antiautoritäre und gewaltsame Aktionen der Studenten bezogene Begriff wurde nur allzu bereitwillig auch vom politischen Gegner benutzt, um die Linke in die Defensive zu bringen.

Die Studentenbewegung hatte Ende des Jahres 1967 einen Grad der Politisierung erreicht, der das Einmischen in gesellschaftliche Probleme geradezu zur Pflicht machte. Dazu Rabehl/Lönnendonker in einer späteren Analyse: "Erst als deutlich wird, daß die herrschenden Parteien sich auf die Notstandsgesetzgebung vorbereiten und die Sozialdemokratie sich anschickt, Regierungsverantwortung zu übernehmen, entsteht über ein erneuertes Unbehagen, an der herrschenden Politik eine neue Massenbewegung."<sup>176</sup>

---

<sup>176</sup> Bernd Rabehl/Siegward Lönnendonker u.a., Die Provokationselite, S. 25

Als intellektuelle Avantgarde fühlte man sich berufen, auf die antagonistischen Widersprüche des Kapitals hinzuweisen und auf dem Weg zur Umgestaltung des parlamentarischen Systems in eine Rätedemokratie voranzugehen. Dabei kam eine Schlüsselrolle der Enteignung des Springer-Konzerns zu, womit man einerseits die erste Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und andererseits die Kontrolle über die öffentliche Meinung erreicht hätte. Wie genau dieses Modell ausgesehen hätte, welche Funktionen die Studenten gegenüber Druckern, Schriftsetzern, Journalisten usw. gehabt hätten, wurde von der APO zumindest in der Öffentlichkeit nicht diskutiert. Letztendlich handelte es sich ja auch um eine symbolische Forderung, mit deren Realisierung nicht einmal Dutschke selbst gerechnet haben kann. Rabehl/Lönnendonker halten fest, daß sich die Studentenbewegung im Rahmen der Demokratie bewegte:..."Der Einsatz für die Demokratisierung der Hochschulen, der Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskrieg und der Protest gegen die Pressekonzentration, die insbesondere der Springer-Verlag symbolisierte, bilden zwar jeweils Höhepunkte und Radikalisierungen des Außerparlamentarismus; seine grundlegenden Zielsetzungen verbleiben jedoch im Rahmen demokratischen Protestes. So können nach 1968 Teile dieser Oppositionsbewegung von der sozialliberalen Koalition kooptiert werden bzw. gleichzeitig Linkssozialisten und Kommunisten ihren Einfluß ausbauen."<sup>177</sup>

Zwar war die Reform der Universität - das ursprüngliche Anliegen der Studenten - weit vorangetrieben worden, Rektorat und konservative Professoren befanden sich auf dem geordneten Rückzug.

Aber außer der unrealistischen Vorstellung von einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Installation einer Rätedemokratie hatte die APO keine konkreten innenpolitischen Offensivforderungen - defensiv gab es derer genug, z.B. die Verhinderung der Notstandsgesetze, die

---

<sup>177</sup> Rabehl/Lönnendonker u.a., Die Provokationselite..., S. 25

Aufhebung der Klassenjustiz usw. Auch aus diesem Grund lag es nahe, das außenpolitische Engagement zu verstärken. Der Vietnam-Kongreß im Februar 1968 sollte Indikator der zunehmenden Relevanz der APO werden. In der Tat war die Reaktion gewaltig - allerdings wieder im negativem Sinne für die Studenten, was die Berliner Bevölkerung anbelangte. Diese fühlte sich inzwischen - wie die Presse formulierte - von den "Radikalen" bedroht. In dieser Situation stellte der SFB - wie gewohnt im Dritten Fernsehprogramm - die Frage: "Bessere Demokraten oder Anarchisten? Die außerparlamentarische Opposition".<sup>178</sup> Redakteur und Diskussionsleiter war Eberhard Kruppa. Vertreter der "Anklage" gegen die APO war Herbert Hausen, die "Verteidigung" übernahm Ulrike Meinhof. Juroren waren Jürgen Engert vom "Abend", Eberhard Koerting vom RIAS, Wolfgang Lefèvre vom SDS und Carl Guggomos vom "Extra-Dienst". Kruppa hatte Hausen und Meinhof beauftragt, ihre Thesen anhand eines Filmbeitrags darzulegen. Der Hauptvorwurf Hausens an die APO, von der er meinte, daß sie nur dem äußeren Erscheinungsbild nach anarchistisch wäre, war, daß diese ihre Meinungsgegner nicht achtungsvoll behandle. Sie fordere Toleranz, wäre aber selbst intolerant. Die "Freiheit des Andersdenkenden" würde nicht berücksichtigt. Außerdem würde der "Klamauk" als politisches Agitationsmittel nicht der Ernsthaftigkeit des Themas Vietnam entsprechen. Die APO würde nur sagen, was sie *nicht* will, und hätte keine modellhafte Alternative anzubieten. Es erhebe sich die Frage, ob sie noch für die parlamentarische Demokratie eintrete. Es könne derjenige kein guter Demokrat sein, der den bundesrepublikanischen Staat als autoritär und halbfaschistisch denunziere, den kommunistischen Funktionären aber kritiklos huldige. Es stünde nicht für demokratischen Sozialismus, wenn die Helden der Bewegung Castro, Guevara, Mao und Ho Chi Minh hießen.

---

<sup>178</sup> Bessere Demokraten oder Anarchisten? Die Außerparlamentarische Opposition, Sendung vom 20.2.1968, SFB-Fernseharchiv



Die APO wäre nicht gegen den Krieg an sich, sondern nur dagegen, daß die Amerikaner den Krieg gewinnen.

Er, Hausen, akzeptiere die Revolution nur als Mittel zum Sturz einer Gewaltherrschaft. Liberale Demokratien könnten nur durch Evolution geändert werden. Für eine Revolution gebe es aktuell keinen Grund und auch keine Teilnehmer.

Der anschließende Beitrag von Ulrike Meinhof war vom Konzept der Sendung her nicht als Replik gedacht, sondern als eigenständiges Votum. Meinhof begann mit dem Schah-Besuch und begründete, warum die Studenten gegen das persische Herrscherpaar auf die Straße gingen. Sie erklärte die politische und ökonomische Lage des Landes und meinte, man könne einen Polizeistaatschef nicht empfangen, ohne mit dem Polizeistaat zu sympathisieren. Sie kritisierte die Berichterstattung der Abendschau, die die Demonstranten angriff und die Polizei ungeschoren davonkommen ließ. Als Beleg führte sie den Satz an: "Dabei kam es mehrfach zu Gewalttätigkeiten, da einige Polizisten in ihrer begreiflichen Erregung eine Härte anwandten, die über das erforderliche Maß hinausging..."

Ein Auszug aus den Schlagzeilen der Springer-Presse dieser Tage belege, wie systematisch gegen die Studenten gehetzt wurde:

"Erst Fußtritte - dann zogen sie die Messer", "Raus! Randalierer gefährden Berlins Ruf!" und "Studenten drohen: wir schießen zurück!"

Der Teufel-Prozeß und der Kurras-Prozeß wären ein eklatantes Beispiel für Klassenjustiz nach dem Prinzip, wie schon bei den Nazis verfahren wurde: man klagt den Unschuldigen einer Tat an, die man selber begangen hat.

Beide Filmbeiträge wurden nach Vorgabe der Redaktion unabhängig voneinander produziert, d.h. sie funktionierten nicht nach dem Prinzip Argumentation - Gegenargumentation. Die Anklage von Hausen war, wie er im Verlauf der anschließenden Argumentation bekräftigte, auch in diesem Sinne einseitig formuliert. Die Verteidigung Meinhofs beinhaltete

aber auch wiederum die Anklage gegen das System. Interessanterweise bedienten sich beide ein und derselben Filmszene, die aber jeweils unterschiedlich geschnitten und kommentiert war: Ein Demonstrant, der relativ bürgerlich aussah (Trenchcoat, kurze Haare, Brille) lehnt rückwärts an einer Mauer und wird vom Druck des Strahls eines Wasserwerfers über die Mauer gekippt. Bei Hausen, der diesem Bild eine Szene aus der studentischen Feier zum 50. Jahrestag der Oktober-Revolution voranstellt, bei dem Dutschke (zentral) und andere die Internationale singen, heißt es: "Das äußere Erscheinungsbild radikaler Studentenauftritte (Dutschke, die Internationale singend im Bild) legt den Gedanken an (jetzt Schnitt auf nach hintenüber fallenden Studenten) anarchistische Gesinnungen nahe..." Bei Meinhof wird dasselbe Bild nicht aus dem Zusammenhang gerissen, sie zeigt eine Sequenz von Demonstrations-Bildern. Zu den Bildern von Polizisten sagt sie: "Die Bereitschaft der Herrschenden und Regierenden, zum offenen Terror überzugehen, wenn immer (jetzt Schnitt auf den vom Wasserwerfer getroffenen Demonstranten) Demonstranten auf ihr Recht, **das** Recht, pochen..."

Meinhof benutzt das Bild, um den passiven Widerstand der Demonstranten darzustellen und ihre Gewaltlosigkeit zu belegen. Dies ist genausowenig objektiv wie die Unterstellung Hausens, die Studenten - allen voran Dutschke - wären Radikale und kritiklose Anhänger des Sowjetsystems.

Die folgende Diskussion drehte sich zunächst um die Definition des Begriffs "Polizeistaat". Die Frage von Körting, ob ein Polizeistaat Demonstrationen und Diskussionen erlaube, beantwortet Meinhof damit, daß Demonstrationsverbote und Tränengaseinsätze, wie sie geschehen wären, Kriterien für einen Polizeistaat wären.

Engert geht der Frage nach, ob das Engagement der APO teilbar sei.

Meinhof sieht das als Unterstellung, daß die Linke nicht die Herrschaftsapparate der etablierten sozialistischen Länder kritisiere. Ihre

Antwort:

“Selbstverständlich tun wir’s im Sinne der Rationalität, aufgrund derer wir die Herrschaftssysteme, die wir hier haben, auch kritisieren - daß wir’s anders tun, mit anderen Argumenten, ergibt sich aus der anderen Struktur dieser Gesellschaft.”

Körting meint, die APO würde den kurzen Weg zur Macht suchen und sich nicht dem Votum der Wähler stellen. Sie hätte eine apodiktische Art, die eigene Meinung darzustellen.

Lefèvre gibt als prioritäres Ziel der APO an, den Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit abschaffen zu wollen. Die antagonistischen Widersprüche würden der Demokratie entgegenstehen; bestes Beispiel dafür seien die Notstandsgesetze, die, nachdem der Kalte Krieg abklingen und die äußere Bedrohung abnehmen würde, gegen den “Feind im Inneren”, sprich die Studentenbewegung und Arbeiterbewegung in spe gerichtet seien.

Guggomos’ Fazit lautet, daß der bundesrepublikanische Staat nicht verteidigungswert sei. Eine Reformierung der Gesellschaft wäre nicht möglich, die einzige Lösung wäre die Revolutionierung.

Mit Körting und Hausen auf der einen und Meinhof, Lefèvre und Guggomos auf der anderen Seite prallen zwei Welten aufeinander, deren Diskurs von grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, aber auch Mißverständnissen geprägt ist. Dazwischen steht Engert, der eine liberale Position vertritt. Er ist der Ansicht, daß die Parteien die Aufgabe hätten, die APO zu integrieren. Bei der Linken sieht er die Gefahr des Ausschließlichkeitsanspruchs von Ideologien.

In der Anklage von Hausen und der Verteidigung von Meinhof gibt es Passagen, die unbeabsichtigte Wahrheiten enthalten. So z.B., wenn Hausen den Studenten unterstellt, sie wären ja gar nicht gegen Krieg, sondern nur dagegen, daß die Amerikaner gewinnen. Damit trifft er, ohne

es zu merken, genau den Kern der Theorie von den "gerechten" und den "ungerechten" Kriegen.

Meinhof wiederum zitiert die Springer-Presse mit der Schlagzeile "Raus! Randalierer gefährden Berlins Ruf!" Nirgends wird im Zusammenhang mit der Studentenbewegung deutlicher, welchen Komplex West-Berlin hatte. Die Überlebensfähigkeit der Stadt wurde permanent in Frage gestellt und die Abhängigkeit vom "good will" der Bundesregierung und der Alliierten war allgegenwärtig. Da wurde die Angst geschürt, daß die Westmächte durch das "Chaos", das die Studenten anrichteten, das Interesse an der Stadt verlieren und sie den Sowjets überlassen könnten.

Zu den Mechanismen der Argumentation von links gehörte der Vergleich des bundesrepublikanischen Staates mit dem Nationalsozialismus - siehe den Begriff "Klassenjustiz", wie er von Meinhof erläutert wird. Nun ist die Schuldzuweisung an andere und das Leugnen der eigenen Schuld kein explizit faschistisches Phänomen, mußte aber von den Studenten als Willkür und Unaufrichtigkeit des Staates empfunden werden.

In dieser Diskussionsrunde kündigte sich die Verhärtung der Fronten schon an; Herbert Hausen wurde neben Matthias Walden der Lieblingsfeind der APO, zumindest, was den SFB anbelangte. Ulrike Meinhof, damals noch als Journalistin akzeptiert, nutzte die Gelegenheit, dem SFB seine gefärbte Berichterstattung in der Abendschau nachzuweisen. Jürgen Engert vom *Abend*, der hier die liberal-integrative Linie vertritt, wurde 1983 Hauptabteilungsleiter Politik und 1987 Chefredakteur des SFB-Fernsehens.

Durch das Attentat auf Rudi Dutschke knapp zwei Monate später wurde die linke Bewegung nochmals radikalisiert. Die Studenten - und nicht nur sie, sondern auch Publizisten wie Sebastian Haffner oder Schriftsteller wie Böll und Grass - warfen der Springer-Presse vor, mit ihrer Hetze gegen die Studenten und insbesondere gegen Dutschke die Hemmschwelle für den

Attentäter gesenkt zu haben. In der Tat hatte ja bereits im Februar, kurz nach dem Vietnam-Kongreß, der von Springer angestachelte Mob gefordert: "Dutschke und seine Bande raus!", "Politische Feinde ins KZ" und skandiert: "Volksfeind No. 1 - Rudi Dutschke". Ein Mann, der Dutschke entfernt ähnlich sah, wäre fast gelyncht worden. Nach dem Attentat gab es eine Betroffenheit in der Stadt, die auch das bürgerliche Lager erreichte. Der moralische Vorteil, den die APO dadurch beinahe erlangt hätte, wurde kurzfristig zunichte gemacht durch Brandanschläge auf das Springer-Hochhaus - vom Polizei-Spitzel Peter Urban inszeniert und geeignet, die Hetze gegen die Studenten erneut anzustacheln.

Die Parole "Enteignet Springer!" war - nicht zuletzt aufgrund der Einsicht in die Unrealisierbarkeit des Planes - umgewidmet worden in die Forderung nach Sendezeit in einem öffentlichwirksamen Medium, welches der Studentenbewegung auch durchaus wohlwollend gegenüber gestanden hatte: dem Sender Freies Berlin.

### 3.6 Studentische Forderungen an den SFB

Dieser Forderung nach täglicher Sendezeit im SFB, wie sie am 12. April 1968 erstmalig erhoben wurde, verliehen die Studenten durch Aktionen Nachdruck.

Es wurde eine Feuertaufe für den frisch gewählten neuen Intendanten, Franz Barsig. Am Vormittag des 15. April versuchte eine studentische Delegation, ins Haus des Rundfunks in der Masurenallee zu gelangen und eine Diskussion mit Barsig zu führen. Der unkommentiert erhaltene Bericht der Abendschau zeigt die vor dem Haus Spalier stehenden Studenten. Man hört über den Lautsprecher die Ansage: "...wenn Herr Barsig eingetroffen ist und die Diskussion beginnt"... sowie die Sprechchöre: "Wir fordern Sendezeit!"<sup>179</sup> Dann betritt die Delegation das Haus, es sind

---

<sup>179</sup> Berliner Abendschau vom 15.4.1968, SFB-Fernseharchiv

Nevermann und Barsig im Gespräch zu sehen, im Hintergrund Reporter Hans-Werner Kock. Die Kamera fährt auf ein vermutlich im Redaktionszimmer stehendes Bücherregal, auf dem ein "Enteignet SFB"-Schild klebt.

Die Delegation verläßt unverrichteter Dinge den Sender, da Barsig sich in seinem Hause nicht auf eine Diskussion einlassen will. Draußen wird Enzensberger vom Justitiar des SFB verabschiedet, die letzten Bilder zeigen, wie Nevermann nach oben zum Fenster guckt, aus dem sich der Intendant hinauslehnt. Anschließend wird das Gitter vor dem Eingang heruntergelassen und die Studenten ziehen ab.

Diesen unwilligen, aber doch friedlichen Abzug hatte Barsig erreicht, indem er versprach, am Abend zu einer Diskussion im Audi Max der TU zu erscheinen.

Zu diesem Vorgang sind Fragmente eines Manuskripts vorhanden, das vermutlich von einem Mitglied der Delegation stammt:<sup>180</sup>

"...Ich glaube aber, daß im Anschluß an das Gespräch mit Herrn Barsig dringend auf einige Fehler, die einfach organisatorisch heute abend vorgefallen sind, jetzt man incl. Konsequenzen ziehen müsse. Ich darf noch kurz berichten: Als die Demonstranten ankamen oben an den Messehallen gegenüber des SFB, war der SFB belagert von einer Unzahl von Polizisten, Polizeifahrzeugen, Wasserwerfern und was dazu gehört. Es war rund um den SFB eine Absperrung über die erste Hälfte der Straße bis zum Mittelstreifen mit diesen schwarz-roten Reitern. Als ich ankam, wurde über den Polizeilautsprecher uns mitgeteilt, daß Herr Barsig bereit sei, eine Delegation von 30 Mann zu empfangen (Zwischenruf: 3!). Offenbar, das hatte ich falsch verstanden. Wir haben uns abgemacht, zunächst mit drei Mann rüberzugehen, um dort zu diskutieren und zwar zweierlei. 1. wollten wir erreichen, daß Herr Barsig mit den dort vorhandenen Demonstranten im Großen Sendesaal diskutiert über die Forderungen, die wir aufgestellt

---

<sup>180</sup> Manuskript v. 15.4.1968, APO-Ordner, DRA Potsdam

haben. Als Alternative boten wir an, daß er in die TU kommen möchte. Als 3. Alternative diskutierten wir, daß wir bereit wären, eine kleine Delegation zu schicken unter der Voraussetzung, daß die paramilitärische Belagerung vom SFB abgebrochen wird. Über diese drei von uns vorgetragenen Forderungen konnte mit Herrn Barsig keine Einigkeit erzielt werden. Deswegen gingen wir runter und sagten, wir müßten, wir wollten jetzt nichts mit ihm inhaltlich diskutieren, sondern nur darüber diskutieren, unter welchen Voraussetzungen wir diskutieren, weil wir kein Mandat dazu hatten. Es waren dadrin gewesen Christian Semmler, Walter Beller und ich. Daraufhin gingen wir runter zu den Demonstranten, teilten ihnen durch ein doch endlich vorhandenes Megaphon mit, was das Ergebnis war. Daraufhin wurde vorgeschlagen, daß wir bereit wären, eine Delegation zu entsenden in den SFB unter der Voraussetzung, daß die Diskussion dieser Delegation mit Herrn Barsig auf dem Platz für die Demonstranten übertragen wird. Ich fragte den Herrn Barsig über einen Lautsprecher, ob das möglich ist in sein Dienstzimmer hinein, dann gingen wir rüber, es stellte sich heraus, daß die Techniker meinten, das sei nicht möglich. Es würde vielmehr zwei Stunden gedauert haben, bis eine solche Anlage installiert gewesen wäre. Daraufhin stellten sich noch zwei Möglichkeiten: entweder es wäre eine Delegation mit Herrn Barsig in ein Polizeiauto gegangen und hätten dort diskutiert. Die andere Möglichkeit wäre die gewesen, daß wir hier in der TU zusammenkommen würden, Herr Barsig sich hier zu einer Diskussion bereit findet. Das hat er dann schließlich angenommen...”

Für einen gerade ins Amt eingesetzten Intendanten, der überdies aus Westdeutschland kam (er war vorher Chefredakteur und stellvertretender Intendant beim Deutschlandfunk in Köln), hat Barsig in dieser Situation großes Fingerspitzengefühl bewiesen. Er schaffte es, die Situation zu deeskalieren, indem er seine grundsätzliche Bereitschaft zur Diskussion erklärte. Allerdings wollte er sich den Rahmen nicht aufzwingen lassen,

und er wollte seinen Sender nicht bzw. so wenig wie möglich einbeziehen. Eine Diskussion im Großen Sendesaal wäre fast einer Besetzung des Hauses durch die Studenten gleichgekommen, deswegen versuchte er, durch Verhandlungen mit einer Delegation eine andere Lösung zu erzielen. Die Studenten wiederum hatten gerade in Bezug auf die Delegation ein Legitimationsproblem; der basisdemokratische Anspruch erforderte eine Einbeziehung aller Anwesenden, deswegen mußte man sich mit der Vertagung und Verlegung auf das eigene Terrain zufrieden geben. Auch bei der Diskussion im Audi Max agierte Barsig souverän und vertrat nachdrücklich seinen Standpunkt.

In dem ohne Kommentar-Ton erhaltenen Abendschau-Beitrag vom 16. April ist zunächst das vollbesetzte Audi Max zu sehen. Auf dem Podium sitzen Enzensberger, Mahler, Nevermann, Agnoli und Barsig. Letzterer versucht, sich gegen Pfiffe Gehör zu verschaffen. Gerade noch zu verstehen sind folgende Worte:

“...für den Intendanten ist das Gesetz Grundlage, die er nicht ver....

Wir können nicht hinnehmen, daß gesagt wird, daß der SFB seine Hörer an der Nase herumführt oder beschwindelt.”<sup>181</sup>

Wiederum Pfiffe, Barsig verläßt zusammen mit dem Justitiar den Saal. Im Off ist noch Agnoli zu hören, der meint, er (Barsig) könne nicht wissen, ob der SFB seine Hörer an der Nase herumführt oder nicht.

Dieser wenig erhellende Kurzbericht aus der Abendschau wird verständlicher, wenn man das Manuskript nochmals heranzieht. Offenbar hatten die Studenten eine sogenannte Rundfunk-Kommission gebildet, der der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, der Kabarettist Wolfgang Neuss sowie als juristischer Berater Horst Mahler angehörten.

Zu Beginn der Diskussion im Audi Max der TU wurde Barsig die Gelegenheit gegeben, sich zu den Verhandlungen vom Vormittag zu äußern:

---

<sup>181</sup> Berliner Abendschau vom 16.4.1968, SFB-Fernseharchiv



“Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin gestern in diese Stadt gekommen, ich habe heute mein Amt als Intendant des Senders Freies Berlin übernommen. Meine erste Amtshandlung war, daß ich heute vormittag eine Delegation Ihres Rundfunk-Komitees zu einer Aussprache empfangen habe. Der Sender Freies Berlin hat über diese Unterredung kein Kommuniqué veröffentlicht. Ich habe aber in der Zwischenzeit das Kommuniqué gelesen, daß vom Pressezentrum der Außerparlamentarischen Opposition herausgegeben worden ist und ich bitte Sie, einverstanden zu sein, daß ich zunächst zu diesem Kommuniqué einige Worte sage. In dem Kommuniqué wird erklärt, daß die beiden Berliner Rundfunk-Sender eine Absprache beschlossen hätten, die heute um 15 Uhr stattgefunden Kundgebung nicht live zu übertragen, stattdessen um 19.20 Uhr eine gefilterte Zusammenfassung ausgestrahlt werden sollte. Ich darf dazu feststellen: 1. Es gibt keine Absprache zwischen diesen beiden Sendern in dieser Stadt Berlin, zum 2. wir haben von dieser Kundgebung um 19.20 Uhr keine gefilterte Zusammenstellung ausgestrahlt, sondern wir haben bis auf ganz geringfügige technische Kürzungen, aber bitte, meine Damen und Herren, würden Sie es unbedingt für sinnvoll halten, wenn wir etwa die Ausführung übertragen hätten, die Kundgebung beginnt in 5 Minuten, wir bitten Sie zu warten, bis die Teilnehmer auf dem Platz sind. Das haben wir logischerweise weggeschnitten. Wir haben vom sachlichen Inhalt der Ausführung der heutigen Sprecher auf der Kundgebung ist nicht ein Satz vom SFB weggeschnitten worden. Ich glaube also, sagen zu können, daß die Hörer des SFB heute einen umfassenden Überblick und einen unverfälschten Einblick in das haben bekommen können, was auf dieser Kundgebung gesagt worden ist. Ein zweiter Satz zu diesem Kommuniqué: es wird erklärt, daß die Vertreter des Rundfunk-Komitees das Gespräch abgebrochen haben. Die Formulierung “abgebrochen” klingt nach Härte und nach Unversöhnlichkeit. Ich habe nicht den Eindruck, daß ich mich

von diesen Herren in Härte und unversöhnlich getrennt habe, sondern ganz im Gegenteil, ich habe Ihnen gesagt, daß ich den Eindruck habe, das wird nicht das letzte Gespräch gewesen sein, das wir miteinander geführt haben. Wir haben noch eine ganze Reihe von Dingen zu diskutieren. Nun, soviel zum Kommuniqué. Ich habe natürlich auch in der Zwischenzeit die Berichterstattung gehört, die hier vorgenommen worden ist. Ich halte diese Berichterstattung für nicht in allen Punkten korrekt. Sehen Sie, meine Damen und Herren, man kann natürlich Heiterkeit erzielen und die hat man hier erzielt, wenn man ohne jeden Zusammenhang berichtet, daß dieser Intendant des Senders Freies Berlin erklärt, er kenne nicht nur den Refrain der Internationale, sondern den ganzen Text. In der Tat kennt er ihn. Nun schön, wir haben die Heiterkeitspause zum Singen gehabt, ich möchte wieder zum Ernst zurückkommen. Ich kenne es in der Tat, weil ich von dem Elend zu erlösen eine ganze Menge verstehe und am eigenen Leib erfahren habe. Deswegen kenne ich diesen Text.

Nun jetzt aber zu Ihren sachlichen Forderungen, die heute gestellt worden sind. In meiner heutigen Ansprache, die ich für die Hörer gehalten habe, ich verstehe, meine Damen und Herren, das Zischen nicht, wenn ein neuer Intendant in die Stadt und in sein Haus kommt, dann wendet er sich allgemein üblich an seine Hörer, das ist kein Sonderfall hier in Berlin...<sup>182</sup>

Die Tatsache, daß das Absingen der Internationale zum Fetisch der Studenten geworden war, zeigt eine unrealistische und opportunistische Einstellung zur Arbeiterklasse. Von daher fanden sie es wohl auch erstaunlich, daß ein Bürger wie Barsig das Lied kannte, ja sogar mitsang. Barsig sprach noch einen wichtigen Faktor in der Diskussion um eine mögliche Manipulation durch den SFB an: er bestand darauf, daß die Kundgebung im Radio in voller Länge ausgestrahlt worden war; man hätte lediglich einen späteren Einstieg gewählt. Die Rundfunk-Kommission hatte ihm offensichtlich vorgehalten, daß die Übertragung gekürzt und

---

<sup>182</sup> Diskussion Barsig mit der APO, Manuskript vom 16.4.1968, APO-Ordner, DRA

unvollständig gesendet worden wäre.

Barsig fährt fort:

“...Nun aber zu Ihren Forderungen selbst. Vielleicht, ich will jetzt die Ansprache, die ich gehalten habe, nicht etwa wiederholen. Ich habe sinngemäß gesagt, ich möchte es auch hier einmal sagen, ich bin mit viel gutem Willen in die Stadt gekommen, auch mit Willen zu Gesprächsbereitschaft. Aber ich habe am Schluß dieser Ansprache einen Satz gesagt, den ich hier, weil er sehr kurz ist, vielleicht verlesen darf, damit Sie den gesamten Wortlaut hören. Ich habe gesagt, wer auf dieser Basis und im Geiste der Fairness und Toleranz mit mir weiter sprechen will, der wird immer eine offene Tür finden; vom ersten Tage an sollte aber auch jeder wissen, daß der neue Intendant das Gesetz nicht bricht oder manipuliert, sondern erfüllt. Nun, wenn Sie diesem Satz zustimmen, dann lassen Sie mich jetzt zu der Forderung direkt etwas sagen. Der Sender Freies Berlin wird unter meiner Leitung seiner Berichterstattungspflicht, die ich für unteilbar halte, d.h. daß wir uns nicht aussuchen können und dürfen, über was wir berichten, sondern daß wir zu berichten haben über das, was wirklich geschieht und geschehen muß.”<sup>183</sup>

Im Anschluß an diese Ausführungen wird Barsig nochmals aufgefordert, auf die Forderung der Studenten, d.h. regelmäßige Sendezeiten mit eigener redaktioneller Verantwortung, einzugehen und zu erklären, inwieweit der SFB bereit ist, diesen Vorstellungen entgegenzukommen.

Barsig: “Wir werden unsere Berichterstattungspflicht wahrnehmen und zwar so, daß wir nichts beschönigen gegenüber niemandem und auch nichts verketzern auch gegenüber niemandem und unsere Sendungen werden, das ist mein fester Wille, von der Sachlichkeit getragen sein, wie sie in der Satzung des SFB vorgeschrieben sind. Ich habe weiter gesagt, daß ich darüber hinaus bereit bin, der Außerparlamentarischen Opposition die Möglichkeit einzuräumen, in angemessener Weise direkt das zu

---

<sup>183</sup> Ebd.

vertreten, was sie will und ich habe hinzugesetzt, ich bitte auf diesen Halbsatz zu achten, in Rede und in Gegenrede, denn man will dort wohl diskutieren. Ich habe diesen Halbsatz hinzugefügt, weil ich ja auch die Sprechchöre gehört habe, diskutieren - diskutieren. Nun, Sie müssen aber davon ausgehen, daß ich nicht in der Lage bin, die Außerparlamentarische Opposition privilegiert zu behandeln, denn unsere Satzung legt fest, daß der SFB nicht Werkzeug - das ist ein Zitat - einer Gruppe sein darf.<sup>184</sup>

Barsig argumentiert hier wiederum geschickt; er macht den Studenten scheinbar Zugeständnisse, um diese dann wieder zu relativieren.

Einerseits will er der APO die Möglichkeit geben, ihre Interessen zu vertreten, andererseits macht er deutlich, daß dieses Recht nicht exklusiv gewährt wird, weil laut Satzung des SFB keiner gesellschaftlichen Gruppe Vorrang in der Artikulation gewährt werden kann. Er fährt fort:

“...Mein Standpunkt ist, daß die Außerparlamentarische Opposition *eine* gesellschaftliche Gruppe unter anderen ist und sie muß deshalb bereit sein einzusehen, daß ihr nicht Sonderrechte eingeräumt werden können. Ihre Vertreter haben sich heute in dem Gespräch mit mir bereit erklärt, sich auf dem Boden der Satzungen und der Gesetze über den SFB zu stellen, das halte ich für einen Fortschritt, denn sie bejahen damit einmal die Programmverantwortung des Intendanten, die im Gesetz festgelegt ist und außerdem auch den wichtigen §3 unserer Satzung, der vorschreibt, daß alle Sendungen von dem demokratischen Willen und demokratischem Geist und demokratischer Gesinnung getragen sein müssen.”

“...wir haben uns mit Ihren Unterhändlern nicht darüber einigen können, nämlich über die Punkte pro Tag eine Stunde Sendezeit und in eigener redaktioneller Verantwortung. Ich konnte dieser Forderung nicht zustimmen aus zwei Gründen: Einmal weil dadurch die Programmverantwortung ausgehöhlt wird und zum anderen, daß ich dann

---

<sup>184</sup> Ebd.

jeder anderen Gruppe das gleiche Recht geben muß. Wenn ich jeder Gruppe dieses Recht gebe, dann wird das zum Ende des Programms führen, das wir ja schließlich für die Gesamtheit der Hörer und Zuschauer machen und eben nicht nur für Gruppen.“<sup>185</sup>

Diese Argumente sind insofern nachvollziehbar, als ein Intendant formell die Verantwortung für das Programm seines Senders übernimmt und dies in dem Fall, daß eine gesellschaftliche Gruppe ihr eigenes Programm macht, nicht tun könnte. Außerdem ist es sicher theoretisch richtig, daß dann andere gesellschaftliche Gruppen ebensolche Forderungen stellen könnten. In der Praxis aber wäre dies zu diesem Zeitpunkt nicht zu erwarten gewesen. Die Aussage, daß das Programm für die Gesamtheit der Zuschauer gemacht wird, ist - zum Glück - nur bedingt richtig; denn der SFB leistete sich ja mit seinem Dritten Programm ein Minderheiten-Fernsehen. Die breite Masse wurde durch Sendungen wie die "Berliner Abendschau" bedient.

Barsig schloß seinen Vortrag mit den Worten:

"Gut, dann lassen Sie mich zum Schluß noch drei Punkte sagen: die Voraussetzungen für weitere Gespräche sollten sein: 1. daß man sich klar sein muß, daß dieser neue Intendant vom Gesetz und der Satzung die Bestimmungen, wie der Sender Freies Berlin zu führen ist, nicht abgeben kann, nicht abgeben will. 2. daß die Außerparlamentarische Opposition nicht privilegiert werden kann, sondern daß sie Anspruch auf faire und saubere Behandlung hat. 3. daß die Programmverantwortung des Intendanten gewahrt bleiben muß, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist. Und nun, wenn man auf dieser Basis bereit ist, weiter zu verhandeln, dann werde ich jederzeit bereit sein, eine Delegation der Außerparlamentarischen Opposition zu empfangen.“<sup>186</sup>

In seiner Eigenschaft als Mitglied der Rundfunk-Kommission antwortet

---

<sup>185</sup> Ebd.

<sup>186</sup> Ebd.

Hans-Magnus Enzensberger:

“...Als erstes ist festzustellen, wir haben das bereits hier mehrfach festgestellt und ich glaube, niemand kann das bestreiten, daß bei dem Gespräch heute früh auf unsere materiellen Forderungen in keiner Weise überhaupt eingegangen worden ist, d.h. es ist nicht zur Diskussion gestellt worden, welche Sendezeiten, wie die Verantwortung der Redaktion aussehen sollte, wieviel Zeit uns zur Verfügung gestellt wird, sondern ein Gespräch über all diese Punkte ist von vornherein abgelehnt worden. Zum 2. was Rede und Gegenrede betrifft, so ist uns ein Beispiel dafür, wie das zu verstehen ist, in der manipulierten Öffentlichkeit bereits dadurch gegeben worden, daß der Intendant es abgelehnt hat, seine Weigerungen, in solche materiellen Verhandlungen einzutreten, öffentlich zu rechtfertigen, stattdessen hat der Intendant des SFB sich einseitig in einer Art von Proklamation an seine Hörer gewandt und ohne uns Gelegenheit zu einer Gegenrede zu geben und erst auf die massive Demonstration hin, die wir beanstandet haben, kam dieses Gespräch hier zustande. Wir müssen immer noch froh sein, daß es überhaupt zustande gekommen ist und daß wir nicht niedergeknüppelt worden sind vorm Sender...von der politischen Substanz sind wir immer abgedrängt worden, man hat das versucht, man hat immer wieder mit dem Rundfunkgesetz operiert. Deshalb haben wir die Frage der Legalität auszuklammern versucht, indem wir erklärt haben, daß wir keineswegs gedenken, den Intendanten abzusetzen oder seine Beantwortung für das, was gesendet wird, zu schmälern. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir über unsere Sendezeiten innerhalb des Senders ähnlich verfügen würden wie irgendeine andere Chefredaktion im Hause. Damit ist, glaube ich, das legale Bedenken einer solchen Redaktion gegenüber ausgeräumt...”<sup>187</sup>

Es ging aber nicht um eine Reduzierung der Verantwortung des Intendanten, sondern darum, daß dieser keine Verantwortung übernehmen

---

<sup>187</sup> Ebd.

konnte und wollte dafür, daß eine kleine gesellschaftlichen Gruppe, der es nicht um Journalismus, also Berichterstattung, sondern nur um ihre Interessenvertretung ging, sich exklusiv und unkontrolliert über die Verbreitungswege des Senders äußerte. Die Forderung nach Gleichstellung einer Gruppe von Studenten mit den Chefredaktionen des Hauses war sowohl unter dem journalistischen als auch unter dem politischen Aspekt abwegig.

Enzensberger weiter:

“...Herr Barsig argumentiert, daß der Sender Freies Berlin nicht Werkzeug einer Gruppe werden dürfte. Nach unserer Anschauung der Dinge ist genau das mit dem Sender Freies Berlin geschehen...Denn wenn man uns heute am Ostermontag nach alldem, was in den letzten drei Tagen passiert ist, sagt, wir beanspruchen einen privilegierten Status in dieser Gesellschaft, so muß ich sagen, ich halte diese Formulierung, mag es gewollt sein oder ungewollt, sie klingt für meine Ohren wie blanker Hohn.”<sup>188</sup>

Die Unterstellung, daß der Sender Freies Berlin Werkzeug einer Gruppe geworden sei, wird leider nicht näher begründet. Es ist anzunehmen, daß Enzensberger die Berichterstattung der Abendschau meint und diese in Verbindung mit der Springer-Presse bringt. Tatsächlich war dies aber die Wiedergabe der Meinung der schweigenden Mehrheit der Berliner und nicht einer bestimmten Gruppe. Wenn aber der sogenannte Kalte Krieger Matthias Walden gemeint sein sollte, kann in Bezug auf den SFB auch nicht von einer Gruppe gesprochen werden, denn Walden war ja innerhalb des Senders politisch isoliert. Im übrigen negiert Enzensberger völlig, daß den Belangen der Studenten vom SFB durchaus - wenn auch nur überwiegend in den Dritten Programmen von Hörfunk und Fernsehen - Raum gegeben wurde. Die hier zitierte Veranstaltung wurde ja ebenfalls im Hörfunk übertragen.

---

<sup>188</sup> Ebd.

Ein nicht genannter Redner fährt in der Diskussion fort:

“Genossen, wenn Herr Barsig das meint, was er Ihnen hier in seinen Worten vorgetragen hat, dann meine ich, dann geht er von einem kolossalen Mißverständnis seiner Aufgabe als Intendant aus. In einer Demokratie, in einer Massengesellschaft, spielen die Massenmedien eine schlechthin konstitutive Rolle. Ohne Massenmedien ist eine politische Willens- und Meinungsbildung nicht denkbar. Wenn in einer solchen Gesellschaft eine relevante politische Gruppe, weil sie nicht über die entsprechenden kapitalistischen Möglichkeiten verfügt, weil sie keine Zeitungen hat oder Zeitungen hat, die dann dem Konkurrenzdruck auf dem kapitalistischen Markt ausgesetzt sind und kaputtgehen und sie folglich nicht artikulieren kann, dann ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, und der Sender Freies Berlin ist in der öffentlichen Hand, hier ausgleichend zu wirken und überhaupt erstmal eine Parität herzustellen, das hatte Enzensberger bereits gesagt. Und ein weiteres: das kann überhaupt nicht von einer Privilegierung und auch nicht von Gleichberechtigung die Rede sein, sondern wir fordern Wiedergutmachung. Was sich dieser Herr Matthias Walden Woche für Woche in den letzten Monaten uns gegenüber für Sauereien herausgenommen hat, das kann gar nicht mehr diskutiert werden und wenn jetzt hier in dieser Stadt Unruhe eingezogen ist, wie ich hoffe, eine heilsame Unruhe, das ist mir in letzter Zeit wiederholt bestätigt worden, dann ist es die Aufgabe einer öffentlichen Rundfunkanstalt, endlich ihre Funktion als Meinungsbildungsinstrument und nicht als Manipulationsinstrument zu erfüllen. Und es gibt nicht nur die formale Auslegung von Gesetzen, sondern es gibt auch die Auslegung nach dem Gesetzeszweck. Und Sie werden mir nicht ernsthaft bestreiten wollen, in diesem Gespräch hier und sonstwo, daß das Rundfunkgesetz angelegt ist als eine Regelung, die darauf abzielt, eine freie Meinungsbildung in einer sich frei dünkenden Gesellschaft zu ermöglichen und von daher sollten sie sich ihre gesetzliche Grundlage auslegen und nicht hier mit einer scheinbar



demokratisch humanistischen Konzeption mit formalen Einwendungen die durchaus berechtigten Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition vom Tisch wischen. Wir lassen uns hier nicht auf eine juristische Diskussion ein, sondern wir verlangen vom Sender Freies Berlin - und Sie vertreten ihn hier heute abend in diesem Gespräch - daß Sie uns erklären, wie Sie zu Ihrer Aufgabe stehen, hier eine freie Meinungsbildung in dieser Stadt zu...."<sup>189</sup> (lautes Geklatsche, letztes Wort unverständlich). Das studentische Selbstverständnis geht dahin, sich als relevante politische Gruppe zu bezeichnen. Obwohl in den Grundsatzdiskussionen offenbar wurde, daß es den Studenten an einer Verankerung ihrer politischen Ziele in der Bevölkerung mangelte und sie nach eigener Definition unproduktiv im Sinne des Kapitals sind, geht der Redner davon aus, daß die Studentenbewegung eine Macht darstellt, die das Recht hat, Forderungen zu erheben. Seiner Logik nach stehen die öffentlichen Institutionen dem Kapital gegenüber, sodaß der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Pflicht hat, korrigierend den in Privatbesitz befindlichen Medien entgegen zu treten.<sup>190</sup> Dies würde aber bedeuten, daß es sich um einen Staats-Rundfunk handeln würde. In den Statuten des Senders wird aber gerade das ausdrücklich ausgeschlossen. In der Satzung heißt es in §1, Absatz 2:<sup>191</sup>

Sie (die Berliner Rundfunkanstalt, s. Absatz 1, Anm.d.Verf.) ist eine staatsunabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in Berlin.

§3 besagt, und hierauf bezieht sich Intendant Barsig vor allem in seiner Rede, daß "...die Sendungen des Senders Freies Berlin von demokratischer Gesinnung und Treue zu dem Grundgesetz für die

---

<sup>189</sup> Ebd.

<sup>190</sup> Eine Frage, die laut Habermas " nicht ohne erheblichen empirischen Aufwand beantwortet werden kann, ist, "ob und in welchem Umfang eine von Massenmedien beherrschte Öffentlichkeit den Trägern der Zivilgesellschaft Chancen einräumt, mit der Medienmacht der politischen und wirtschaftlichen Invasoren aussichtsreich zu konkurrieren..." Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 48

<sup>191</sup> SFB-Satzung v. 12. November 1953

Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung von Berlin, von kulturellem Verantwortungsbewußtsein und vom Willen zur Sachlichkeit getragen sein müssen. Sie sollen für Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit wirken und eine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen. Die Anstalt darf nicht Werkzeug einer Regierung, einer Gruppe oder einer einzelnen Persönlichkeit sein. Darüberhinaus muß die Gesamtheit der Sendungen der einzelnen Programmsparten des Hörfunks und des Fernsehens diesen Grundsätzen entsprechend inhaltlich ausgewogen sein...”

Der Intendant ist dem Rundfunkrat gegenüber rechenschaftspflichtig. Er selbst darf nicht Mitglied des Rundfunkrats sein. Der Rundfunkrat setzt sich zusammen aus 31 Mitgliedern, die auf die Dauer von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren entsandt werden. Die größte Gruppe stellen acht vom Abgeordnetenhaus auf Vorschlag seiner Fraktionen zu wählende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Von den Hochschulen des Landes Berlin werden zwei Vertreter entsandt. Dies bedeutet, daß der Rundfunkrat den Anspruch hat, ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung zu sein. Dies muß nicht bedeuten, daß er die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung vertritt. Ausgeschlossen ist aber, daß eine gesellschaftliche Gruppe ein Übergewicht bekommt.

Die Diskussion der Rundfunk-Kommission mit Franz Barsig ist vor folgendem Hintergrund zu sehen: die Studenten erwarteten, daß der SFB sich für ihre Ziele gegen die Übermacht des Springer-Konzerns instrumentalisieren ließe. Sie hatten die Vorstellung, daß, wenn man schon nicht im Besitz der Produktionsmittel ist, wenigstens die öffentliche Meinung beherrschen sollte. Da dies wiederum ohne wirtschaftliche Macht nicht geht, wollten sie ihr Ziel über eine öffentlich-rechtliche Institution erreichen.

Diese öffentlich-rechtliche Institution, der SFB, verstand sich aber als Teil der von den Studenten attackierten bürgerlichen Demokratie und wollte nicht einer Minderheit offiziell das Recht der Selbstdarstellung einräumen.

Die Frage, ob der SFB der APO regelmäßige Sendezeiten einräumen solle, war auch Gegenstand einer Umfrage, die INFAS im April 1968 durchführte. 25% der befragten Personen waren dafür, 67% dagegen.<sup>192</sup>

Um die Polemik der Studenten gegen Matthias Walden und ihre Forderung nach dessen Hinauswurf beim SFB zu verstehen, muß man einen Kommentar heranziehen, den Walden am 19.2.1968 im Rundfunk anlässlich der Vietnam-Demonstration sprach.<sup>193</sup>

“Seit langem haben in Berlin die HoHoHo-Chi-Minh-Rufer und die SDS-Rebellen die Straße beherrscht, und was sich den Passanten, den Fernsehkameras und den Fotografen der Weltpresse an öffentlichen Kundgebungen anbot, war überwiegend das Bild radikalen Protestes gegen Ordnung, Autorität und Establishment, was immer man sich auch darunter vorzustellen hatte. Die Geduld der Bürger - und zwar durchaus nicht nur der Bürgerlichen - war seit langem schon am Ende. In jedem Taxi, auf jedem Gemüsemarkt, in jeder Montagehalle konnte man es hören, daß die Mehrheit der Berliner sich aufs Unangenehmste behelligt und herausgefordert fühlte. Nachdem schon vor einigen Monaten ein Kreis von Bürgern, die sich für die Demokratie und um den Geist der Stadt sorgten, eine große Demonstration der Demokraten gegen anarchistischen Krawall vorbereitet hatte, haben jetzt die Parteien, die Gewerkschaften und der Berliner Senat beschlossen, für den kommenden Mittwoch zu einer Kundgebung aufzurufen, die den Gesinnungsproportionen Berlins wieder zu einem wahren Ausdruck verhelfen und den fatalen Eindruck einer schlafenden oder eingeschücherten Mehrheit korrigieren soll. Wer die Stimmung in der Stadt in den vergangenen Monaten beobachtet hat, zweifelt nicht daran, daß es viele dazu drängt, dem extremistischen Spektakel endlich ein Zeichen der entschiedenen Vernunft

---

<sup>192</sup> INFAS-Umfrage vom April 1968, Hurwitz-Deposition, ZA für Emp. Sozialforschung Köln

<sup>193</sup> Matthias Walden, Rundfunk-Kommentar am 19.2.1968, SFB-Hörfunkarchiv

entgegenzusetzen und vor aller Welt zu demonstrieren, daß Freiheit und Ordnung sich nicht ausschließen, sondern bedingen. In einem Flugblatt, das von vielen Persönlichkeiten quer durch alle Stände, Parteien und Institutionen unterschrieben wurde, wendet sich diese Bürgerinitiative gegen Rätediktatur und Linksfaschismus. Für die parlamentarische Demokratie, gegen Straßenterror und Anarchie. Für Freiheit in gesetzlicher Ordnung. Die gleiche gesellschaftliche Ordnung war es auch, die am Wochenende durch Richterspruch die Demonstration des sogenannten Vietnam-Kongresses genehmigte und auf diese Weise geradezu modellhaft die Slogans der antiparlamentarischen Opposition widerlegte, die sich überall dort unterdrückt fühlt, wo sie nicht herrscht. Auch wer das Urteil des Verwaltungsgerichtes in seiner erfolgreichen Weisheit zu würdigen versteht, und wer auch Genugtuung darüber empfindet, daß die Demonstranten es dieses Mal vermieden, die von ihrer radikalen Minderheit propagierte sogenannte rationale Gewalt gegen die Ordnung einzusetzen, wird die Parolen ihrer Kundgebung äußerst kritisch sehen. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß wir in der liberalsten Demokratie leben, die sich ausdenken läßt, dann wurde das gestern in Berlin bewiesen. Da zogen Deutsche und Ausländer durch unsere Straßen und forderten die Beseitigung der demokratischen Ordnung. Da gab es Transparente, auf denen stand: Die Senatsfaschisten muß das Volk ausmisten! und: Lee Harvey Oswald, wir brauchen Dich! Rudi Dutschke sagte den Amerikanern, daß der Tag kommen würde, an denen sie vertrieben würden. Das alles vollzog sich unbehindert in einem Staat, dem sie vorwarfen, autoritär zu sein. Bis zum Aberwitz der Parolen, bis zur äußersten Gewaltanwendung gingen die Signale der Intoleranz, die von unseren Gesetzen toleriert und von unserer Exekutive geschützt wurden. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir nur diese Parolen noch auf Berlins Straßen und Plätzen gezeigt und gebrüllt würden. Denn wenn unter 100 Menschen einer schreit und 99 schweigen, dann hört man eben nur den

einen. Jetzt werden sich also - am Ende ihrer Geduld - die 99 zu Wort melden. Und es bedarf keiner Hellseherei, um vorauszusagen, daß diese Demonstration, die dem Willen der Mehrheit entspricht, ein Erfolg werden wird. Es wird aber auch darauf ankommen, sich bei dieser Gelegenheit auch von denen zu distanzieren, die auf der anderen Seite des Extrems stehen und von Faustrecht, Arbeitslager und Ausweisung für die Rebellen faseln. Denn es gilt zu beweisen, daß der Rechtsstaat mit ihnen fertig wird, ohne seine eigenen Werte zu verletzen.”

Realistisch gesehen hatte Walden recht. Die Demonstration der “bürgerlichen Koalition” am 21.2.68 vor dem Rathaus Schöneberg wurde ein großer Erfolg für die Veranstalter. Ca. 100 000 Menschen fanden sich auf dem John F. Kennedy-Platz ein, um Solidarität mit den USA zu bekunden.<sup>194</sup>

Die Berliner Bürger wollten keine Revolution, sie wollten keine Räte.<sup>195</sup> Sie hatten Transparente, auf denen stand: “Dutschke zum Teufel und beide über die Mauer” und “Ein Rat: Nie Räte”. Die Forderung nach Räten war für sie gleichbedeutend mit Kommunismus und den Kommunismus hatten sie ja vor der Tür. Also forderten sie ihrerseits, daß alle, die mit dem West-Berlin amerikanischer Prägung ihr Problem hatten, doch ‘rübergehen sollten. So simpel war das: hier schwarz, dort rot, dazwischen gab es nichts.

Man muß Walden zugute halten, daß er zwar das bürgerliche Lager dezidiert vertrat, aber doch auf eine vernünftige Art und Weise und daß er gerade der Hetze der Springer-Presse und des Mobs auf der Straße *nicht* das Wort redete. Hier vermochten die Studenten nicht zu differenzieren.

Die Perspektive Waldens ist erklärbar durch eine antifaschistische

---

<sup>194</sup> Dennoch war man offenbar nicht restlos zufrieden mit der Anzahl der Teilnehmer, denn eine Umfrage sollte herausfinden, warum es nicht mehr Demonstranten waren. Als Grund wurde zu 33% “keine Zeit” angegeben, 22% meinten, “zu krank, zu alt” zu sein und 19% waren “gegen solche Kundgebungen”. INFAS-Umfrage vom Feb. 1968, in: Student und Öffentlichkeit, S. 35, Hurwitz-Deposition, ZA für Emp. Sozialforschung Köln

<sup>195</sup> Allerdings stimmten auch 62% der Studenten der Aussage nicht zu, daß “echte Demokratie nur durch Einführung des Rätensystems möglich sei”. Siehe: INFAS-Umfrage vom Nov.Dez. 1967, in: Student und Öffentlichkeit S. 269, Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

Sozialisation, die den jungen deutschen Staat, die Bundesrepublik nach 1945, für eine wirkliche Errungenschaft hielt. Negative Erfahrungen hatte er mit der Sowjetischen Besatzungsmacht als junger Journalist in Dresden gemacht. Kritische Berichte machten ihn schnell zum "Staatsfeind". So entstand für ihn die Alternative "Freiheit oder Kommunismus". Die Studentenbewegung hatte es nicht geschafft, sich eindeutig vom Sowjetkommunismus zu distanzieren. Ihre Forderung nach Räte­demokratie mußte ins deswegen ins Leere zielen. Daß die russischen "Sowjets" gleichbedeutend mit "Räten" waren, aber nicht im ursprünglichen Sinne funktionierten, war ein viel zu komplexer Tatbestand, um ihn dem einfachen Bürger zu vermitteln. Der nicht stattfindende Dialog war überhaupt das Hauptmanko der Bewegung; es entstanden Feindbilder auf beiden Seiten. Rudi Dutschke wurde sowohl von den Studenten als Führer aufgebaut, weil er - bedingt durch seinen Scharfsinn und seine Rhetorik - aus der Masse herausragte, als auch natürlich von seinen politischen Gegnern und der Presse, die eben diesen Scharfsinn fürchteten. Auf der anderen Seite war Matthias Walden ein Buh-Mann für die APO, weil sie von ihm nicht nur dumme Stammtisch-Parolen erntete, sondern eine durchaus intellektuell geführte Auseinandersetzung. Allerdings trug er durch Verwendung eines bestimmten Vokabulars auch dazu bei, Ressentiments zu schüren. Begriffe wie "Linksfaschismus" oder die Formulierung "...daß der Rechtsstaat mit ihnen (den Studenten, Anm.d.Verf.) fertig wird" waren so negativ besetzt, daß sie zur Verhärtung der Fronten beitrugen.

Ebenfalls am 19. Februar sprach Peter Schultze einen Kommentar in der Abendschau. Er hatte den Titel "Lehren für die Zukunft".<sup>196</sup>

Ebenso wie Walden lobt er das Verwaltungsgericht für seine kluge Entscheidung, die Demonstration nicht zu verbieten und die Situation dadurch nicht eskalieren zu lassen. Damit einher geht die Kritik an der

---

<sup>196</sup> Peter Schultze, Abendschau-Kommentar vom 19.2.1968, DRA-Manuskripte

politischen und polizeilichen Führung der Stadt, die bereits ein Verbot ausgesprochen hatten. Positiv sieht Schultze dann den Verlauf der Demonstration, und zwar durch das gemäßigte Auftreten aller Beteiligten, sowohl der Polizei als auch der Studenten. Er stellt auch nochmals klar, daß der Protest gegen den Vietnam-Krieg seine moralische Berechtigung habe. Auch sei es das Verdienst der Studenten, auf die Mißstände in Griechenland aufmerksam gemacht zu haben. Allerdings erteilt er weiterreichenden politischen Forderungen eine klare Absage:

“...Die Ideologen der radikalen Linken, jene Bilderbuchrevoluzzer, die den Kampf gegen die NATO und das politische System der Bundesrepublik auf ihre Transparente geschrieben haben, die Umsturz und militärische Auflösung forderten, haben gestern begriffen, was sie bisher energisch bestritten haben: daß die von ihnen propagierte Gewalt nichts anderes ist als der Ausdruck ihrer eigenen Ohnmacht...”<sup>197</sup>

Die Haltung der bürgerlichen Kritiker der Studentenunruhen reichte also von grundsätzlichem Verständnis für die Hochschule betreffende Forderungen bis zur Unterstützung humanistischer Ziele wie der Beendigung des Vietnam-Krieges. Dies spiegelt der Kommentar Schultzes eindeutig wider. Es gab aber eine klare Grenze, die von ihm und anderen Vertretern der bürgerlichen Medienöffentlichkeit gezogen wurde - Forderungen und Aktionen der Studenten mußten sich im Rahmen der “freiheitlich-demokratischen Grundordnung” bewegen und durften nicht in “Revoluzzertum” ausarten.

Vermutlich wäre das Verhältnis SFB - APO relativ entspannt geblieben - immerhin wurde den studentischen Belangen ja eine nicht unbeträchtliche Sendezeit gewidmet - wäre nicht durch die Hetze der Springer-Presse und das Attentat auf Dutschke eine völlig neue Situation entstanden.

Es widerspiegelt das Kräfteverhältnis nicht und unterstreicht nicht die

---

<sup>197</sup>Ebd.

Bedeutung der Studentenbewegung, daß der neugewählte Intendant des SFB sich an seinem ersten Tag im Amt und in der Stadt auf eine ausführliche Diskussion mit ihr einließ. Es unterstreicht vielmehr, daß der SFB zum Dialog bereit war und im Prinzip den Studenten eine Alternative zur Diskriminierung durch die Springer-Presse bieten wollte. Nötig hatte Barsig es sicher nicht, sich nur in Begleitung seines Justitiars vor über tausend Studenten ins Audi Max der TU zu setzen und auspfeifen zu lassen - aber ihm als liberalem Sozialdemokraten war die Verständigung mit der Jugend ein Anliegen.

Der weitere Verlauf der Diskussion am späten Abend des 16. April 1968 zeugt von einigen Mißverständnissen zwischen den Parteien.

Barsig wurde gewissermassen ins Kreuzverhör genommen:<sup>198</sup>

APO: "...ich habe nur zwei Fragen an Herrn Barsig. Erste Frage: Sitzen Vertreter der Gewerkschaften im Rundfunkrat?"

Herr Barsig sagt Ja.

Zweite Frage: Der Kirchenfunk übernimmt fertige kirchliche Beiträge, stimmt das? (Zwischenruf: und was ist mit den Wahlsendungen und dem Parteiengespräch?)

...Herr Barsig gibt mir keine Antwort. Das Wort zum Tag darf nicht geändert werden, stimmt das?

Herr Barsig sagt Ja. Danke.

Barsig: Zunächst zu den Fragen von Herrn Neuss. Im Rundfunkrat des Senders Freies Berlin sind drei Vertreter der, wie es im Gesetz heißt, Berliner Arbeitnehmerschaft, einer des DGB, einer der DAG und einer des Deutschen Beamtenbundes. Zur zweiten Frage, da muß ich Herrn Neuss und auch das Auditorium um Verständnis bitten. Ich bin praktisch seit 24 Stunden in der Stadt. Und man kann einfach in der Situation, wenn man guten Willen hat, von mir nicht erwarten, daß ich jede Frage nach 24 Stunden bereits präzise beantworten kann."

---

<sup>198</sup> Manuskript vom 16.4.68, APO-Ordner, DRA Potsdam



An dieser Passage wird deutlich, daß das Ganze den Charakter eines Tribunals bekam. Anschließend wurde Barsig mit der Forderung konfrontiert, den Chefredakteur des SFB, Matthias Walden, zu entlassen. Dazu äußert er sich wie folgt:

“...Ich muß in diesem Zusammenhang ein ernstes Wort zum Thema, das hier angesprochen worden ist, nämlich Walden, sagen. Und ich bitte um Verständnis, daß der Intendant des Senders Freies Berlin sich schützend vor einen Angehörigen seines Hauses stellt...” (Buh-Rufe, Pfiffe)

“...Im Deutschlandfunk, dessen Chefredakteur ich bis vor wenigen Tagen war, habe ich alle meine Redakteure, die Kommentare gesprochen haben, angehalten und häufig ermahnt und ihnen gesagt: meine Herren, wenn Sie Kommentare sprechen, dann will ich keine Situationsanalyse von Ihnen haben, sondern ich möchte Ihre engagierte persönliche Meinung hören.

Wenn ich diesen Standpunkt im Deutschlandfunk vertreten habe, dann können Sie sicher sein, daß ich die persönliche engagierte Meinung eines Kommentators im SFB nicht nur zulassen werde, sondern auch dafür sorgen werde, daß die andere Meinung ebenso zum Ausdruck kommt.”  
(Beifall)

APO: “Vielleicht sollte man das Problem doch etwas grundsätzlicher lösen und nicht so sehr auf Herrn Barsig einschlagen, denn ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß ein politisch interessierter Mensch, der sich die Sendungen des SFB angehört hat, sich so kritiklos einem Mann wie Matthias Walden gegenüber verhalten kann. Insbesondere möchte ich es als eine Unwahrheit bezeichnen, die ich mir erlaube, nur deshalb nicht als Lüge zu bezeichnen, weil Sie erst heute nach Berlin gekommen sind. Es ist als eine große Unwahrheit zu betrachten, daß der SFB einer anderen Meinung als Herrn Waldens in dem Raum je Zeit eingeräumt hat. Ich möchte Sie fragen, wann je, um ein paar Personen zu nennen, wann je Klaus Meschkat oder Eckehard Krippendorf einen Kommentar sprechen

durften im SFB. Ich möchte Sie fragen, warum Herbert Hausen sprechen kann, aber nicht Sebastian Haffner. Sie müssen verstehen, daß für uns die Massenkommunikationsmittel in der Tat eine ganz wichtige Frage geworden sind, deren wirklich systematische Manipulation wir zu durchbrechen gezwungen sind. Wenn Sie allerdings diejenigen, die sich als kälteste Krieger auch in den Springer-Blättern etabliert haben, an hohen Positionen im SFB dulden, dann bitte müssen Sie begreifen, daß wir Sie als eine einseitige politische Kraft ansehen.“

Der hier erhobene Vorwurf, Haffner dürfe im SFB nicht sprechen, ist nicht korrekt. Haffner sprach sogar regelmäßig Kommentare in der Sendereihe "Berliner Fenster". Klaus Meschkat hatte an diversen Sendungen des SFB-Hörfunk teilgenommen und sich ausführlich geäußert, ebenso Enzensberger und Lefèvre. Hätte Eckehard Krippendorf sich äußern wollen, so hätte er diese Möglichkeit sicherlich gehabt - als Kommentator allerdings nur als fester oder freier Mitarbeiter des Senders, nicht als "Externer". Die Unterstellung, daß im SFB nur die Meinung Waldens Gültigkeit hätte, war schlichtweg falsch. Wie bereits dargelegt, wurde in diversen Hörfunk- und Fernsehsendungen des Dritten Programms eine liberale Meinung vertreten von Journalisten und Moderatoren, die den Dialog mit den Studenten suchten.

Die Erkenntnis, daß den Medien eine enorme Bedeutung zukommt, konnte jedenfalls nicht dazu führen, daß im Handstreich ein öffentlich-rechtlicher Sender genommen wurde. An der Schwarz-Weiß-Malerei war die APO ja auch ordentlich beteiligt, indem sie den Begriff "Kalte Krieger" in einem unrichtigen und demagogischen Sinne verwendete. Unrichtig deshalb, weil der Vorbehalt gegen das Sowjet- und DDR-Regime und eine unversöhnliche Haltung in der Ost-West-Politik nicht gleichbedeutend mit einer reaktionären Einstellung waren. Obwohl die Stalinismus-Diskussion auch in der Studentenschaft kontrovers geführt wurde, war offenbar eine grundlegend positive Einstellung gegenüber der Sowjetunion und dem

zweiten deutschen Staat vorhanden.

Walden war ein konservativer Liberaler, der den Linken Intoleranz vorwarf - und dies nicht zu Unrecht.

Barsig wiederum war ein SPD-Mann mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn, der sich schützend vor seine Mitarbeiter stellte, wie im weiteren Verlauf der Diskussion am Abend des 16. April:

...”Ich darf hier aber darauf hinweisen, und insofern, Herr Nevermann, führen Sie die Diskussion auch nicht redlich, da die Situation es nicht zuläßt, dem Herrn Walden aus vertraglichen Gründen oder Herrn Hausen zu kündigen. Wen von der Außerparlamentarischen Opposition gedenken Sie jetzt als Ihren engagierten und von Ihnen in seiner persönlichen Meinung unbeeinflußten Kommentator einzustellen? Der Intendant des SFB denkt nicht daran, Kündigungen auszusprechen (Zwischenrufe)..er denkt nicht daran, auch wenn Sie Pfui rufen...Ihnen scheint nicht klar zu sein, daß man das Programm in der Bundesrepublik gar nicht empfangen kann. Er (der Intendant, Anm.d.Verf.) wird diese Sendungen ausführlich beobachten. Wenn er zu der Auffassung kommen sollte, daß die Ausgewogenheit in der Darstellung verschiedener Argumente nicht gegeben ist, dann wird er sich einen qualifizierten Journalisten suchen, der dann die Meinung vertritt, von der der Intendant meint, sie ist zu kurz gekommen.”

Dem Hinweis, daß das Programm des SFB in der Bundesrepublik gar nicht zu empfangen war, ist Beachtung zu schenken. Daran hat sich auch bis heute wenig geändert. Auch das rbb-Programm hat aus Kostengründen wenig Verbreitungsmöglichkeiten. Die Berliner Abendschau lief damals in einem Regionalfenster der ARD, wanderte dann 1995 ins Dritte Fernsehprogramm B1. Ein eigenständiges politisches Magazin hatte der SFB zu diesem Zeitpunkt noch nicht; die Sendung “Kontraste” wurde Ende 1968 eingeführt.

In seltenen Fällen gab es überregionale Kommentare, vergleichbar mit

den heutigen "Tagesthemen"-Kommentaren. Diese wurden dann für den SFB von Matthias Walden gesprochen, da dieser Chefredakteur war. Hätten die Studenten jemanden aus ihrer Mitte kommentieren lassen wollen, wäre dieses auch nur in Berlin zu sehen gewesen. Für alles Überregionale wäre die ARD Ansprechpartner gewesen. Hier zeigt sich also wieder die besondere Situation Berlins, die Insellage, die eine andere Perspektive erzeugte als die der Bundesrepublik.

Das Angebot Barsigs, das Programm konsequent auf seine Ausgewogenheit zu überprüfen, wurde von der APO mit der Forderung gekontert, Barsig solle eine Woche lang - vom 15. bis zum 22. April - einen Querschnitt der schriftlich vorliegenden Kommentare Waldens lesen und dann entscheiden, ob er ihn im SFB behalten wolle oder nicht. Dieses Ultimatum lehnte Barsig ab. Der nächste Redner meinte, jeder, der die Verhandlungen um die Berufung Barsigs zum Intendanten verfolgt hätte wisse, daß dieser nur auf den Intendantensessel gekommen sei, um "die alte erprobte Taktik der Lüge und Verschleierung und Verhetzung bewußt fortzusetzen".

Daraufhin beendete Barsig das Gespräch mit den Worten:

"Meine Damen und Herren, ich bedaure die letzten Ausführungen außerordentlich. Ich bedaure außerordentlich, daß Sie einen Gast zu sich einladen und diesen Gast dann als unverschämt titulieren. Ich werde trotz dieser Diskussion weiter bereit sein, diese Bereitschaft spreche ich noch einmal aus, mit Delegierten von Ihnen ernsthaft und sachlich zu sprechen, auch nach dieser Diskussion. Vielen Dank."

Nach dem Auszug Barsigs stellt ein APO-Sprecher fest, dieser wäre einem Irrglauben unterlegen, wenn er meinte, als Gast anwesend zu sein. Seiner Meinung nach wurde ihm von Seiten der APO großzügig die Chance gewährt, "seine Verantwortung darzulegen und seine Vorstellungen zu entwickeln."

Im Anschluß wurde auf der Veranstaltung die Vorgehensweise gegen die

Springer-Presse, insbesondere die Blockade der Zeitungsauslieferung besprochen. Außerdem wurden Vorstellungen entwickelt, wie Basisgruppen in den Bezirken auf die Bevölkerung Einfluß nehmen sollten:

“Wir wollen es nicht darauf ankommen lassen, daß die deformierten und nicht aufgeklärten Menschen, die wie Steine zum Teil in den Hinterhöfen noch leben, weil sie nicht wissen, worum es sich in dieser Stadt handelt und Studenten und Arbeiter aufgrund von Unwissen niederknüppeln.”

Die “deformierten und nicht aufgeklärten Menschen” wollten sich aber offenbar nicht von den Studenten aufklären lassen, sodaß diesen nichts anderes übrig blieb, als im späteren Verlauf der Geschichte entweder den Marsch durch die Institutionen anzutreten und die “Erweckung” als Grüne zu betreiben oder den Voluntarismus der RAF zu pflegen.

Am 18. April 1968 gab es eine weitere Sendung zur Thematik “Sendezeit für die APO”, diesmal im II. Programm des Rundfunks in der Sendereihe “Zur Debatte”.<sup>199</sup>

Redakteur Hans Zielinski diskutierte mit Hans Magnus Enzensberger, RA Mahler, Intendant Barsig und Programmdirektor Eberhard Schütz. Eingangs formulierte Enzensberger die Forderung der APO nach regelmäßigen Sendezeiten im SFB, und zwar in eigener redaktioneller Verantwortung. Zur Begründung führte er an, daß die APO eine erhebliche politische Kraft in West-Berlin sei, und zwar die einzige, die “außerhalb des Machtkartells der Senatsparteien, der Meinungsmonopole unter den Kapitalgruppen in der Stadt” stehe. Zahlenmäßig könne er sich nicht festlegen, es wären aber überwiegend junge Leute, politisch engagierte Schüler, Studenten und Arbeiter. Diese würden sich von einer “konstanten und systematischen Pogromhetze” von Seiten der Springer-Presse und des Senats bedroht fühlen. Keine Zeitung außer dem “Tagesspiegel” hätte

---

<sup>199</sup> Zur Debatte v. 18.4.1968, SFB-Hörfunkarchiv

der APO Raum gewährt.

Enzenberger:

“Unser Vorschlag geht darauf hinaus, man soll dieser Opposition die Möglichkeit geben, sich zu artikulieren und sich zu wehren, und zwar so, wie sie es wünscht, durch Aufklärung und Information. Zu diesem Zweck haben wir dieses Rundfunk-Komitee gebildet. Es besteht aus Leuten, die man kaum als Nichtskönner wird abtun können. Diese Leute wollen nichts für sich selbst, sie wollen nicht Sendezeiten für ihre eigene Produktion, für ihre eigenen Mäuler, sie wollen nichts dabei verdienen, aber es sind Leute, die ein Programm garantieren können, das nach den bisherigen Erfahrungen, die auch die Sender mit ihnen gemacht haben, ein Programm garantieren können, das auch für die Hörer äußerst interessant zu werden verspricht.”

Enzensberger führt weiter aus, daß seiner Meinung nach diese Forderung nicht dem Rundfunkgesetz widersprechen würde.

Darauf antwortet Barsig:

...“Die Aufsichtsgremien in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sind festgelegt durch Gesetz, das Gesetz ist vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden. Wenn Sie hier eine Änderung wünschen, dann wäre Ihr Gesprächspartner der Senat von Berlin und das Abgeordnetenhaus von Berlin, denn der Sender Freies Berlin als solcher hat darauf keinen Einfluß...”

Ich habe mehrfach schon gesagt, daß der SFB bereit und willens ist, jeden, der sich auf den Boden des Gesetzes stellt, in einer angemessenen Weise in Rede und Gegenrede dazu zu verhelfen, daß er sich selbst darstellen kann...Ihre Forderung in dieser Form..ist nicht zu realisieren, d.h. eine Stunde in redaktioneller Verantwortung, das geht einfach nicht. Ich kann nicht einer Gruppe und sei sie auch noch so aktiv, das Recht einräumen, daß sie in diesem Sender eine eigene Sendezeit in eigener redaktioneller Verantwortung bekommt. Das müßte zwangsläufig dazu

führen, daß andere Gruppen die gleichen Forderungen erheben.

Ich kann Ihnen sagen und da würde ich wirklich gern Ihre Antwort darauf wissen, daß heute nachmittag bei mir die Forderung der NPD eingegangen ist, zu den gleichen Bedingungen, nämlich auch eine Stunde Sendezeit in eigener redaktioneller Verantwortung. Ich möchte wirklich mal gern erfahren, ob Sie dem Intendanten den Rat geben würden, daß er auch diese Forderung erfüllen sollte. Es kämen noch andere Gruppen. Damit wäre ein Programm praktisch am Ende. Dann wäre der SFB sozusagen ein technisches Instrument, der den verschiedenen Gruppen Technik und Geld zur Verfügung stellt und er selber könnte praktisch nicht das Programm machen.”

Diesem Argument Barsigs versucht Mahler entgegenzuhalten, die APO wäre ja schließlich keine Partei und von daher nicht mit der NPD zu vergleichen. Die APO wäre ein Querschnitt (!) gesellschaftlicher Gruppen und schon von daher legitimiert, daß sie auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Struktur hinarbeite.

Durch seine Satzung wäre der SFB verpflichtet, das Wohl der Allgemeinheit im Auge zu haben und die Allgemeinheit würde von der APO repräsentiert.

Mahler:

“...” Ihre Aufgabe wäre es also gerade im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse der Freiheit und der demokratischen Grundordnung, jetzt da uns private Kommunikationsmittel nicht zur Verfügung stehen, hier als öffentliche Anstalt auch das öffentliche Wohl in diesem materiellen Sinne zu verstehen und dieser sozialen Strömung die Gelegenheit zu geben, wenigstens an einer Stunde des Tages sich darzustellen. Gegen uns bleiben dann immer noch, ich weiß nicht, wie lange Sie täglich senden, aber maximal 23 Stunden der Gegenpropaganda, so daß also hier von Gleichheit nicht die Rede sein kann.”

Hierauf antwortet Programmdirektor Schütz, daß die Behauptung, die

APO sei im Sender Freies Berlin nicht berücksichtigt worden, falsch sei. Die zehn Mitglieder des Rundfunkausschusses seien allesamt in der Kartei der Honorar- und Lizenzabteilung als Mitarbeiter des SFB vermerkt. „...Das fängt an mit einem Mitglied Ihres Ausschusses, der im Jahre 1967 über 40 000 Mark beim SFB verdient hat, das geht dann über 30 000 hinunter. Herr Neuss ist etwas zu kurz gekommen, aber Sie können uns schlecht zumuten, daß wir Herrn Neuss eine Stelle im Programm geben, wo er in eigener Verantwortung spricht und z.B. Matthias Walden bei seinem bürgerlichen Namen nennt, wobei man bei Freiherr von Sass nicht vom bürgerlichen Namen reden kann, nennt und sagt, Herr von SA-SS. Niemand bei uns im Hause käme auf die Idee, Herrn Neuss zu prononcieren als Herrn NEU-SS. Sie können uns nicht zumuten, daß wir solche Beiträge von Herrn Neuss senden und dann auch noch honorieren. Und diese Mitglieder, Herr Enzensberger, sie sind nicht nur als Schriftsteller in unserem Programm, in den dritten Programmen ganz besonders, doch wirklich in der ihrer Bedeutung als Schriftsteller entsprechenden Art und Weise. Sie haben auch teilgenommen an Gesprächen und Diskussionen, in denen über Politik gesprochen wurde. Und Ulrike Meinhof u.a. haben bis in die jüngste Zeit an unseren Programmen mitgewirkt...“

Enzensberger nahm einen weiteren Anlauf:

„...Unsere Forderung läuft darauf hinaus, daß wir Sendezeiten in eigener redaktioneller Verantwortung wollen. Warum wollen wir denn eigene redaktionelle Verantwortung haben? Weil wir unabhängig sein wollen und nicht etwa unterstehen einem Funktionär des Hauses, einem Chefredakteur oder einem stellvertretenden Chefredakteur, der unser ausgesprochener Feind ist und alles daran setzen wird, um unsere Stimme in diesem Sender kaputt zu machen...“

Barsig wiederholte seine Frage, ob er der NPD unter gleichen Bedingungen eine Stunde Sendezeit pro Tag geben solle.



Enzensberger:

“Ich würde sagen, Herr Barsig, Sie geben der SPD bereits eine ganze Menge Sendezeit. Vielleicht nicht unter dem Etikett NPD, aber daß Herr Matthias Walden nicht zur NPD gehört, ist kein Zufall und ist ein Fehler. Die Politik der NPD wird hier im Sender u.a. von Matthias Walden...”

(alle durcheinander)

Barsig:

“Ich nehme noch einmal meine Funktion wahr und stelle mich schützend vor Herrn Walden. Ich halte es für unerträglich, Herrn Walden mit einem Mitglied der NPD gleichzusetzen...Ich insistiere, soll ich der NPD ja oder nein...”

Enzensberger:

“Herr Barsig, ich habe nur Ihre Frage beantwortet. Meiner Meinung nach läßt sich das aus den Äußerungen von Herrn Walden lückenlos belegen.” Den Beweis für die NPD-Lastigkeit Waldens ist Enzensberger nicht angetreten. Dies wäre auch schwierig geworden, weil Walden sich immer explizit gegen die NPD äußerte. Was Enzensberger und der APO mißfiel, war seine unbeirrbar Stellungnahme gegen Extremismus jeder Couleur. Die Verwendung des Begriffs “Linksfaschismus”, der damals auch z.B. von Walden vertreten wurde, war historisch nicht korrekt, sondern umschrieb populistisch den Voluntarismus der APO und ihren Anspruch, die Politik zu machen, die sie für sich und damit auch für das ganze Volk für richtig hielt.

Das propagierte Motto “Wer nicht für uns ist, ist gegen uns” ließ Differenzierungen nicht zu und verurteilte ohne weitere Analyse den bürgerlichen Diskurs. Barsig und der SFB sollten instrumentalisiert werden. Die Forderung bürgerlicher Intellektueller nach Beteiligung an der bürgerlichen Öffentlichkeit auf dem Wege des Einklagens vermeintlicher - bürgerlicher - Rechte war nicht wirklich revolutionär. Anfang der achtziger Jahre bewiesen die Spontaneisten mehr Courage und Phantasie, indem

sie einen eigenen Sender, den "Piratensender Unfreies Westberlin", gründeten und sich eine Zeitlang erfolgreich ein Versteckspiel mit der Polizei lieferten, die den Befehl hatte, den illegalen Sender sicherzustellen.

Im Gespräch vom 18. April führt Barsig weiter aus, daß allein in fünfzehn Tageszeitungen der Bundesrepublik am selben Tag Interviews mit APO-Vertretern erschienen waren. Er verweist auf die seiner Meinung nach geringe Präsenz der politischen Parteien im Sender: fünf Minuten wöchentlich für den Regierenden Bürgermeister ("Wo uns der Schuh drückt"), 15 Minuten für eine Diskussionssendung der Parteien alle 14 Tage. Es sei durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts geregelt, daß nur nach dem Gesetz eingetragene Parteien einen Anspruch auf Sendezeit hätten. 98% der gesamten Programmzeit des SFB würden von unabhängigen Journalisten gestaltet.

Darauf antwortete Enzensberger, daß die Parteien im Sender stark vertreten wären und die wichtigsten Schlüsselpositionen besetzt hielten. Die Studenten hätten nur dadurch, daß sie auf die Straße gegangen wären, erreicht, daß man sie zur Kenntnis nimmt; sobald sie nicht mehr auf die Straße gingen, stünde zu befürchten, daß sie nicht mehr wahrgenommen würden. Gewissermaßen als Ersatz, um ihren Ideen und Forderungen Nachdruck zu verleihen, sei die tägliche Sendezeit vonnöten.

Barsig stellt in seiner Antwort nochmals klar, daß eine regelmäßige Sendezeit in eigener redaktioneller Verantwortung der APO nicht in Frage käme: ..."Grotesk übertragen, Herr Enzensberger: Sie würden hier sozusagen als Person tätig sein, Sie würden aber auch im Auftrag Ihrer Gruppe tätig sein, Sie unterwerfen sich meiner Programmverantwortung, damit meiner Disziplinargewalt, damit wäre ich ja irgendwie ein Teilchef der APO...Wozu ich bereit bin, ist im Rahmen der bestehenden Sendungen des SFB, die der Diskussion und der Meinungsbildung dienen,

Sie nicht auszuschalten, sondern Sie auch zu beteiligen und dann müssen Sie sich stellen anderen gesellschaftlichen Kräften...”

Und weiter:

“Herr Enzensberger, ich verstehe Ihren Pessimismus nicht ganz. Sie sagen, wir werden nur zur Kenntnis genommen, wenn wir auf die Straße gehen. Gut, da mag für die Vergangenheit sogar etwas Richtiges dran sein. Sie sagen aber, wenn wir jetzt von der Straße weggehen, dann redet von uns in wenigen Tagen niemand mehr. Also wenn Sie der Güte Ihrer Argumente so wenig...”

Enzensberger:

“Wir verfügen nicht wie die anderen gesellschaftlichen Gruppen über adäquate Massenpublikationen.”

Barsig: “Ich bitte Sie, Herr Enzensberger, morgen in REPORT werden Vertreter Ihrer Gruppen schon wieder zu Wort kommen. Wir stehen doch schon, ich bin mir manchmal im Zweifel ob berechtigt oder unberechtigt, wir stehen doch schon unter dem Vorwurf der heute in den Parlamenten vertretenen Parteien, daß Ihnen die deutschen Rundfunkanstalten viel zu viel und unangemessen Zeit geben, so sieht die Lage auch aus von der anderen Seite.”

Abschließend erklärt Programmdirektor Schütz nochmals das Angebot des SFB:

“..Wenn Sie sich genau dem fügen, was alle anderen gesellschaftlichen Gruppen akzeptieren, nämlich unter der redaktionellen Verantwortung des Senders, dann können wir reden über Sendezeit.”

Der APO-Forderung nach täglicher Sendezeit beim SFB wurde also nicht stattgegeben. Die Unterstellung der Studenten, daß der SFB in seinen Nachrichtensendungen manipulierte, führte sogar dazu, daß elf Redakteure aus der Nachrichtenredaktion eine einstweilige Verfügung gegen den Vorsitzenden des Republikanischen Clubs, Dr. Klaus

Meschkat, erwirkten, in der diesem untersagt wurde, "die Behauptung gegenüber Dritten aufzustellen, zu verbreiten oder öffentlich bekanntzumachen, der Sender Freies Berlin, seine Nachrichtenredaktion, seine Nachrichtenredakteure manipulierten Nachrichten und verbreiteten Lügen."<sup>200</sup> Innerhalb der Belegschaft kam es zu einer Kontroverse, als der Personalrat eine Resolution verabschiedete, in der er "drohende Terrorakte gegen den Sender Freies Berlin" beschwor. In einer Gegenresolution erklärten am 18. April 1968 sechs namentlich unterzeichnende Redakteure, daß ihnen die Empörung des Personalrats im Zusammenhang mit der Erhebung der Forderung der APO nach täglicher Sendezeit unangemessen erscheine. Auch sie lehnten jede Gewaltanwendung ab, hielten es aber für bedenklich, "allen Andersdenkenden indirekt den Vorsatz zum Totschlag und zur Brandstiftung zu unterstellen".<sup>201</sup>

Die Haltung Barsigs wurde von den Unterzeichnern, aber auch vom Rundfunkrat des SFB gebilligt. Der Rundfunkrat ermutigte den Intendanten, "auf der Basis des Gesetzes des SFB in seinen Bemühungen fortzufahren, der jungen Generation die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten in Rede und Gegenrede zur Debatte zu stellen."<sup>202</sup>

Festzuhalten ist zweierlei: erstens, daß die Studenten die eminent große Bedeutung der Medien erkannt hatten, ja ihr sogar eine Schlüsselrolle zugedacht hatten und zweitens, daß zu diesem Zeitpunkt ihre Medienpräsenz bereits sehr groß war. Darüberhinaus gab es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Intellektuellen, die sie unterstützten, wie z.B. der Publizist Sebastian Haffner, der am 25.4.1968 in einem Kommentar in der Reihe "Berliner Fenster" eindeutig seine Sympathie mit den Studenten

---

<sup>200</sup> Schreiben an Chefredakteur Dr. Pechel v. 26.4.1968, Manuskripte DRA-Archiv

<sup>201</sup> Gegenerklärung zur Entschließung des Personalrats vom 17.4.1968, DRA-Manuskript

<sup>202</sup> Verlautbarung des Rundfunkrats v. 22.4.1968, DRA-Manuskript

bekundete.<sup>203</sup>

Haffner zum Attentat auf Rudi Dutschke:

“ Also, wer ist denn hier eigentlich der Ermordete und wer der Mörder?  
Wenn ich in diesen Tagen und Wochen in Berlin die Springer-Zeitungen lese oder die Debatte im Abgeordnetenhaus oder auch die Gespräche im Laden oder auch in der Kneipe anhöre, ja da denke ich immer, du mußt dich geirrt haben, da ist ein Attentat auf Springer verübt worden. Der Mann, der da jetzt schon seit Wochen unter Qualen im Krankenhaus liegt und mit dem Tode ringt, das muß Springer sein, anders kann ich mir das nicht erklären, dieses “Das Maß ist voll” und “Jetzt endlich durchgreifen”, “Terror, Rädelsführer relegieren, Vorbeugehaft, Schnellgerichte” - na ja, also wenn ein politischer Mord verübt wird, dann ist so eine Reaktion gegen den Mörder ja verständlich, aber mein Gott, muß ich mir hier immer wieder künstlich sagen, das stimmt ja nicht, es ist ja meines Wissens kein Mordanschlag auf Springer verübt worden oder irre ich mich, es ist ja ein Mordanschlag auf Rudi Dutschke verübt worden und wenn Empörung und Durchgreifen und Maßnahmen jetzt wirklich dran sind, dann doch gegen die Verantwortlichen für den Mord an Dutschke, würde ich denken. Natürlich, es gibt ja keine Verantwortlichen, ich weiß, der Mörder war ein Einzelgänger, ein Sonderling, der hat Hitler-Bilder gemalt, das wußten wir alle ganz genau, das wußten wir vorher schon, das wußte der Bundeskanzler Kiesinger schon, ehe er überhaupt vernommen worden war. Denken wir doch mal einen Augenblick nach, ist er denn so ‘ne Einzelperscheinung, was gab’s denn da für Bemerkungen am Kurfürstendamm, als er Dutschke anschoss, “was, der röchelt ja noch”, und was ging denn vorher vor, denken Sie doch mal an den 21. Februar, an den jungen Mann, der auf’m Kennedy-Platz beinahe gelyncht worden ist, wo die Polizei sogar beinahe gelyncht worden ist, als sie ihn schützte, bloß, weil die Leute glaubten, er sähe wie Dutschke aus, das soll alles

---

<sup>203</sup> Sebastian Haffner in: Berliner Fenster am 25.4.1968, Drittes Programm SFB-FS, SFB-Fernseharchiv

Zufall sein?

Denken Sie doch mal 'nen Augenblick, auch wenn Sie anderer Meinung sind darüber nach, gegen Dutschke und seine Anhänger und die Studenten überhaupt und die Polit-Gammler und Rabauken und Krawall-Köpfe seit anderthalb Jahren ununterbrochen für ein Trommelfeuer gelegt worden ist, für ein Trommelfeuer an Haß - Aufpeitschung von dieser gewaltigen Maschine der Springer-Presse, die ja verglichen mit der alten Nazi-Presse sowas ist wie die Atombombe gegen 'ne Gewehrkegel - und stellen Sie sich doch bitte mal für 'nen Moment vor, wie Ihnen zumute wäre, wenn Sie zu einer solchen Minderheit wie die Studenten gehörten, gegen die täglich dieses Trommelfeuer vorgelegt wird, dieses offene oder verhohlene "Schlagt sie tot", "Staatsfeind No.1 an den Galgen", "Raus aus Berlin", "Schmeißt sie über die Mauer"; versetzen Sie sich einen Augenblick in diese Lage, es könnten ja auch Sie sein, und überlegen Sie mal, was Sie dann tun würden, wenn die Sache nun wirklich losgeht und Dutschke wird auf dem Kurfürstendamm am helllichten Tage unter dem Beifall der Umstehenden von einem typischen BILD-Zeitungsleser umgelegt - würden Sie nicht finden, jetzt wäre es an der Zeit, doch mal 'n bißchen sich mal zu überlegen, ob das so weitergehen kann mit dieser Springer-Hetze, aber was passiert stattdessen?

Nichts passiert, nichts - Beileidstelegramme kühl - und Springer, der darf weitermachen. Ja, ist das dann so unverständlich, daß den Studenten der Kragen platzt? Daß sie dann hingehen, daß sie demonstrieren, daß sie sogar n' bißchen anfangen, mit Steinen zu schmeißen und Wagen umzukippen? Ich muß sagen, ich verstehe es, mir würde es, wenn ich in der Lage der Studenten wäre, genauso gegangen sein und ich finde, es ist verständliche Notwehr, was sie da machen, aber nun geht's erst los, nur *diese* Gewalt soll enden, die Gewalt der Leute, die immer schon verfolgt worden sind und nun in ihrer äußersten Angst auch mal ein bißchen zurückschlagen. Heute vor 25 Jahren passierte der Warschauer Ghetto-

Aufstand. Sie erinnern sich vielleicht, die polnischen und deutschen Juden, die man auch jahrelang beschimpft, verfolgt, gedemütigt, gepeinigt hatte, die man da ins Ghetto gesperrt hatte, die erhoben sich endlich, denen wurde es zuviel und weiß Gott, die wendeten richtige Gewalt an, die hatten n' paar Waffen, n' paar Gewehre, vielleicht sogar Maschinengewehre, da sind wirklich, Gott behüte, n' paar SS-Männer erschossen worden, aber man hatte sie ja, diese Aufrührer, diese Gewalttäter, jetzt konnte man endlich mit ihnen abrechnen und dann wurde das ganze Ghetto liquidiert. Daran habe ich denken müssen, und ich habe daran bei einer ganz besonderen Gelegenheit denken müssen, nämlich bei der schrecklich selbstentlarvenden Rundfunkansprache des Bundeskanzlers am Ostersonnabend, Sie werden es gehört haben: der Täter, das ist ein Einzelgänger, der gehört keiner Partei an, aber jetzt ein ernstes Wort, wir sind bisher sehr milde gewesen gegen diese studentischen Rädelsführer und Aufrührer, aber jetzt werden wir andere Seiten aufziehen, jetzt müssen härtere Maßnahmen ergriffen werden und da schoß es mir durch den Kopf, genauso, mit genau diesen Argumenten und in gewissem Sinn mit mehr Berechtigung hätte Kiesinger in seinem früheren Job als Auslandspropaganda-Leiter Ribbentrops und Goebbels ja auch die Liquidierung des Warschauer Ghettos und die Reaktion auf den Warschauer Ghetto-Aufstand rechtfertigen können. Da waren Feinde unserer nationalsozialistischen Ordnung und wir haben sie bis jetzt noch relativ milde behandelt, natürlich - man hatte sie ja noch nicht nach Auschwitz geschickt - aber jetzt, wenn sie nun solche Sachen machen, Gewalt anwenden, da muß allerdings Härte heran. Vielleicht haben Sie gelesen oder gehört, daß in diesen Tagen sehr viel antideutsche Kundgebungen stattgefunden haben, nicht nur oder überhaupt nicht in Moskau, nein, in London, in Paris, in Amsterdam, in Mailand, in Rom, da sind viele junge Leute vor die deutschen Botschaften oder Konsulate gezogen oder mit feinem Gefühl vor die jeweilige Springer-Vertretung und

haben Hakenkreuze angemalt. Auch die Auslandspresse hat sich sehr deutlich über das, was in Deutschland vorgeht ausgesprochen, vielleicht wundern Sie sich darüber, ich wundere mich nicht darüber, ich habe ja selbst 16 Jahre in England gelebt und weiß, wie kritisch und vorsichtig man dort die Wandlung oder die behauptete Wandlung Deutschlands beobachtet hat und wie empfindlich man dafür ist, wenn sich Parallelen zur Vergangenheit jetzt wiederherstellen. Das ist besonders für Berlin sehr unangenehm. Es gibt keine Stadt der Welt, die so absolut für ihre Weiterexistenz auf das Wohlwollen, auf die Achtung, ja sogar n' bißchen auf die Liebe der westlichen Mitwelt angewiesen ist, für die ja alle paar Jahre wieder die Amerikaner, Engländer und Franzosen aufgefordert werden schlimmstenfalls zu sterben. Für Dallas und Memphis würde niemand sterben wollen - für Springer-Berlin, fürchte ich, auch nicht mehr. Nicht nur Ohnesorg, nicht nur Dutschke, nicht nur die Hunderten von Geschundenen und Verprügelten, die in ihren Betten stöhnen, nein, nein, auch das Gemeinwesen in Berlin hat dieser Mann auf dem Gewissen."

Mit diesem Kommentar stand Haffner in Gegensatz zu dem, was die Abendschau zum Attentat auf Dutschke gesendet hatte. Ohne die Moderation einbeziehen zu können, läßt sich doch sagen, daß die Berichte über das Attentat und die anschließende Demonstration der Studenten geprägt waren von der Haltung, die laut INFAS-Studie (s.o.) auch die Westberliner Bevölkerung an den Tag legte. Nur wenige Befragte empfanden Mitleid mit Dutschke und meinten stattdessen, daß die "radikalen Studenten sich das Attentat auf Rudi Dutschke selbst zu verdanken" hätten. Nicht einmal ein Drittel der Befragten war der Ansicht, daß "die Art und Weise, wie Springers Zeitungen über radikale Studenten berichtet haben, zwar nicht allein, aber in gewisser Weise schuld sei am



Attentat gegen Rudi Dutschke.<sup>204</sup>

Das Dritte Programm, in dem Haffner auftrat, war nur einer kleinen intellektuellen Minderheit vorbehalten. Die Abendschau hingegen hatte in den sechziger Jahren eine Zuschauerbeteiligung von ca. 40%<sup>205</sup>, d. h., daß beinahe jeder zweite Fernsehzuschauer seine Informationen aus dieser Sendung bezog. Es gab eine Wechselwirkung zwischen der Meinung der Bevölkerung und dem, was die Abendschau sendete: der Westberliner Bürger empfand in seiner Mehrheit weder Mitleid noch Verständnis für die Studenten, und die Abendschau bediente und bestätigte diese Haltung. Zum Start der Abendschau in Farbe am 1. April 1970 sagte Intendant Barsig sogar, daß bei einer Umfrage 77% der Befragten angegeben hätten, gelegentlich die Abendschau zu gucken und 69% die Sendung gut fänden.<sup>206</sup>

Bei Sebastian Haffner war die Triebfeder seines Engagements für die Studentenbewegung in seiner persönlichen Geschichte zu sehen. Selbst Jude, wagte er einen Vergleich zwischen den von den Nationalsozialisten verfolgten Juden und den als Minderheit verfolgten Studenten. Dieser Vergleich ist überzogen. Die Studenten wurden nicht wegen ihrer Rasse verfolgt; der ideologische Ausgangspunkt des Antisemitismus, wie ihn die Nationalsozialisten verstanden, war die Kritik am jüdischen Kapitalismus, d.h. deren Dominanz in der "deutschen Volkswirtschaft". Hierfür musste die Masse der Juden büßen.

Die zweifelhaften Mittel des Staates, auf die Studentenunruhen mit polizeilicher Gewalt zu reagieren, waren dennoch nicht im entferntesten vergleichbar mit der Einrichtung von Konzentrationslagern.

Durch diesen überzogenen Vergleich verpuffte leider die Wirkung der an

---

<sup>204</sup> INFAS-Studie v. April 1968, in: Student und Öffentlichkeit, S. 39, Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

<sup>205</sup> Angaben aus: <http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner-Abendschau>, gesehen am 15.9.07, 14 Uhr. Zum Vergleich: im Jahre 2007 pendelt die Abendschau zwischen 180000 und 320000 Zuschauern und ca. 18 bis 27% Marktanteil pro Sendung

<sup>206</sup> Berliner Abendschau vom 1.4.1970, SFB-Fernseharchiv

sich richtigen Aussagen Haffners, nämlich daß es sich um die absurde Situation handelte, daß das Opfer (Dutschke) und seine Anhänger zu Tätern stilisiert wurden. Der amerikanische Soziologe Harold Hurwitz hat allerdings beobachtet, daß die Studenten durchaus selbst dazu neigten, sich als verfolgte Opfer zu fühlen und meinten, damit auf einer Ebene mit den Juden im Nationalsozialismus zu stehen:

“It is macabre but revealing to observe how the young German rebels can identify with the victims of the nazi past.. Not with considered intent, but under stress and in outbursts, they may usurp to themselves the role of whom the nazis persecuted...The movement’s best known propagandist, Rudi Dutschke, has called Germany’s student rebels “today’s jews”.<sup>207</sup>

Was Haffner in jedem Falle leistete, war die scharfsinnige Analyse eines bürgerlichen Ablenkungsmanövers: nämlich, daß die Regierung Kiesinger versuchte, die Tat als die eines verirrtten Einzelgängers darzustellen und damit die Springer-Presse von jeglicher Schuld freizusprechen. Zudem wurde der Attentäter gezielt in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt (malte Hitler-Bilder), als ob dieser Umstand in irgendeiner Weise zur Klärung des Motivs beitragen würde. Vielmehr wollte sich ausgerechnet die Regierung Kiesinger an dieser Stelle als Vertreter einer demokratischen Bundesrepublik, die die nationalsozialistische Vergangenheit ablehnt, präsentieren.

Weitere Parallelen zum Nationalsozialismus zog aber auch Haffner, und zwar in puncto Presse: der Vergleich Springer mit Goebbels ist polemisch, da die Presse der Bundesrepublik und Westberlins zwar gleichgeschaltet erschien, dies aber de facto nicht war. Die Quasi-Gleichschaltung erfolgte nicht per Dekret und Liquidation der Opposition, sondern aufgrund der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Die Gefährlichkeit des Pressemonopols, auf die Haffner hinaus wollte, war aber dennoch nicht von der Hand zu weisen. Zu diesem Zeitpunkt lag die Gründung einer

---

<sup>207</sup> Harold Hurwitz, Germany today: student revolt, London 1968, S. 94

linken Tageszeitung ja noch in weiter Ferne. Wie entsetzt und empört Haffner über die infame Hetze der Springer-Presse war, zeigte sich daran, daß er hoffte, die Kritik des Auslands würde die Isolation des "von der Springer-Presse beherrschten Berlin" vorantreiben. Haffner war nämlich einer derjenigen, die die Freiheit Westberlins mit Zähnen und Klauen publizistisch verteidigt hatten und der den Westmächten und der Bundesrepublik nach dem Mauerbau vorgehalten hatte, diese hätten Berlin fallengelassen wie eine heiße Kartoffel. Wenn er nun die Isolation Berlins forderte, hieß das, daß er das politische Klima in der Stadt nicht mehr erträglich fand. Der Vorwurf an Springer, er habe das Gemeinwohl Berlins auf dem Gewissen, wog schwer. Die Vorstellung aber, der Westen und insbesondere die USA würden der Stadt die Unterstützung versagen, weil ihnen die Presselandschaft mißfiel, war ebenso irrig wie naiv. Vielmehr erfreute sich ja gerade Springer der Unterstützung seiner amerikanischen und israelischen Freunde. Die Annahme, die Alliierten könnten sich zurückziehen, war eigentlich eine Drohkulisse des bürgerlichen Lagers. Dieses behauptete, die Studenten würden durch das Chaos, das sie anrichteten, die Unterstützung der Stadt durch die Westmächte aufs Spiel setzen. Umfragen aber ergaben, daß die Bevölkerung dies nicht so empfand: 76% der Befragten glaubten, daß "radikale Gruppen nicht die Oberhand gewinnen" und 65% waren der Meinung, "radikale Gruppen könnten Westberlin nicht so schwächen, daß es in die Hände der Kommunisten fällt".<sup>208</sup>

Am 28. April 1968 erschien den Deutschen ein vielbeschwoenerer Flaschengeist ihrer Geschichte - die NPD erzielte bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg fast 10% der Stimmen und zog damit in das dortige Parlament ein. Dieses Ereignis wurde als demokratischer Betriebsunfall

---

<sup>208</sup> INFAS-Umfrage vom April 1968, Student und Öffentlichkeit S. 49, Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

betrachtet und von Seiten der bürgerlichen Parteien als Auswirkung der linksradikalen Studentenbewegung erklärt.

Der nach Meinung Enzensbergers der NPD zuzurechnende Matthias Walden kommentierte die Wahlen am 29. April im SFB-Rundfunk folgendermaßen:<sup>209</sup>

“Heute morgen erschien die Londoner “Times” mit der Schlagzeile: “Wahltriumph für Neonazis in Westdeutschland”. Schlagzeilen können nicht immer ganz präzise sein - auch diese ist es nicht. Triumph - das klingt nach Mehrheit. Auch sind gewiß nicht alle NPD-Wähler Neonazis und obwohl es eine Wahl in Deutschland war, muß noch unterschieden werden, daß Baden-Württemberg nicht die Bundesrepublik ist. Das alles kann und darf niemanden, der sich um unsere Demokratie sorgt, mit dem Wahlergebnis versöhnen. 10% der Stimmen für die rechtsextremistische NPD in der letzten Landtagswahl vor den Bundestagswahlen sind alarmierend. Obwohl bei uns jeder wählen kann und wählen soll, was er will und wen er will, läßt dieses Ergebnis an der politischen Vernunft allzubreiter Wählerschichten zweifeln.

Zu diesen Zweifeln tragen die hohen Verluste der SPD erheblich bei. Es ist bedrückend, daß der Gang der deutschen Sozialdemokratie in die Große Koalition noch mehr zum Opfergang gemacht wurde, als er es ohnehin schon war. Die Bereitschaft, mitten in einer Krise Verantwortung innerhalb der Regierung zu übernehmen, hätte es verdient, vom Wähler honoriert zu werden. Niemand kennt nach einer Wahl genau die Motive, die zu ihrem Ergebnis führten, aber es gibt an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeiten. Zu ihnen gehört, daß der Anteil von Protestwählern, von Verärgerten, die irgendjemandem irgendetwas heimzahlen wollten, gegenüber früheren Wahlergebnissen sprunghaft gestiegen ist. Aber gerade die Deutschen sollten sich vor jedem cholерischen Wahlverhalten hüten. Es hat besonders unter der ländlichen Bevölkerung viele gegeben,

---

<sup>209</sup> Matthias Walden zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 28.4.1968, SFB-Hörfunkarchiv

die NPD wählten, obwohl sie die Richtung dieser Partei gar nicht mögen, sondern nur die Parteien der Mitte ärgern wollten. Ein solches Verfahren ist unernst und gefährlich, nicht nur wegen des Schadens, der im Ausland angerichtet wird. Obwohl das Ausland jenes Ergebnis zurückhaltender aufnehmen sollte, solange uns erklärt wird, daß der hohe Anteil der KP-Stimmen in Frankreich z.B. zum großen Teil von nichtkommunistischen Protestwählern stammt.

CDU und SPD sind sich einig in der Ansicht, daß die Unruhen der Linksradiكالen das Kraut der NPD fett gemacht haben. Es mag eine Erklärung für den schrecklichen NPD-Erfolg sein, eine Entschuldigung ist es nicht. Wer den einen Radikalismus durch den anderen bekämpfen will, schmiedet eine rasselnde Kausalkette, die Ausweg zur Vernunft versperrt oder behindert. Denn weder ist von den Linksradiكالen zu erwarten, daß sie den eigenen Anteil an der Mästung der Rechtsextremisten erkennen und sich selber mäßigen, noch besteht die Hoffnung, daß die NPD durch ihren Erfolg geläutert wird. Landtagswahlen sollten nur bedingt als Test für Bundestagswahlen gewertet werden. Vor allem sollte die SPD nicht daraus schließen, die erschreckenden Relationen des Ergebnisses seien ein verbindliches Modell für unabwendbar ähnliche Resultate 1969. Der Wahlkampf für die Bundestagswahlen im kommenden Jahr wird für CDU und SPD einen gemeinsamen Nenner haben müssen: entschiedenes, kompromißloses Auftreten gegen den Extremismus rechts und links. Die Demokratie hat an beiden Außenseiten Feuer gefangen. Die Alarmglocken von Baden-Württemberg sind so schrill, daß es in den Ohren schmerzt. Es müßte ausreichen, die Wähler erkennen zu lassen, daß die Feuerwehr nur in der Mitte zu finden ist."

Walden wendet sich hier gegen Extremismus jeder Couleur. Er ist der Ansicht, daß der "Extremismus von links" den "Extremismus von rechts" bedingt und umgekehrt.

Die Erklärung von CDU und SPD, die er anführt, nämlich daß die

Studentenbewegung ursächlich für den Rechtsrutsch in Baden-Württemberg gewesen wäre, erscheint allerdings nicht plausibel; denn ausgerechnet dieses Bundesland hatte mit den Ausläufern der Eskalation in Berlin wenig zu tun. Eher steht zu vermuten, daß tatsächlich die Große Koalition, die, wie Walden richtig konstatiert, in einer Zeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise gebildet worden war, nicht die richtige Antwort auf diese gefunden hatte. Eine linke parlamentarische Alternative gab es noch nicht. Die Funktion des Ventils für unzufriedene Protestwähler erfüllten Jahre später die Grünen/AL und jetzt die Linke/PDS. Walden hat sicher recht, wenn er sagt, daß die Deutschen sich vor einem "cholerischen Wahlverhalten" hüten sollten. Aber sooft er auch die Mitte beschwor, es gelang ihm nicht, seine politischen Gegner davon zu überzeugen, daß er selbst der Mitte und nicht der Rechten zuneigte. Für die APO respektive die Studentenbewegung war die Mitte per se schon rechts.

Der SFB trug zum politischen Diskurs bei, indem er die publizistische Auseinandersetzung zweier scheinbar völlig konträrer Lager zuließ und in sein Programm aufnahm - die mit der Studentenbewegung solidarische Meinung Haffners, der sich mit dieser Minderheit identifizieren konnte und die der neuen Bewegung kritisch gegenüberstehende, weil jede Form von Extremismus ablehnende Haltung Waldens. Haffner konnte aber auf dem Verbreitungsweg Drittes Fernsehprogramm - denn hier lief ja das "Berliner Fenster" - deutlich weniger Zuschauer erreichen als Walden, der als Chefkomentator sowohl in den SFB-Rundfunkwellen als auch in ARD- und Abendschau-Kommentaren präsent war.

Am 30. April hielt der Bundestag eine Sondersitzung zu den Studentenunruhen ab. Einen Monat später wurden die Notstandsgesetze verabschiedet, gegen die noch am 11. Mai 30 000 Teilnehmer eines Sternmarsches nach Bonn protestiert hatten. Diese Ergänzung des

Grundgesetzes durch die Notstandsverfassung genehmigte unter anderem den Einsatz der Bundeswehr bei inneren Unruhen.

Eine dramatische Entwicklung im Ostblock beeinflusste in der Folge die Ost-West-Politik und auch die Studentenbewegung: am 20./21. August 1968 wurde das demokratische Experiment des "Prager Frühlings" mit der Besetzung der CSSR durch fünf Warschauer Pakt-Staaten und unter Beteiligung von NVA-Truppen der DDR beendet. Die Rechtfertigung für den Einmarsch wird am 12. November mit der sogenannten Breschnew-Doktrin begründet, die die beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten im Falle einer Bedrohung für das sozialistische Weltssystem festlegte.

So mußten auf östlicher wie auf westlicher Seite emanzipatorische Bewegungen eine Niederlage hinnehmen. Die Berliner hatten aber offensichtlich nicht allzu große Hoffnungen in den Prager Frühling gesetzt. Befragt, ob die Ereignisse in der CSSR eine Chance für die DDR darstellten, antworteten nur 36% mit ja, 41% waren der gegenteiligen Meinung.<sup>210</sup>

Die Erfahrung, daß trotz einer Massendemonstration die Notstandsgesetze nicht verhindert werden konnten, trug dazu bei, die teilweise romantischen und euphorischen Ziele der Studentenbewegung zu korrigieren.

### 3.7 Wie geht es weiter in Berlin?

Der Status der Stadt spielte eine unverändert große Rolle und war Diskussionsgegenstand einer Sendung am 30.4.1968, wiederum im Dritten Fernsehprogramm des SFB.

"Wie geht es weiter in Berlin?" lautete der Titel und beinhaltete eine Auseinandersetzung zwischen Matthias Walden und dem SPD-nahen

---

<sup>210</sup> INFAS-Studie, undatiertes Manuskript, Student und Öffentlichkeit, S. 73, Hurwitz-Deposition, ZA für empirische Sozialforschung

Redakteur Hans-Dieter Jaene über die Zukunftschancen West-Berlins.<sup>211</sup> Walden führte vor, wie Manipulation funktioniert, indem er zunächst einen Beitrag über Berlin einspielte, der die Stadt von ihrer negativen Seite zeigte, unterlegt mit dumpfer Trauermusik. Es sind Arbeitslose zu sehen, aussterbende Industriezweige, Überalterung, Trostlosigkeit. Dann folgt ein Beitrag aus der Gegenperspektive - junge, dynamische Menschen bei der Arbeit, in der Freizeit, Berlin als Mode- und aufstrebende Industriestadt. Diesmal ist die Musik beschwingt und fröhlich. Walden will damit belegen, daß es einen Trend gebe, Berlin schlechtzureden, um eine Annäherung an den Osten zu erzielen. Mit der Begründung, die Stadt sei nicht überlebensfähig, solle Handel mit der DDR getrieben und die politische Annäherung gesucht werden.

Genau diese Position vertrat Waldens Kollege Hans-Dieter Jaene, der in dieser Sendung ebenfalls zu Wort kam und ein Plädoyer für die Aufgabe West-Berlins hielt. Es wäre eine Stadt, in der man nicht leben, sondern nur vegetieren könne. In der Passierscheinfrage nimmt Jaene für die DDR Stellung:

“Die DDR hatte zu Recht den Eindruck, sie solle etwas geben, nämlich Passierscheine, und nichts dafür bekommen, nämlich Anerkennung”.

Für Walden ist nach wie vor jede Annäherung tabu. Er sieht West-Berlin durchaus als lebensfähig, lobt die Weltoffenheit und Toleranz.

Nach dieser Einleitung gab es eine Studio-Diskussion zum Thema, allerdings ohne Beteiligung der CDU, die die Diskussion wegen der Anwesenheit von APO-Vertretern boykottierte. Dies war zum einen RA Horst Mahler, zum anderen ein studentischer Vertreter namens Wethekam. Für die SPD war Schulsenator Löffler anwesend, für die FDP sprach der Abgeordnete Justus Schmucker. Die Gesprächsleitung hatte Eberhard Kruppa.

Löffler sprach den Studenten seine Anerkennung aus, daß diese die

---

<sup>211</sup> Wie geht es weiter in Berlin? Sdg. v. 30.4.1968, Drittes Programm SFB-FS , SFB-Fernseharchiv



Probleme der Hochschulreform und des Vietnam-Kriegs ins Bewußtsein der Bevölkerung getragen hätten.

Dies klang schon fast wie eine Anbiederung der SPD an die Studentenbewegung, die ja anfänglich von einem SPD-Senat mit Repressalien bedacht wurde.

Der studentische Vertreter behauptete, daß sie (die Studenten) und weite Teile der Arbeiterschaft (!) einer Meinung wären, daß das Grundgesetz nicht umgesetzt würde. Die Forderung nach Mitbestimmung in der Uni wäre gleichbedeutend mit der Forderung nach Mitbestimmung im Betrieb. Der alte Räte-demokratie-Gedanke müsse wiederbelebt werden. In Berlin gäbe es eine katastrophale wirtschaftliche Entwicklung. Die Berliner Wirtschaft hinke hinter der westdeutschen hinterher, trotz Subventionen. Mahler pflichtete dem bei; es gebe eine offizielle Version, daß die Berliner Wirtschaft im Kern gesund wäre, aber in Wirklichkeit schreite der Abbau von Arbeitsplätzen voran. Zukunftsträchtige Industriezweige würden nicht aufgebaut.

Löffler hielt dagegen, daß die Wirtschaft im Kern gesund sei, allerdings klaffe die Schere der Grundlageninvestition zwischen dem Bund und West-Berlin auseinander zu Lasten Berlins.

Mahler monierte, daß Steuermittel nur zum Teil im Sinne der Stadt angelegt, sondern für Hotels und Bürobauten zweckentfremdet würden. Kruppa fragte nach einer möglichen Parteigründung. Mahler antwortete, daß eine Beteiligung am Parlamentarismus nicht in Frage käme, sondern nur eine Basisdemokratie.

Eine solcherart geführte Diskussion zeigt auf, welche Kräfte im Jahre 1968 innerhalb und außerhalb des SFB wirkten. Die Spannweite beim SFB reichte von Hans-Dieter Jaene über Eberhard Kruppa bis zu Matthias Walden. Jaene, der freier Mitarbeiter war und der FDP nahestand, hielt Westberlin in dieser Form für nicht überlebensfähig und plädierte für eine wirtschaftliche Kooperation mit der DDR. Walden vertrat unermüdlich die

immer weniger mehrheitsfähige Meinung, daß man der DDR nicht entgegenkommen solle, da man damit die Spaltung zementieren würde und sich erpreßbar mache. Er setzte langfristig auf die Überlegenheit des demokratischen Systems. Eberhard Kruppa war als Liberaler einzuordnen, der sich vom Prinzip der Vernunft leiten ließ. Die SPD in Person von Gerhard Löffler suchte den Schulterschuß mit den Studenten und versuchte, die Bewegung zu kanalisieren. Die CDU schoß quer, indem sie den Dialog mit der APO ablehnte.

Wie dachte nun aber zu diesem Zeitpunkt die Bevölkerung über die Lage Berlins? Eine INFAS-Umfrage aus dem Jahre 1968 hatte zum Ergebnis, daß immerhin 55% der Westberliner zuversichtlich in die Zukunft blickten. Von den in einer gesonderten Umfrage befragten Studenten äußerten sich 54% besorgt über die Zukunft Berlins. 47% der Studenten sahen die politische Lage Berlins sogar als ernst an, während 48% der Westberliner meinten, dies wäre nicht der Fall. Befragt, welche politische Bedeutung Berlin habe, sagten 24% der Berliner, daß es die frühere und jetzige Hauptstadt sei, 16% meinten, es sei Symbol des Ost-West-Konflikts und 16% sahen in Berlin den Vorposten der Freiheit.

Unter den Studenten waren 21%, die Berlin als Symbol des Ost-West-Konfliktes sahen, 20% hielten die Stadt für eine Brücke zwischen Ost und West. Den Vorschlag der Russen, Berlin den Status einer "freien Stadt" zu geben, lehnten 82% der Bevölkerung, aber nur 62% der Studenten ab.

Zur Zukunft Berlins äußerten 84% der Befragten aus der Bevölkerung den Wunsch, es möge dem Bund angehören, während 40% der befragten FU-Studenten für Berlin den Status einer unabhängigen Stadt bevorzugten.<sup>212</sup>

67% der befragten Berliner glaubten, daß die Westmächte ihr Versprechen halten würden, bei den Studenten waren es 51%. Für die Wiedervereinigung waren 55% der befragten Westberliner bereit, die

---

<sup>212</sup> INFAS-Umfrage vom Nov./Dez. 1967, in: Studenten in Berlin, S. 272, Hurwitz-Deposition, ZA für Empirische Sozialforschung Köln

Ostregierung als Verhandlungspartner anzuerkennen, unter den FU-Studenten waren es sogar 85%. Und auf die Frage, ob sie gesamtdeutsche Wahlen wünschten, wenn sie nicht so frei wären wie in Westdeutschland, antworteten 84% der befragten Westberliner mit "nein", bei den Studenten waren es nur 67%, die für die Wiedervereinigung nicht auf "freie Wahlen wie in Westdeutschland" verzichten wollten.<sup>213</sup>

Setzt man diese Umfrage-Ergebnisse ins Verhältnis zu den Erkenntnissen der Sendung "Wie geht es weiter in Berlin?", kann man feststellen, daß die Beunruhigung der Berliner nicht so weit fortgeschritten war, wie es Hans-Dieter Jaene glauben machen wollte. Auch waren die Bürger zu Konzessionen an die DDR-Regierung wenig bereit. Die Studenten hingegen hielten offensichtlich nicht so viel von der westlichen Demokratie, daß sie ihr in jedem Fall den Vorzug gegeben hätten vor einem gesamtdeutschen Staat unter anderen Vorzeichen. Sie versprachen sich auch mehr vom Status einer "unabhängigen Stadt", vermutlich, weil sie sich dem System im Westen gegenüber kritisch positionieren wollten.

Interessant an der SFB-Gesprächsrunde ist die Tatsache, daß die APO, hier vertreten durch Mahler und Wethekam, sich zu diesem Zeitpunkt bereits in das Topos der wirtschaftlichen Lage Berlins eingearbeitet hatte. Auf der lokalpolitischen Ebene dachte Mahler schon systemimmanent, während Wethekam noch von der Basisdemokratie träumte. Die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Stadt wurde nicht mehr zwangsläufig im Kontext mit der Frage nach der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus gestellt. Offensichtlich sah sich die APO schon in der politischen Verantwortung für Berlin. Offiziell lehnte sie zu diesem Zeitpunkt aber noch den Parlamentarismus und eine Regierungsbeteiligung ab und plädierte stattdessen für die Basisdemokratie.

Hier ist schon im Keim der Widerspruch angelegt, mit dem die Grünen als

---

<sup>213</sup> Ebd.

“Nachfahren” der Studentenbewegung zu kämpfen haben.

Für die Medienanalyse ist von Bedeutung, daß ein Journalist demonstriert, wie Fernsehen manipulieren kann - Walden hatte zwei Beiträge über Berlin produziert, einen positiven und einen negativen. Er zeigt, daß die verschiedentliche Aussage allein durch die Auswahl der Bilder und der Musik erzielt werden kann. Dies ist ein eindeutiger Beleg für die Macht des Mediums; Walden scheint sich aber sicher zu sein, daß der Zuschauer diese ihm an einem Beispiel vorgeführte Manipulationsmöglichkeit nicht generell auf das im Fernsehen Gesendete bezieht und nicht zwangsläufig Zweifel an der Authentizität der Beiträge aufkommen.<sup>214</sup>

### 3.8 Im Rückblick - die Rolle der Medien in der Studentenbewegung

Daß die Studentenbewegung einen nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft hatte, ist auch und vor allem den Medien zu verdanken. Durch die Verbreitung in Wort und Bild wurden ihre Forderungen und Vorstellungen multipliziert. Hierbei kamen Presse, Funk und Fernsehen unterschiedliche Bedeutung zu. Die Presse, die insbesondere in Berlin durch den Springer-Verlag monopolisiert war, positionierte sich überwiegend gegen die Studentenbewegung und entfachte regelrechte Hetzkampagnen. Hurwitz stellt fest, daß im Fall der Studenten bei der Wahrnehmung der Presseattacken in der Bevölkerung die Gegenwirkungen im Sinne der realen Interessen, wie sie z.B. noch in dem Streit um die Passierscheinverhandlungen vorhanden waren, fehlten.<sup>215</sup> Der demokratische Anspruch der Minderheit auf Toleranz von der Mehrheit sei nicht als solcher empfunden worden, es habe keine gemeinsamen

---

<sup>214</sup> Vgl. dazu Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, S. 80: “Sofern...Zuschauer beteiligt sind, erfolgt das Verstehen *im System*, weil es nur im System Anlaß sein kann für weitere Kommunikation.”

<sup>215</sup> Vgl. Harold Hurwitz, Vortrag über die Einwirkungen zeitgeschichtlicher Entwicklungen auf den Prozeß der Meinungsbildung in der Westberliner Bevölkerung während des Ost-West-Konfliktes von 1945 bis zur Gegenwart, gehalten vor dem Fachbereich 15 der FU am 17. März 1972, S.13

Interessen mit den Außenstehenden, also mit der Studentenbewegung gegeben, daher fielen die Attacken der Springerpresse bei der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden.<sup>216</sup> Wenn Hurwitz schreibt, daß es im Senat keinen gab, der vorbehaltlos für Toleranz eintrat<sup>217</sup>, nehme ich an, daß er sich auf die Zeit nach Brandts Wechsel in die Große Koalition nach Bonn bezieht, da meines Erachtens die Rede von Willy Brandt nach der studentischen Demonstration vor dem Amerikahaus<sup>218</sup> davon auszunehmen ist.

Funk und Fernsehen waren zunächst nur an der reinen Thematisierung der Studentenunruhen interessiert. Es gab die an Sensationen orientierte Berichterstattung in den Nachrichtensendungen, die scheinbar sachlich und ausgewogen war.

Dazu kam die Hintergrundberichterstattung in den Dritten Programmen, aber auch in den politischen Magazinen der ARD wie REPORT oder MONITOR, die durchaus gewillt waren, sich mit den Anliegen der Studenten auseinanderzusetzen und ihren Ideen und Forderungen eine Plattform zu bieten. Dies ging teilweise so weit, daß APO-Vertreter sich in so vielen Diskussionsrunden zu Wort melden konnten und ihrer Argumentation Raum gegeben wurde, daß das bürgerliche Lager, insbesondere die bürgerliche Presse, dies als Affront empfand. Insbesondere der SFB, der an der Quelle der Ereignisse saß, widmete sich kontinuierlich dieser Thematik. Dabei ging er, ebenso wie die ARD, unterschiedlich bei Nachrichtensendungen und Features vor. Die Nachrichtensendungen, ob Tagesschau oder Abendschau, gaben eine verkürzte, oft manipulierte Darstellung der Ereignisse (wie z.B. Demonstrationen, Tod Ohnesorgs, Dutschke-Attentat). Musterbeispiel hierfür ist die Tagesschau-Berichterstattung vom 2. Juni 1967 über den Schah-Besuch. Ein analytischer Dokumentarfilm von

---

<sup>216</sup> Ebd.

<sup>217</sup> Ebd. S. 14

<sup>218</sup> Berliner Abendschau vom 12.2.1968, SFB-Fernseharchiv

Roman Brodmann mit dem Titel "Der Polizeistaatsbesuch" zeigt im Vergleich von geschnittenem und ungeschnittenem Bildmaterial, wie die Manipulation funktioniert. Im ungeschnittenen Material sind die Prügelszenen der Jubelperser eindeutig belegt; im Tagesschau-Bericht wird kurz ein allgemeines Durcheinander gezeigt, der Schlag des Jubelpersers mit der Latte wurde herausgeschnitten. "Die Demonstranten wurden handgreiflich" hieß es dazu, was suggeriert, daß es die Schah-Gegner waren, die die Konfrontation begonnen hatten.

Ebenso einseitig war der "Wochenspiegel" in der ARD am 4. Juni. Hier wurden die Jubelperser als Leibwache des Schah bezeichnet. Der Tod Ohnesorgs kam in einem Nebensatz vor: "...Bei den Krawallen in der Hauptstadt am Wochenende kam ein junger Mann ums Leben. Es gab auch Verletzte unter den Polizisten und Demonstranten, die außer mit lautstarken Parolen auch mit Rauchbomben demonstrierten..."

Auf regionaler Ebene, in der Berliner Abendschau, wurde am 2. Juni über "fanatischen Demonstrantengruppen", "Gruppen deutscher Jugendlicher, Schah-Gegner und Schah-Freunde" berichtet, die in "handgreifliche Auseinandersetzungen gerieten". Auch hier ist fälschlicherweise von "Schah-Freunden" die Rede.

Die unterschwellige Botschaft war klar: wer Krawall macht, muß damit rechnen, umzukommen, die Aggression ging von den Studenten aus, wenn es überhaupt unschuldige Opfer gab, dann waren es die Polizisten...

In den Features und Magazinen in Funk und Fernsehen hingegen war, wie in den zitierten Sendungen "Zur Debatte", "Berliner Fenster", "Literarische Illustrierte", "Wie geht es weiter in Berlin?", der Tenor ein anderer. Die Redakteure dieser Sendungen standen eher links von der SPD und begrüßten auch die Annäherung an die DDR. Dies führte dazu, daß der Chefkomentator des Senders, Matthias Walden, innerhalb des Senders isoliert war. Seine Kritik an der medialen Präsenz der APO formulierte er folgendermaßen:

“Die radikale Rebellion probt den Umsturz in einer Gesellschaft, in der die Revolutionäre nicht im Gefängnis, sondern vor der Fernsehkamera sitzen, wohlwollend publiziert, präsentiert, sekundiert, applaudiert..”<sup>219</sup>

Dies sei ein Indiz für die Liberalität der Gesellschaft, aber auch für die “Exklusivität” der Revolutionäre.

Damit ist treffend charakterisiert, was den Unterschied ausmachte zwischen einer Revolution herkömmlichen Typs und der Studentenbewegung: die Studenten hatten im Gegensatz zu den Arbeitern nichts zu verlieren. Stattdessen hatten sie sehr zeitig begriffen, sich die Medien nutzbar zu machen, um ihre eigene Öffentlichkeit zu schaffen. Rudi Dutschke rief dazu auf, zu begreifen, daß es eine andere Öffentlichkeit gebe als die bestehende. Er forderte die “systematische Aufklärung über das, was uns täglich vorenthalten wird in den Zeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen.”<sup>220</sup>

Wolfgang Lefèvre sagte dazu rückblickend in der NDR-Sendung “Studentenunruhen”, daß die Studentenbewegung zunächst von der Presse ignoriert wurde und da sie über eigene Publikationsmittel nicht verfügte, auf die Idee kam, die Transparente ins Bild zu rücken und sich Publizität durch Provokationen zu schaffen. Man mußte die demokratischen Spielregeln verletzen, um die Öffentlichkeit auf sich und sein politisches Anliegen aufmerksam zu machen.

Bernd Rabehl sagte in derselben Sendung, daß den Studenten bewußt war, daß sie eine Minorität mit marginalem Einfluß auf Lehrlinge, Arbeiter und Schülern waren, angewiesen auf Veröffentlichungen und Diskussionen. Man wollte wachrütteln mit radikaldemokratischen Aktionen; in der Presse verwandelte sich jedoch die symbolische Gewalt in manifesten Terror - siehe das Pudding-Attentat gegen den amerikanischen Vize-Präsidenten.

---

<sup>219</sup> Studentenunruhen, Sendung v. 14.11.74, NDR-Fernseharchiv

<sup>220</sup> Ebd.

Der Soziologe Erwin K. Scheuch kritisierte, daß bei der Benutzung der Medien durch die Studenten die Form des Auftritts nicht unbedingt an den Inhalt gekoppelt war. Die linken Studentengruppen hätten schnell verstanden, daß das Fernsehen von Aktionen lebt und von Symbolen. Es wäre nur die Frage, ob jenseits des Erzielens der Aufmerksamkeit auch der Inhalt transportiert werden könne.

Als Beispiel wären hier die Aktionen der Kommune I anzuführen, bei denen die Form - also die Happenings - ein eindeutiges Übergewicht bekamen und die für die breite Bevölkerung viel zu intellektuell waren.

Um sich die Aufmerksamkeit der Medien zu sichern, bedurfte es einer Steigerung der Mittel. Mit der Schlacht am Tegeler Weg, bei der es um das Berufsverbot von Horst Mahler ging, wurde ein neues Stadium erreicht. Bei dieser Straßenschlacht am 4.11.1968 eroberten die Demonstranten einen Wasserwerfer und zwangen, unterstützt durch die Rockergruppe "Hell's Angels", die Polizei mit Pflastersteinwürfen zum Rückzug.

Dies veranlaßte den Philosophie-Professor Jürgen Habermas, von "Wahnvorstellungen der Studenten" zu sprechen. Es läge eine Verwechslung von Symbol und Wirklichkeit vor. Wer sich des virtuellen Charakters der Protestaktionen nicht bewußt sei, sei infantil.

Die andere Wahrheit über die Schlacht am Tegeler Weg ist aber offenbar die, daß sich die Polizei gezielt auf einen gewalttätigen Verlauf der Demonstration vorbereitet hatte und von vornherein geplant hatte, sich mit Hilfe der Medien als Opfer darzustellen.

Im Bericht der Abendschau vom 4.11.68 ist eine Aggressivität der Demonstranten zunächst nicht zu erkennen. Polizisten und Demonstranten standen sich an einer Absperrung gegenüber. Laut Abendschau hatten "etwa 1000 Mitglieder der APO" einen Vorstoß gegen die Absperrgitter unternommen und dabei Farbeier und Steine gegen die Beamten geworfen. Dies ist im Bild nicht belegt. Der Reporter schildert weiter: "Nachdem die Absperrgitter teilweise durchbrochen waren, setzte die



Polizei Wasserwerfer ein. Von Seiten der Demonstranten wurden Raketen abgeschossen und faustgroße Pflastersteine flogen gegen die vorrückende Polizeikette...<sup>221</sup> Nun sind einige Polizisten zu sehen, die sich hinter einem Mannschaftswagen verstecken. "...Schon wenige Minuten später gab es die ersten Schwerverletzten." Im Bild zu sehen sind, nach einem Zwischenschnitt auf die Wasserwerfer, eben jene Polizisten, die sich gerade noch hinter dem Mannschaftswagen duckten, im Begriff, einen vermeintlich verletzten Kollegen abzutransportieren. In der nächsten Einstellung sind die Polizisten nochmals im Bild, wie sie mit dem angeblichen Opfer (zu sehen sind nur dessen Schuhe von hinten) auf den Polizeiwagen zugehen; ein Polizist dreht sich um und grinst dabei leicht. Als nächstes folgt eine Sequenz, die Demonstranten mit Bauarbeiterhelmen zeigt, die Steine aufsammeln. In der darauffolgenden Einstellung sieht man aus der Perspektive eines Hauseinganges, wie Demonstranten dorthin zurückweichen und ein Polizist mit dem Knüppel in ihre Richtung schlägt. Kommentiert ist diese Passage nicht. Das Vorgehen der Polizei wird mit keinem Wort kritisiert, sondern von Anfang bis Ende des Beitrags legitimiert. Es ist von 120 verletzten Polizisten und von 46 Verhaftungen die Rede.

Dem Abendschau-Beitrag kommt eine Schlüsselrolle bei der Inszenierung der Gewaltdiskussion in den bürgerlichen Medien zu. Es hat den Anschein, als habe es eine Absprache gegeben, einen verletzten Polizisten medienwirksam zu präsentieren. Dabei ist es unwahrscheinlich, aber auch nicht auszuschließen, daß Kameramann und Reporter des SFB eingeweiht waren. Ein Vergleich des Berichts, so wie er in der Abendschau lief, mit dem ungekürzten Kameramaterial, das eine Länge von 18 Minuten aufweist, belegt, daß hier manipulativ verfahren wurde. Im ungeschnittenen Material kommen nur kurz die sich hinter dem Einsatzwagen versteckenden Polizisten vor, nicht aber die Szene mit dem verletzten

---

<sup>221</sup> Berliner Abendschau v. 4.11.67, SFB-Fernseharchiv

Beamten. Wo diese her stammt und wann dies passiert sein soll, ist nicht geklärt. Selbst wenn es noch weiteres Material gegeben hätte, das nicht erhalten ist, wäre es unwahrscheinlich, daß dieselbe Kameraeinstellung nach 18 Minuten ihre Fortsetzung gefunden hätte. Eine weitere Szene stellt sich im Ausgangsmaterial ganz anders dar als im fertigen Bericht: sie zeigt einen Polizisten, der eine junge Frau daraufhin durchsucht, ob sie Pflastersteine unter ihrer Regenjacke versteckt. Im Beitrag sieht es so aus, als ob der Polizist die Frau nur freundlich darauf hinweisen würde, daß überall Pflastersteine herumlägen und wie gefährlich es auf der Straße sei. Wenn man die Folgen berücksichtigt, die die Schlacht am Tegeler Weg sowohl für die Beurteilung der APO in der öffentlichen Meinung als auch in der Diskussion der Linken spielte, könnte man beinahe vermuten, daß die militanten Aktionen von Verfassungsschutzleuten initiiert wurden.

Je spektakulärer jedenfalls die Aktionen der APO wurden, desto größer war ihr Medieneffekt. Die Medien hatten damals bereits ein starkes publizistisches Interesse an Sensationen. Gleichzeitig trugen sie zur Personalisierung der Bewegung bei. Das gezielte Herausheben bestimmter Führungspersönlichkeiten durch ständige Medienpräsenz steigerte deren Bedeutung für die Bewegung. Der unbestrittene Chef-Rhetoriker der APO war Rudi Dutschke. Als solcher wurde er von den Medien einerseits verketzert und andererseits hofiert. Die Multiplikation funktionierte hier auch anders herum: wenn die Abendschau über Demonstrationen des Bürgerblocks berichtete, waren auch immer die Schilder "Dutschke raus aus West-Berlin" und "Staatsfeind No.1" zu sehen. Dies unterstützte auf hervorragende Weise die Kampagne der Springer-Presse.

Dutschke war auch der gefragteste Diskussionsteilnehmer und Interview-Partner unter den Studenten. Das intellektuelle Bürgertum hatte hier schnell das Vermarktungspotential erkannt - die Zeitschrift "Kapital" bot ihm einen Werbevertrag mit Coca-Cola an. Jürgen Miermeister beschrieb

dieses Phänomen in seiner Dutschke-Biographie folgendermaßen:

“Die Öffentlichkeit war, für lange Zeit, nicht mehr offen für berechtigte studentische Wünsche, stigmatisierte vielmehr eine Minderheit, die Studenten, und dämonisierte in dieser wiederum einige einzelne, sehnte sich geradezu - bei Dutschke durchaus ambivalent: voll Furcht und Faszination - nach Personalisierung des gesellschaftlichen Konflikts: Nach einem *Gesicht*.”<sup>222</sup>

Die Personalisierung der politischen Bewegung war aber auch für die Studentenbewegung selbst ein Problem. Die Herausbildung von Führungspersönlichkeiten hatte einen negativen Einfluß auf deren demokratische Strukturen, denn die vielbeschworene Basis wurde oftmals nur zum Akklamateur. Dieses Phänomen beschreiben Rabehl/Lönnendonker wie folgt:

“...Vor allem die Agitation auf Großveranstaltungen und Teach-ins, von wenigen Persönlichkeiten einer Elite vorgetragen, macht die Thesen einer antiautoritären Revolte für die Zuhörer und Sympathisanten zugänglich...Diese Ideologie lebt ebenso vom Charisma ihrer Wortführer wie von der Identifikation mit der “Bewegung”...Ein hohes Wissens- und Reflexionsniveau der Führer verführt zum Glauben und zur Anerkennung hierarchischer Beziehung innerhalb der Revolte. Hierarchie einerseits und radikaldemokratischer Anspruch andererseits führen zu Spannungen und tragen den Keim einer “Revolte in der Revolte” in sich.”<sup>223</sup>

Lefèvre äußert sich in ähnlicher Weise: “Es kam ein Maßstab für Erfolg von Politik in die Politik, die mit den Inhalten der Politik im Widerspruch stand”.<sup>224</sup>

Wie rechtfertigte das Fernsehen den Umstand, daß die Meinung der APO zunehmend in seinen politischen Magazinen abgebildet wurde?

Dazu Peter Merseburger von “Panorama”:

---

<sup>222</sup> Jürgen Miermeister, Rudi Dutschke, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 72

<sup>223</sup> Bernd Rabehl/Siegward Lönnendonker u.a., Die Provokationselite..., S. 43

<sup>224</sup> Studentenunruhen, Sendung v. 14.11.74, NDR-Fernseharchiv

Die Bestrebung wäre dahin gegangen, die Bürger zu informieren, welche Motive die Studenten auf die Straße trieben und ein Gegengewicht zum Monopol der Springer-Presse zu bilden. Man sah sich nicht als Sprachrohr der APO, sondern als Mittler zwischen Bürgern und Studenten.

Aus der Sicht von Matthias Walden gab es zwar eine Informationspflicht, aber nicht in diesem Umfang. Minoritäten hätten eine gewaltige Publizität gehabt, während die Meinung der schweigenden Mehrheit unter den Tisch fiel. Viele Fernsehkollegen hätten zu umfangreich und zu unkritisch berichtet, weil sie das spektakulär fanden und sie sich selbst auch höhere Aufmerksamkeit für ihre Arbeit davon versprachen.

Die Rolle des SFB in der Studentenbewegung war nicht eindeutig. Es herrschte eine politische Ausgewogenheit, aber nicht in den Beiträgen an sich, sondern bezogen auf den ganzen Sender. Es gab die konservative Abendschau und die linken Dritten Programme. Man leistete sich einen Matthias Walden mit seiner vermeintlich "rechten" Position, aber auch "Linke" wie Ernst Schnabel oder Hans Dieter Jaene. Grundsätzlich kann man sagen, daß seit der Studentenbewegung das Personaltableau so aussah, daß es eine linke Basis von festen und freien Mitarbeitern (Autoren, Moderatoren, Reporter) gab, denen konservativ-liberale Chefredakteure gegenüber standen. Bei der Durchsetzung bestimmter Themen und der Abnahme von Beiträgen kam es selbstverständlich auch zu kontroversen Diskussionen, die aber nicht im Sinne von Zensur zu begreifen waren.

Auch beim SFB gab es eine Art "Marsch durch die Institution" - diejenigen, die Ende der sechziger Jahre beim Sender anfangen und überwiegend mit der APO sympathisierten, lösten Ende der siebziger Jahre die konservative Fraktion auf den Chefredakteursposten ab. Zur Zeit der Auflösung des SFB befanden sich auf diesen Positionen durchweg ehemalige oder Noch-Linke.

Auch bei den Moderatoren der Abendschau gab es dem Zeitgeist

geschuldete Änderungen. Gert Ellinghaus, der bei Radio Bremen die linke Sendung "Buten und Binnen" geleitet hatte, löste 1983 Harald Karas ab, der 25 Jahre lang Leiter der Abendschau war. Mit ihm kam ein modernerer Stil, der aber vom Publikum nicht goutiert wurde. Nach massiven Zuschauerprotesten, die mit den Experimenten an ihrer angestammten Abendschau nichts anfangen konnten, mußte Ellinghaus gehen und wurde zunächst durch Arvid Wahl ersetzt, einen Moderator "klassischer" Prägung. Dies war ein weiterer Beweis dafür, daß die Abendschau die Sendung der schweigenden Mehrheit war, die aber durchaus fähig war, ihren Unmut über Veränderungen zu artikulieren.

Die Entstehung, aber auch die Entwicklung der Studentenbewegung war eng mit der spezifischen Situation der Stadt Berlin verbunden. Dem mußte auch der SFB als öffentlich-rechtlicher Sender, der den Anspruch der Überparteilichkeit hatte, Rechnung tragen. Sein Auftrag war, als Mitglied der ARD vom Brennpunkt aus zu berichten. Insbesondere als es um die Studentenunruhen ging, durfte seine Funktion als Frontstadtssender, der den Bürgern der "Zone" die Vorzüge des westlichen Systems erklärte, dadurch nicht beeinträchtigt werden. So hatte der SFB auf die Befindlichkeiten der Berliner Rücksicht zu nehmen, deren Antikommunismus den Zielen der Studenten diametral gegenüberstand. Andererseits mußte und wollte er sich den gesellschaftlichen Änderungen nicht verschließen. Dem Umstand, daß der Sender in dieser spannungsgeladenen Zeit einen Intendanten hatte, der nicht konfrontierend, sondern integrativ agierte, ist es zu verdanken, daß es nicht innerhalb des Hauses zu Zerreißproben kam.